

Bundesdelegiertenversammlung und Fachtagung des VAMV 8.-10.06.2007 in Berlin
Dokumentation
Das Kind im Mittelpunkt – Einelternfamilien in Europa
Doku 02/07
Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V.

Impressum
Herausgeber
Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. (VAMV)
Hasenheide 70
10967 Berlin
Telefon: 030-6959786
Fax: 030-69597877
Email: kontakt@vamv.de
Internet: www.vamv.de

Redaktion:
Sabina Schutter
Peggi Liebisch
VAMV-Bundesverband

Konzept und Gestaltung:
Frank Rothe, Büro für Grafische Gestaltung, Berlin
Druck: Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

© 2007. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung auch auszugsweise, nur mit Genehmigung und Quellennachweis.

Die Veranstaltung wurde mit Mitteln des BM FSFJ gefördert

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Bundesvorsitzenden

Grußwort der Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Dr. Heidi Knake-Werner

Grußwort der jugendpolitischen Sprecherin der Fraktion Die Linke. im Deutschen Bundestag

Diana Golze, MdB

Grußwort von Alexander Schwab, Schüler

Die Bundesvorsitzende Edith Schwab zum 40-jährigen Jubiläum des VAMV

Programm

Vorträge

Kindheit und die Ordnung der Verhältnisse – die gesellschaftliche Macht der Unschuld

Prof. Dr. Doris Bühler-Niederberger, Universität Wuppertal

Was wollen Kinder? – Das Projekt Kinderpanel

Dr. Christian Alt, Deutsches Jugendinstitut München

Existenzsicherung: Grundsicherung für die Kinder in Einelternfamilien in der Schweiz, Anna

Hausherr, Generalsekretärin des Schweizer Verbands alleinerziehender Mütter und Väter

Kindesinteresse bei Trennung und Scheidung: Situation in Italien – Südtirol

Ida Lanbacher, Präsidentin der Südtiroler Plattform für Alleinerziehende

Sveriges Makalösa Föräldrar – Alleinerziehende in Schweden: Die „Unvergleichlichen“

Åsa Eriksson, Vorstandsmitglied der Sveriges Makalösa Föräldrar

Podiumsdiskussion

Wie können Kinder beteiligt werden? Welche Rechte stehen im Vordergrund?

VAMV-Position

Konsequent kindorientiert

Gründung des Europäischen Netzwerk ENoS: European network of Single Parent Families

Vorwort der Bundesvorsitzenden [Foto]

Kinder sind die wichtigsten Mitglieder unserer Gesellschaft.

Das vermitteln uns die Medien, die Politiker/innen, die Öffentlichkeit, spätestens seit der demografische Wandel breit diskutiert wird.

Alleinerziehende, auch das ist klar, sind durch ihr „allein Erziehen“ von Kindern definiert.

Es liegt also nahe, dass der VAMV sich zu seinem Jubiläum mit denen befasst, ohne die es den ganzen Verband nicht gäbe. Aber, und das ist entscheidend: es gäbe den VAMV auch nicht ohne die allein erziehenden Mütter und Väter. Erwachsene und Kinder bilden im VAMV eine Einheit, und doch wollen wir heute die Kinder in den Mittelpunkt rücken.

In Artikel 6 Abs. 2 der deutschen Verfassung steht: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ Kinder unterstehen also dem besonderen Schutz der Gesellschaft. Kinder sind nicht geschäftsfähig, sie können sich nicht selbst vor Gericht vertreten, sie sind trotz ihres hohen Bevölkerungsanteils nirgends quotiert anwesend. Kinder bedürfen, das steht in der Verfassung, dem besonderen Schutz der Gemeinschaft. Je nach Alter sind sie oft nicht einmal in der Lage, sich selbst mit Nahrung zu versorgen. Das ist die eine, die passive, schutzbedürftige Seite.

Die andere Seite ist, dass Kinder als zukünftige Träger/innen der Gesellschaft auch eine hohe Verantwortung übernehmen werden. Sie haben einen unstillbaren Wissenshunger, entwickeln sich ständig weiter, ohne dass sie sich dazu zwingen müssten. Wie von selbst entwickelt sich ihr Gehirn, sie wachsen, gedeihen und sind so aktiv, dass Spitzensportler/innen nicht mithalten können.

Der Schauspieler Robin Williams sagte in einem Interview: "Ich verstehe, warum in der Tierwelt einige Tiere ihre Jungen fressen. Kinder können einen manchmal in den Wahnsinn treiben" Das ist eine dritte Seite von Kindern. Wer sich nie das Gefühl nehmen lassen will, dass er ein „toller Hecht“ ist, sollte die Gesellschaft von Kindern meiden. Kinder können einen an die Grenze der psychischen und physischen Belastbarkeit treiben. Sie können unglaublich nerven, sie testen die Grenzen aus, sie ärgern, piesacken und schreien herum. Sie sagen die Wahrheit, auch bei unpassenden Gelegenheiten.

Es gibt noch viel mehr Aspekte, die ich hier ansprechen könnte, aber es sei der Dokumentation nicht vorgegriffen. Entscheidend ist: Kinder müssen, wenn wir unser Ziel einer familienfreundlichen Gesellschaft verwirklichen wollen, wirklich beteiligt werden. Es reicht nicht, über Kinder zu sprechen, wir müssen mit ihnen die Zukunft gestalten.

Mit der vorliegenden Dokumentation wird die Fachtagung des VAMV vom 8. bis 10. Juni 2007 in Berlin dokumentiert. Die Fachbeiträge befassen sich mit der Kindheit als sozialer Konstruktion und dem, was diese „Macht der Unschuld“ beinhaltet, wenn sie politisch instrumentalisiert wird. Außerdem haben wir uns mit der Situation und dem, was Kinder heute wollen und brauchen befasst. Die internationalen Gäste von Alleinerziehenden-Verbänden aus Europa haben dazu praxisnahe Berichte aus ihren Ländern vorgestellt. Die Bundesdelegiertenversammlung hat diese Informationen genutzt, um dazu eine Position des VAMV zur Kindheit in der gegenwärtigen politischen Situation und daraus abzuleitenden Forderungen zu formulieren. Sie können sie auf den Seiten nachlesen.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

Edith Schwab
Bundesvorsitzende

Grußwort Dr. Heidi Knake-Werner [Foto]

Ich möchte Sie zu Ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin begrüßen, insbesondere die auswärtigen Gäste heiße ich herzlich willkommen in unserer Stadt. Auch im Namen des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit und des ganzen Senats.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) wird 40, herzlichen Glückwunsch, eigentlich kein Alter, aber reicher Erfahrungsschatz in sehr unterschiedlichen Phasen der bundesrepublikanischen Geschichte.

Sie haben sich Berlin als Tagungsort ausgesucht darüber freuen wir uns natürlich – für einen Familienverband vielleicht eher ungewöhnlich, denn Berlin gilt gemeinhin als die Single-Hauptstadt. Das liegt daran, dass Berlin, wie alle Metropolen, mit seinen vielfältigen Angeboten an Kultur, Bildung und Freizeit eine starke Anziehungskraft auf junge Singles ausübt. Auf der anderen Seite führt der demografische Wandel dazu, dass auch zunehmend mehr Ältere als Singles leben, wenn sie sich nicht zu neuen Wohnformen entschieden haben. In Berlin wachsen Kinder nur noch in jedem 4. Haushalt auf und ein Drittel der Kinder bei Alleinerziehenden. Die Lebensrealität vieler Kinder, nicht nur in Berlin, ist also nicht mehr von der klassischen Familie mit Mutter, Vater und Geschwistern geprägt. Darauf muss die Familienpolitik reagieren, die Gründe für diesen Wandel analysieren und verantwortungsbewusst handeln.

Familie ist wo Kinder sind – ist das Motto in Berlin ob es sich um Eltern mit Kindern, Alleinerziehende oder gleichgeschlechtliche Eltern handelt. In welchen Lebensformen auch immer Kinder aufwachsen, entscheidend ist das Kindeswohl, dazu beizutragen, dass Kinder die besten Entwicklungsbedingungen haben. Wie in vielen anderen Regionen sind auch in Berlin die sozialen Unterschiede groß, viele Kieze haben sich zu sozialen Brennpunkten entwickelt und auch in unserer Stadt hat die Kinderarmut zugenommen. Insbesondere Alleinerziehende leben in schwierigen sozialen Verhältnissen und auch Kinderreichtum führt zu Armutsrisiken.

Eine vorausschauende Familienpolitik hat für mich zuerst mit Gleichberechtigung und der Verbesserung der sozialen Lage von Benachteiligten zu tun. Fehlt in den Familien das lebensnotwendige Einkommen, dann sind nicht nur die Eltern sondern auch die Kinder betroffen. Zu den besonders betroffenen Gruppen zählen Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger/innen, Alleinerziehende, Migrant/innen und deren Familien. Familienmütter und Familienväter, die seit Jahren keine Arbeit mehr finden und dauerhaft abhängig sind von Sozialleistungen, müssen die Chance erhalten, um wieder im Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Eine alleinerziehende Mutter und ihre Kinder haben einen Anspruch auf Gleichbehandlung in der Arbeitswelt und im Bildungsbereich. Sie dürfen nicht schlechter gestellt werden als Familien aus dem Milieu der Besserverdienenden. Mütter und Kinder aus Migrantenfamilien brauchen nicht nur Sprachkurse. Sie müssen Bedingungen vorfinden, die ihnen die Teilhabe und Partizipation an unserer Gesellschaft ermöglichen. Der Senat von Berlin vertritt den Standpunkt: Wo die Probleme am größten sind, dort muss eine sozial orientierte Familienpolitik ihre Schwerpunkte setzen.

Wir wollen in Berlin ein breites Bündnis für Familien entwickeln. Insbesondere wollen wir diejenigen Familien und Alleinerziehenden erreichen, unterstützen und integrieren, die in sozial schwierigen Verhältnissen leben. Zu unseren Vorhaben zählen u.a.:

- Der Erhalt und der Ausbau der Kindertagesstätten: Dafür gibt der Senat pro Haushaltsjahr ca. 750 Millionen Euro aus. Berlin liegt bei der Versorgung mit Tagesbetreuungsplätzen an der Spitze der Bundesländer. Berlin hat die Kostenfreiheit für das letzte Kita-Jahr eingeführt.

Der Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung ab 3. Lebensjahr ist längst eingelöst bei Eltern die berufstätig, in Ausbildung oder arbeitssuchend sind – auch aus pädagogisch sozialen Gründen.

- Weiterentwicklung der Kitas als Bildungseinrichtungen durch Bereitstellung von Fort- und Weiterbildungsangebote und stärkere frühkindliche Förderangebote, Sprachförderung für deutsche und Kinder mit Migrationshintergrund.

- Langfristige Fortführung der Finanzierung des Netzes von Erziehungs- und Familienberatungsstellen, damit Eltern bei der Realisierung ihrer Erziehungsaufgaben wirksam unterstützt werden. Berlin fördert 15 Träger der Familienbildung mit einer Zuwendungssumme von ca. 670.000 Euro pro Haushaltsjahr. Der VAMV Berlin ist hier mit qualifizierten niedrigschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangeboten ein wichtiger Träger.

- Weiterführung des Familienpasses (pro Haushaltsjahr 450.000 Euro) und des Super-Ferienpasses (pro Haushaltsjahr 700.000 Euro).

Lassen Sie mich noch auf das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingehen. Es ist in Deutschland leider immer noch so, dass Elternteile wegen der Erziehung der Kinder nicht arbeiten gehen können oder dass berufstätige Frauen keine Kinder haben. Auf der einen Seite sind gerade Kinder von arbeitslosen Alleinerziehenden besonders hart davon betroffen. Auf der anderen Seite sinkt die Zahl der Neugeborenen in Deutschland seit Jahren kontinuierlich.

Das Kuratorium der Lokalen Bündnisse für Familie hat deswegen am 15. Mai diesen Jahres zu einem bundesweiten Aktionstag unter dem Motto „Familie und Beruf. Wir arbeiten dran.“ aufgerufen. An diesen Lokalen Bündnissen wirken immerhin 3000 Unternehmen, 70 Industrie-, Handels- und Handwerkskammern als Partner mit. Mit Aufrufen und Aktionstagen dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Es geht vielmehr darum, dass lokale Projekte Eltern praktisch unterstützen, so dass diese Beruf und Erziehung besser miteinander verbinden können. Als Beispiel möchte ich hier das Projekt „Flexible Kinderbetreuung“ des Vereins Paula Panke e.V. im Bezirk Pankow erwähnen.

Im Rahmen des Projektes kommen seit Ende 2006 15 Kinderbetreuerinnen zum Einsatz, die außerhalb der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen auf Kinder von allein erziehenden Berufstätigen aufpassen. Und das kann in den frühen Morgenstunden, am Abend, Nachts oder auch an den Wochenenden sein. Zu den Aufgaben einer Betreuerin gehört nicht nur das Abholen oder Bringen der Kinder in die Kita oder Schule. Die Betreuerinnen gestalten zusammen mit den Kindern deren Freizeit, kontrollieren die Hausaufgaben, machen das Abendessen und bringen die Kinder ins Bett. Gegenwärtig können 69 Familien von diesem Projekt profitieren. Der Stundensatz für eine Betreuungsstunde ist mit 2,50 bis 4 Euro sehr moderat und richtet sich nach dem Einkommen der Familie. Meine Senatsverwaltung unterstützt dieses Projekt in dem wir die Stellen der Betreuerinnen im Rahmen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors finanzieren. Unser Ziel ist es, dass diese zurzeit. noch auf 11 Monate befristeten Stellen dauerhaft eingerichtet werden. In den letzten Wochen haben mich zahlreiche Briefe von Müttern erreicht, die mir ihre persönliche Lebenssituation schilderten und die Notwendigkeit der Verlängerung der Maßnahme hinwiesen. Die Betreuerinnen sind für viele Kinder zur zweiten Mutter, zur Freundin, zur Vertrauensperson geworden. Diese hoffnungsvollen Ansätze gilt es fortzuführen.

Ich wünsche Ihrer Delegiertenversammlung einen erfolgreichen Verlauf.

Grußwort Diana Golze [Foto]
Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich, anlässlich des 40 jährigen Bestehens des Bundesverbandes alleinerziehender Mütter und Väter heute zu den Gratulantinnen gehören zu dürfen. Der Verband der allein erziehenden Mütter und Väter vertrat und vertritt eine stetig wachsende Gruppe von Menschen in unserem Land: Mütter und Väter und vor allem die Kinder, die nicht in der klassischen Familienform leben, wie sie bis vor einigen Jahrzehnten noch das Gesellschaftsbild der Bundesrepublik prägte. Dass Kinder, deren Eltern nicht gemeinsam leben, das Recht auf beide Elternteile haben und dass Eltern auch nach einer Trennung ein selbstverständliches Recht auf den Umgang mit ihren Kindern genießen, ist auch ein Verdienst Ihrer unermüdlichen Arbeit. Für mich als Abgeordnete des Bundestages und für meine Arbeit in der Kommission für die Belange der Kinder im Deutschen Bundestag ist eine solche Interessenvertretung von besonderer Bedeutung. Eine Lobby, die deutlich macht, welche Auswirkungen politische Entscheidungen, wie zum Beispiel eine Mehrwertsteuererhöhung, wie wir sie ja zum Jahreswechsel erleben mussten, auf Familien und im besonderen auf Einelternfamilien haben. Das ist mir in meiner Arbeit Unterstützung, da sie zeigt, dass unsere Bundestagsinitiative für eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Kinderkleidung und andere kindbezogene Leistungen einen realen Hintergrund haben und doch nicht ganz so frei schwebend oder utopisch sind.

Als Vertreterin der Linken Opposition finde ich in den Vertreterinnen und Vertretern Ihres Verbandes in vielen Themenbereichen offene und kritische Gesprächspartner: Ob in Ihrer Forderung nach einer sozial gerechten Gestaltung des Elterngeldes, in der Bekämpfung des erhöhten Armutrisikos von Einelternfamilien, die verbunden ist mit den diskriminierenden Steuerregelungen für diese Familien oder in der Forderung nach einer Evaluierung des Unterhaltsvorschlusses und seiner überfälligen Anpassung an die Realität, in der die Familien leben. Ob in Fragen der Abschaffung des Ehegattensplittings oder in der endlich zu schaffenden Grundlage für eine Gesellschaft, die Familie und Beruf wirklich vereinbar macht.

Aus einem weiteren Grund freue ich mich, heute hier stehen zu dürfen: Das Thema Ihrer Bundesdelegiertenversammlung. In den vergangenen Wochen ging es in den öffentlichen Debatten sehr häufig um Fragen wie Kinderbetreuung, Kinderschutz oder um andere Dinge, die das Zusammenleben mit Kindern berühren. An vielen Stellen wurde hier der Vergleich zu anderen europäischen Ländern herangezogen. Und leider schneidet Deutschland in diesen Vergleichen äußerst schlecht ab. Viel zu oft hatte ich in diesen Debatten den Eindruck, dass eine Gruppe nicht im Mittelpunkt steht. Die Kinder. Um ihre Bildung und ihre Startchancen geht es, wenn man über den Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebotes redet. Und ich freue mich auf die Debatten mit Ihnen, wenn es um unsere Forderung nach einem Recht eines jeden Kindes auf eine qualifizierte Betreuung geht. Denn dies ist aus unserer Sicht die Debatte, die man führen muss, wenn man von einem Angebot spricht, das die Bedürfnisse der Kinder und die Ansprüche der Eltern erfüllt, wie es auch die Forderung des VAMV ist. In einem Punkt haben wir die konkreten Gespräche bereits begonnen und auch in deren Mittelpunkt stand das Wohl des Kindes. Im Verband alleinerziehender Mütter und Väter sehen wir einen wichtigen Gesprächspartner für die Entwicklung des Konzeptes einer Kindergrundsicherung, die den Individualanspruch des Kindes in den Mittelpunkt rückt und der existierenden Kinderarmut entgegenwirken soll. Gleichzeitig suchen wir gemeinsam Antworten auf viele schwierige Fragen, wie zum Beispiel nach der Bedürftigkeitsfalle Hartz IV, in die viele Familien mit geringem Einkommen geraten, oder nach der Gestaltung des Unterhaltsvorschlusses. Wir finden zu Ihrem Beschluss zur Kindergrundsicherung viele Parallelen und Schnittmengen, ähnliche Problemstellungen und Fragen. Ihre Erfahrungen aus der alltäglichen Verbandsarbeit sind für uns eine große Bereicherung für die Erarbeitung unserer Konzepte in diesem Bereich.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es gibt viele politische Fragen, die Sie in den vergangenen Jahren mit aufgerufen und mit Ihrer Arbeit ins öffentliche Licht gerückt haben. Es gibt noch viele Probleme, die in den kommenden Monaten und Jahren gelöst werden müssen, damit Menschen, die mit Kindern leben, dies ohne Angst vor Armut, Verlust des Arbeitsplatzes oder anderen Diskriminierungen tun können. Sie sollen in einer Gesellschaft leben können, in der Kinder- und Familienfreundlichkeit nicht zum Lippenbekenntnis mutiert, sondern gelebt wird. Ich weiß, dass viele Familien durch Ihre Arbeit eine Lobby finden, die ihnen sonst fehlt. Für diese Arbeit wünsche ich Ihnen viel Kraft und möchte Ihnen gleichzeitig zusichern, dass wir als Fraktion diese Arbeit unterstützen werden.

Vielen Dank!

Grußwort Alexander Schwab [Foto]

sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesverband hat mich gebeten, heute die große Zahl der alleinerzogenen Kinder mit einem Grußwort zu vertreten. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter wird heute vierzig und wie sie wissen steigt die Zahl der Einelternfamilien konstant an.

Sicher freue Sie sich alle schon auf einen schönen Abend, ich möchte Sie jedoch bitten, mir für wenige Minuten noch Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit zu schenken.

„Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet Autorität. Sie widerspricht ihren Eltern, legt die Beine übereinander und tyrannisiert ihre Lehrer.“

(Sokrates 493-399 v.Chr.)

Dieses Bild der Jugend ist auch heute noch in vielen Erwachsenen- und Lehrerköpfen verankert. Ich stelle fest, dass hier von Akzeptanz der Jugend durch die Erwachsenen oft nichts zu spüren ist. In der öffentlichen Diskussion werden Kindern heutzutage fast immer nur als Belastung gesehen, über sie wird als Kostenfaktor diskutiert und sie stellen ein Armutsrisiko für ihre Eltern dar.

Auf der anderen Seite wird immer betont, Kinder sind die Zukunft! Wenn es aber so ist, frage ich mich, wie diese Zukunft aussehen soll, wenn Kinder als Feinde betrachtet werden, Feinde des eigenen Wohlstandes, des eigenen Ruhebedürfnisses und Ähnliches. Kinder sind heute für viele Paare Luxus, eine Art lebende Rarität, die sich nicht jeder leisten kann, ein Statussymbol wofür man von vorneherein, wenn man sich nicht übernehmen will, einen hohen Status braucht.

Ich muss Sokrates entschieden widersprechen!

Kinder sind in der Tat die Zukunft.

So hat selbst Unicef-Botschafter Roger Moore es sich nehmen lassen, über seine Generation zu spotten: Auf den G8 Gipfel in Heiligendamm rief er den jungen Leuten, die dort nicht mit den Staats- und Regierungschefs diskutieren werden zu: „Seid cool, seid direkt, sagt was ihr denkt!“ Und weiter: „Ihr seid diejenigen, die sie einmal ablösen werden.“ genau so sieht sich die Jugend in unserer Generation. Sie weiß ganz genau, dass es ein Spiel auf Zeit ist, deshalb strahlt sie eine große Gelassenheit aus, die manche als Arroganz und Überheblichkeit abstempeln.

Kinder sind neugierig, wollen angeregt werden. Sie wollen sich ausprobieren und Dinge erforschen und erkunden und sie wollen dies ohne dass Mutter oder Vater oder schlimmer noch der Staat hinter ihnen steht. Gesteht uns doch einfach zu, dass wir auch einmal einen Fehler machen dürfen. Man kann einem Kind so oft sagen, dass die Herdplatte heiß ist. Bevor es sich nicht einen Finger verbrannt hat, wird es einem nie glauben. Außer die Glaubwürdigkeit übertrifft die Neugier.

Bezeichnend für die Stimmung in unserer Gesellschaft ist zum Beispiel auch, dass sich das Buch von Bernhard Bueb „Lob der Disziplin“ nun schon fast ein Jahr in den Bestseller-Listen findet.

Disziplin ist aber nicht alles.

Kann es denn funktionieren, dass man bis zum Abitur seinen Eltern und Lehrern brav gehorcht, und dann zur Wahlurne geht und Demokratie ausüben soll?

Ich bin im Gegenteil der Meinung, dass die Jugend besonders bei den sie betreffenden Entscheidungen zu fragen ist. Alle wissen immer besser, was für Kinder und Jugendliche das Richtige und Beste ist, doch dass bei den meisten Vorschlägen von Politiker/innen nur Populismus am Werk ist, kann der/die Bürger/in ja nicht wissen, da er/sie auf die Kompetenz der Politiker/innen vertraut. Beispiel gibt es zuhauf, z.B.: Gesetze zur Verschärfung der Alkoholregeln, Rauchregeln, Schulreformen in jedem Bundesland und nicht zu vergessen die so genannten Killerspiele.

Wenn zum Beispiel drei Stunden nach einem Amoklauf in den USA deutsche Politiker/innen zum x-ten Mal das Verbot von Killerspielen ausrufen, obwohl man beim Amokläufer nichts Derartiges gefunden hat.

Um solchen Populismus und Nonsens in Zukunft zu vermeiden, sollte die Politik die Jugend mehr einbeziehen, ihnen mehr Macht geben und demokratisches Denken stärken. Der einzige Prominente von dem ich mitbekommen habe dass er der gleichen Ansicht ist war Marilyn Manson, interviewt von Michael Moore in dem Film Bowling for Columbine.

Da sieht man mal, wie weit die Allgemeinheit von so einem Verständnis entfernt ist. Doch man kann die ersten Schritte in die richtige Richtung erkennen. Vorreiter dabei ist nicht nur Österreich, welches das Wahlalter gerade auf 16 Jahre gesenkt hat, sondern auch der VAMV der sich zum Ziel gesetzt hat, Rechte und Einflussmöglichkeiten der Kinder zu stärken und zwar europaweit. Dafür danke ich dem VAMV im Namen der Jugend, auf die nächsten vierzig Jahre!

Vortrag Edith Schwab [Foto]

Liebe Gäste, liebe Mütter und Väter, liebe VAMV-Freundinnen und Freunde!

Wir feiern heute den vierzigsten Geburtstag des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter.

Lassen Sie uns gemeinsam in das Jahr 1967 zurückschauen: Die Beatles veröffentlichten am 7. Juli 1967 die Single „All you need is love“. Das dachten sich die ledigen Mütter auch: es braucht in erster Linie Liebe, um ein Kind großzuziehen – bis sie an der deutschen Realität der sechziger Jahre abprallten.

Am 8. Juli gründete Luise Schöffel den Verband lediger Mütter, um diese Realität zu verändern. Das Alleinerziehendsein war damals nicht neu. Wenn wir uns die Filmgeschichte ansehen, sind die 50er Jahre voller alleinerziehender Väter, die allerdings verwitwet waren. Heinz Ehrhardt, Symbolfigur der deutschen Nachkriegskomik, lebte sich in „Witwer mit fünf Töchtern“ durch den Alltag des Alleinerziehens. Heinz Rühmann sang hingebungsvolle Schlaflieder in „Wenn der Vater mit dem Sohne“ und die gesamte Nation vergoss Tränen der Rührung.

Als jedoch Luise Schöffel die Anzeige „Ledige Mütter, schließen wir uns zu einem Verband zusammen“ veröffentlichte, erhielt sie den folgenden Brief:

„Es ist eine Schande, dass Sie als Lehrerin ein uneheliches Kind haben und eine Unverschämtheit ohnegleichen, auch noch einen Verband solcherer sittenloser Weiber zu gründen.“ Sie ließ sich nicht beirren, denn der Großteil der Zuschriften waren Berichte von ledigen Müttern, die geradezu rechtlos der Willkür des Jugendamtes und anderer Institutionen ausgesetzt waren. Sie gründete deshalb gemeinsam mit sechs anderen Frauen den Verband lediger Mütter und führte ab da die Geschäfte für zehn Jahre.

Die „sittenlosen Weiber“ wurden schon 4 Jahre später, nämlich 1971 von Bundespräsident Gustav Heinemann eingeladen und von da an zu jedem amtierenden Bundespräsidenten. Von Anfang an stieg der VAMV in die Bundespolitik ein und bewegte wichtige familienpolitische Themen, die immer eines gemeinsam hatten: Die Wut der Alleinerziehenden über Ungleichbehandlung, das Unverständnis angesichts der Reformblockaden und die offenkundige Bevormundung von Mutter und Kind durch den Staat. Es ging damals um die Reform des Unehelichenrechts, die Abschaffung der Amtsvormundschaft, den Unterhaltsvorschuss. Wenn man heute daran denkt, dass ledige Mütter damals automatisch einen Amtsvormund für ihr Kind erhielten, erscheint es unvorstellbar, dass das erst vierzig Jahre her ist.

Die Konfliktlinien waren härter als heute: Es ging nicht nur um die politischen Fragen, sondern auch um die gesellschaftliche Anerkennung. Mit seiner Broschüre „wie schaffe ich es allein“, später benannt in „so schaffe ich es allein“ zeigte der VAMV den Alleinerziehenden nach dem Prinzip der Selbsthilfe Wege in ein selbstbestimmtes Leben. Es gab Kampagnen, Stellungnahmen und auch Verfassungsbeschwerden. Der VAMV-Vorschlag für den Unterhaltsvorschuss wurde 1980 mit dem UVG verwirklicht. 1971 öffnete sich der Verband auch für geschiedene Mütter und benannte sich um in Verband alleinstehender Mütter.

Die späten siebziger Jahre zeigten zum Thema Alleinerziehende im Film neue Entwicklungen auf: Der Film „Kramer gegen Kramer“ von 1979 zeigt einen allein erziehenden Vater, gespielt von Dustin Hoffman, der von seiner Frau verlassen wird. Das Thema Trennung und Scheidung ist also kein Tabu mehr, und es geht einher mit der Frage, wie es die Beziehungsebene für Kinder beeinflusst. Nicht ganz zufällig wurde die „Schuld“ bei einer Scheidung abgeschafft und das „Zerrüttungsprinzip“ gesetzlich verankert. Und eine weitere Entwicklung zeigt der Film, die sich auch im VAMV widerspiegelte: Alleinerziehende sind Mütter und Väter. Der Verband alleinstehender Mütter benannte sich 1976 um in Verband alleinstehender Mütter und Väter.

1977 war die Single „Money Money Money“ von ABBA auf Platz eins der deutschen Single-Charts: Und um Geld ging es auch für die Alleinerziehenden: Kindergeld, Sozialhilfe, Unterhaltsvorschuss. 1980 haben wir unser familienpolitisches Grundsatzprogramm erstmals veröffentlicht. Die Forderungen die darin standen, sind heute zum Teil hochaktuell.

- Die Einführung einer Familienkasse, aus der alle familienbezogenen Leistungen bezahlt werden. Aktuell fordert auch der 7. Familienbericht eine Familienkasse. Das BM FSFJ hat eine Forschungsgruppe damit beauftragt, die Umsetzung zu prüfen.
- Nichtanrechnung des Kindergelds auf Sozialhilfe: heute muss das Kindergeld dazu herhalten, den Bedarf des Kindes zu decken.
- Ausreichendes Angebot an qualifizierten Tageseinrichtungen für Kinder: 2007 ist etwas in Bewegung geraten. Stockend, aber es bewegt sich.

1986 führte die Bundesregierung die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für Alleinerziehende ein. Die rot-grüne Regierung schaffte sie im Jahr 2000 wieder ab, 2002 führte sie eine eingeschränkte Regelung wieder ein, 2005 gab es wieder eine neue Regelung. Die uneingeschränkte Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten gibt es noch immer nicht.

1987 trennten sich Modern Talking: Eine Partnerschaft, an die eine große Fangemeinde glaubte, ging damit auseinander. Das beweist: Es gibt keine Garantie für eine ewige Partnerschaft, und das haben die Alleinerziehenden erkannt. Sie wollen sich nicht durch das Ehegattensplitting der eigenen Sozialversicherungsansprüche berauben und sie wollen sich nicht in die Abhängigkeit von einem Partner begeben. Die neunziger Jahre sind dadurch gekennzeichnet, dass der familiäre Wandel auch durch die Wiedervereinigung eine echte Beschleunigung erfährt. Alleinerziehende gehören in den neuen Bundesländern zur gesellschaftlichen Normalität und sie sind dort auch heute noch in deutlich höherem Maße vertreten.

1993 trat die Erweiterung des Unterhaltsvorschuss-Gesetzes in Kraft: Unterhaltsberechtigte Kinder können sechs Jahre lang bis zum 12. Geburtstag Unterhaltsvorschuss beziehen.

1995 erschien der Ratgeber für Alleinerziehende mit neuem Titel und neuem Erscheinungsbild „Allein erziehend – Tipps und Informationen“. Die jährliche Auflage von 200.000 geht an Beratungsstellen, Jugendämter, Alleinerziehende. Noch immer ist dieses Handbuch unser Bestseller und die neue Auflage ist in Arbeit.

Der VAMV gab sich 1996 auch ein neues Logo und ändert seinen Namen in „Verband alleinerziehender Mütter und Väter“.

Und dieser Wandel zeigte sich auch im Film: In „Tage wie dieser“ von 1997 stolpern die beiden allein erziehenden Eltern, gespielt von George Clooney und Michelle Pfeiffer von einem Missgeschick ins nächste, weil die Schule am gleichen Tag einen Ausflug macht und sie die Kinder nicht rechtzeitig abgeben können. Alleinerziehen und arbeiten ist keine Seltenheit mehr, sondern vielmehr wirtschaftlich notwendig. Es ist nicht mehr das „alleinstehend“ sein, sondern es sind die vielfältigen Erziehungsaufgaben, die die Familienform ausmachen.

Es ist Teil der VAMV-Arbeit, dass wir uns regelmäßig mit den Spitzenpolitiker/innen treffen. Dazu gehörte ein Treffen mit Gerhard Schröder, mit Johannes Rau, mit Horst und Eva Köhler und zuletzt mit Angela Merkel. Was hier immer wie ein Familienfoto aussieht, ist harte Verhandlungsarbeit und der VAMV positioniert sich als kompetenter und kritischer Gesprächspartner.

Thematisch hat der VAMV auf allen Hochzeiten getanzt, die für Alleinerziehende wichtig sind:

Herausheben möchte ich die Kindschaftsrechtsreform von 1998, die ein eigenes Recht des Kindes auf Umgang einführte. Im VAMV ist allgemein bekannt, dass es weit mehr Kinder gibt, die vergeblich auf Umgang warten als solche, die ihre Väter nicht sehen wollen.

Herausheben möchte ich die jahrelangen Bemühungen des VAMV gegen Kinderarmut, der ihm im Jahr 2000 den Deutschen Jugendhilfepreis einbrachte.

Herausheben möchte ich die Postkartenkampagne „Ich bin kein Single“ von 2002. Der VAMV hat dafür gesorgt, dass die Steuerklasse II erhalten blieb. Der Verband erhielt für diese Kampagne den Deutschen Preis für Kinderrechte, den „Blauen Elefanten“.

Ich werde jetzt nicht unsere zahllosen Initiativen chronologisch aufzählen, das können Sie ja auch nachlesen. Vielmehr will ich einen Blick in die Gegenwart, in den Spiegel werfen. Wie steht der VAMV heute da? Welchen Herausforderungen stehen wir gegenüber?

2007 erscheint der Film „Prinzessinnenbad“. Drei junge Frauen, Tanutscha, Klara und Mina aus Berlin-Kreuzberg, die bei ihren alleinerziehenden Müttern aufwachsen. Die Regeln der Eltern beschränken sich zwar auf „kein Heroin und nicht schwanger werden“, aber es werden auch die Diskussionen gezeigt, die alle Eltern mit ihren Kindern haben – um den neuen Freund oder andere Probleme des Erwachsenwerdens. Und auch diese Eltern stellen sich, genau wie alle anderen Mütter und Väter, die große Frage, was richtig und falsch ist für ihre Kinder, ohne darauf je die perfekte Antwort zu finden. Der Film zeigt, dass das Alleinerziehen heute neue Herausforderungen mit sich bringt.

Es gibt heute so viele Alleinerziehende wie noch nie. Allein 1,6 Millionen Haushalte sind Einelternfamilien mit Kindern unter 18 Jahren. Zählt man die Volljährigen dazu, erhöht sich die Zahl auf knapp 2,4 Millionen. Alleinerziehendsein ist, wenn man es so betrachtet, eine Erfolgsstory. Jeder Erfolg hat zwei Seiten: Die Hälfte aller Alleinerziehenden hat weniger als 945 Euro im Monat zur Verfügung.

Wir wollen feiern und nicht lamentieren, aber der Blick in den Spiegel ist eben ehrlich: Er zeigt, dass trotz aller Erfolge in der Vergangenheit noch einiges zu tun ist. Die deutsche Wirtschaft geht bergauf, die Arbeitslosenzahlen sinken, die Alleinerziehenden verbleiben aber in der Fürsorge.

Die Alleinerziehenden kriegen ihr Stück vom Kuchen nicht, weil sie auf dem Weg zur Bäckerei keinen Kita-Platz finden.

Zurzeit stehen für den VAMV folgende zwei Themen im Vordergrund:

Erstens:

Die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Produkte für Kinder findet international großen Anklang. Einige EU –Mitgliedsländer sind bereit, die Liste zu öffnen. Der VAMV hat diese Kampagne mit 120.000 Postkarten initiiert und die Linke hat einen entsprechenden Antrag im Bundestag eingebracht. Schade: Die Bundesregierung hat das Thema während ihrer EU-Ratspräsidentschaft nicht aufgenommen. Dann machen wir jetzt eben in Portugal weiter.

Zweitens:

Die Kindergrundsicherung: Der VAMV setzt sich für ein existenzsicherndes Kindergeld in Höhe von 450 Euro ein.

Neben diesen Themen gibt es für den VAMV heute aber eine neue Aufgabe: Die Verankerung der formellen Gleichstellung von Alleinerziehenden in der Lebensrealität.

Zwar werden Alleinerziehende Mütter und Väter bei fast allen Gesetzen automatisch mitbeachtet. Sie sind gesellschaftlich anerkannt. Sie müssen nicht mehr dafür kämpfen, dass sie überhaupt wahrgenommen werden. Warum verbessert sich dann aber die Lage nicht?

Es ist ähnlich wie beim Kindeswohl. Das Kindeswohl wird heute automatisch in jedem Gesetz verankert.

Es ist aber ein leerer Begriff.
2 Millionen Kinder leben in Deutschland in Armut.

Der VAMV steht nun vor der Aufgabe, konsequent einzufordern, dass Worthülsen und Sonntagsreden mit Leben gefüllt werden. Für unser Jubiläumsheft haben wir unsere Kinder gefragt, wie sie sich ihr zukünftiges Leben vorstellen und was sie sich von der Politik wünschen. Da sind sehr konkrete Vorstellungen zu finden:

Unsere Kinder wissen, dass das Wichtigste in einer Familie ist, dass man sich liebt.

Das sagt zum Beispiel Lee, zum Thema ideale Familie:

Wenn, dann ist eine "ideale Familie" eine glückliche Familie. Eine Familie, die durch dick und dünn geht, sich gegenseitig unterstützt und, das ist das Wichtigste, sich liebt. Dabei ist es egal ob die Eltern getrennt leben, ob es eine Großfamilie oder eine junge Familie ist. Denn nur Liebe kann eine Familie ideal machen.

Die Beatles hatten also doch Recht mit „All you need is love“.

Das sagt Joelina auf die Frage, was sie sich von der Politik wünscht:

Es müsste mehr Einrichtungen für uns Kinder geben.
z.B. betreute Spielplätze / Häuser im Winter. Auch mehr Spielstraßen sollte es geben, dann bräuchten wir nicht immer auf Autos achten. Der Unterricht an der Schule soll nicht immer ausfallen. Warum kostet Schwimmen gehen oder in den Zoo gehen so viel Geld? Das sollten sich Familien, die nicht so viel Geld haben, auch leisten können.

Wenn wir uns also fragen, wie wir die Gleichstellung von Alleinerziehenden in der Lebenswirklichkeit verankern wollen, dann ist die Antwort vielleicht gar nicht so weit weg. Dann müsste man der Politik nur raten, mal ein Klassenzimmer, eine Kindertagesstätte oder eine Alleinerziehende zu Hause zu besuchen.

Ich wünsche mir zum Jubiläum des VAMV, dass Familien, ob allein- zu zweit- oder zu-ganz-vielen- erziehend, irgendwann wirklich nur noch Liebe brauchen, um die ideale Familie zu sein.

Einleitung

Seit das Interesse an Kindern und die Verantwortlichkeit für sie systematisch und organisiert geworden sind und seit diese also die Sorge für die Kinder in der eigenen Familie übersteigen, handelt es sich dabei auch um Bemühungen um soziale Ordnung. Das Interesse an einer geordneten Kindheit ist also auch ein Interesse an einer geordneten Gesellschaft. Es ist schwierig zu sagen, was wichtiger ist in diesen Anstrengungen, das Bemühen um die Kindheit oder das Bemühen um eine geordnete Gesellschaft. Es macht auch keinen Sinn, hier Anteile zu trennen – im Sinne von: dieses und bis dahin ist noch ein Interesse an den Kindern, von hier an aber und in dieser Qualität ist es ein Interesse an der geordneten Gesellschaft – weil eben das Abzielen auf eine geordnete Gesellschaft den Anlass gab, systematisch Kindheit zu gestalten, weil es die Mittel diktierte, weil es die Akteure dazu motivierte und weil es die Bereitschaft des Staates garantierte, dies zu unterstützen und – je nach Land – ab dem 19. oder 20. Jahrhundert dies auch selber an die Hand zu nehmen. Ebenso lieferte dieses Interesse auch die moralischen Begründungen, sich in Kindheit einzumischen. Es stellte die Basis dar, um zu unterscheiden zwischen guten Kinderstuben und guten Eltern, die solche eben bereitstellten, und abweichenden Kindheiten und sozialen Gruppen, die angeklagt wurden, weil sie solche Kindheiten nicht verhinderten und möglicherweise sogar für normal und richtig hielten. Es erlaubte also das Einteilen der Gesellschaftsmitglieder in Anständige und Unanständige, und wer eine ordentliche Kindheit für den Nachwuchs nicht gewährleistete, der und dessen Lebensführung, Einstellungen, kulturelle Orientierungen usw. konnte vor dem Richterstuhl des unschuldigen Kindes und das heißt vor einer besonderen moralischen Macht angeklagt werden (vgl. Bühler-Niederberger: Kindheit und die Ordnung der Verhältnisse, München, 2005; und Bühler-Niederberger: Macht der Unschuld, Wiesbaden 2005).

Dazu werde ich nun zuerst einige rahmende historische Bemerkungen vorausschicken und dann im Wesentlichen an der deutschen Politik des 20. und 21. Jahrhunderts zeigen, wie sich dies erhalten hat resp. was sich davon erhalten hat und welche Wirkungen das zeitigt.

Zur Geschichte der generationalen Ordnung I Inpflichtnahme durch Moral

Obrigkeitliche Anstrengungen, den Nachwuchs zur Raison zu bringen, waren in der europäischen Geschichte zahlreich. Stadtväter, Ortsvorstände, Zunftmeister und andere bemühten sich, den handfesten Missetaten bereits sehr junger Kinder Riegel zu schieben. Auf solche nicht immer von Erfolg gekrönten Feuerwehrrübungen soll hier nicht näher eingetreten werden. Ich will vielmehr einige weit systematischere Bemühungen um eine neue Kindheit skizzieren. Hinter diesen standen Vorstellungen einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, und um diese zu realisieren, wurden Institutionen einer langen, abhängigen und geordneten Kindheit geschaffen: eine Form der Elternschaft und der Schule, die beide den öffentlichen Interessen verpflichtet waren, und deren dichter Kontrolle das Kind unterstellt wurde. Ich skizziere einige dieser systematischen Bemühungen, um moderne Kindheit als eine Erfindung und Institution gesellschaftlichen Ordners erkennbar zu machen.

Solche finden wir ohne Zweifel bei den Reformaten. Sie kamen nicht nur mit einer neuen religiösen Botschaft daher, sondern auch mehr weltliche: Ordnung sollte hergestellt werden eine Ordnung, in der die Herrscher das Szepter fest in den Händen hielten und eine, in der die Untertanen die Obrigkeit im Herzen fürchteten, jede Art von Obrigkeit, nicht nur Gott, auch Eltern, Lehrer, Magistraten, müsse man ergeben sein, habe ihnen doch Gott ihr Amt und ihre Würde verliehen, so argumentierte etwa einer der Reformatoren, Caspar Huberinus. Mit bloß äußerlichem Wohlverhalten wollte man sich nicht länger begnügen und schon gar nicht mit dem Sumpf, in den Staat und Herrschaft geraten seien - in Folge des "Papismus". Soweit es nun Schlechtes in der Gesellschaft gäbe, sei es am besten durch die Erziehung

der Kinder zu bekämpfen – so lautete ihre Botschaft. Denn die schlechte Erziehung sei maßgeblich Schuld an den Missständen. In Kindern stecke viel Sünde, schnell seien sie verdorben. Nicht nur sich selbst würden sie dann ruinieren, sondern auch alles um sich herum – so noch einmal Caspar Huberinus. Ein klares häusliches Unterstellungsverhältnis wurde gefordert. Dem Hausvater oblag die Verantwortung für die religiöse Instruktion und die Erziehung der Haushaltsmitglieder – ein Bischof in seinen vier Wänden solle er sein, sagte Luther. Und die Eltern sollten ihre Kinder zur Schule schicken. Diese Schulen mussten die Kinder zu dem erziehen, was die Reformatoren als „allgemeines Wohl“ bezeichneten. Unablässig ermahnten sie die Eltern in Schriften und von der Kanzel streng zu ihren Kindern zu sein und diese nicht einfach daherwachsen zu lassen wie „das Holz im Walde“. Pflichtvergessene Eltern wurden bestraft. Luther drohte ihnen an, sie nicht mehr zur heiligen Kommunion zuzulassen. Für Kinder, die der Schule fernblieben, wurden Bußen angeordnet. Was allerdings die Belohnung für ihre Mühe betraf, wurden die Eltern aufs Jenseits verwiesen, „(d)as Auferziehen der Kinder zu Gottes Dienst ...“ nannte Luther „... die richtigste Straße gen Himmel“, und umgekehrt drohte er: „Sind die Eltern träge und lassen die Kinder ungezogen, so wird der Fluch über sie kommen ...“ (D. Martin Luthers Werke, Kritische Gesamtausgabe, Weimar 1883, unver. nachgedr. 1966/83).

Im Laufe der Zeit setzten die Reformatoren immer stärker auf Schulen und auf die Obrigkeit. Zunächst hatten sie auf die Eltern und Bürger gehofft, aber der Lauf der Dinge enttäuschte sie. Gemeinsam mit den Herrschern erließen sie Schulordnungen, wortreiche Dokumente, die für jede Stunde des Tages vorsahen, was zu tun sei. Das ordnende Unternehmen der Reformatoren blieb schlicht: Außer bürokratischer Kontrolle (auch Visitationen ganzer Gemeinden) und Moralpredigten – dem Androhen der Hölle resp. dem Inaussichtstellen des Himmels – hatten sie nichts für seinen Erfolg anzubieten und sie verfügten über keine Technologie der Erziehung.

II Disziplin für die Kinder der Armen

Eine raffinierte Technologie der Erziehung von Kindern entwickelten hundert Jahre später andere Männer der Öffentlichkeit. Es waren ebenfalls vor allem Geistliche, nun aber Männer der katholischen Kirche, wie Nicolas Barré Jean Baptiste de la Salle und Charles Demia. Auch sie identifizierten in der falschen Kindheit das Grundübel ihrer Zeit: Und so sollten die Kinder armer Leute streng erzogen werden müssten, weil sie sonst „(...) liederlich, Spieler, Gotteslästerer, streitsüchtig (...)“ würden (C. Demia, Remontrances à MM. les prévôts des marchands, échevins et principaux habitants de la ville de Lyon touchant l'établissement des écoles chrétiennes, pour l'instruction des enfants du pauvre peuple. Lyon, 1666 (n. Julia 1998: 15; übers. Doris .Bühler-Niederberger).

Auch ihre Interessen zielten also weiter als nur auf die Kinder: auf die Ordnung in der Gesellschaft. Laster und Müßiggang, mit denen die armen Leute die ganze Gesellschaft verdürben, weil sie schlecht erzogen seien, sollten beseitigt werden. „Die armen Leute, wenn sie eben schlecht erzogen sind, verfallen für gewöhnlich in Müßiggang (...), sie werden die verdorbensten mißlichsten Glieder des Staates, und sie würden als solche den ganzen Körper verderben, würden nicht die Peitschen der Scharfrichter, die Galeeren der Prinzen, die Galgen der Justiz diese giftigen Schlangen, die (...) die Welt verunreinigen, von der Erde entfernen“ (C. Demia, op.cit. (n. Julia 1998: 15; übers. D.B.-N.). “ Das legte einer von ihnen in einem Schreiben an die Obrigkeit und führenden Bürger der Stadt Lyon dar, in dem er um Unterstützung seiner Vorhaben warb. Solche Grausamkeiten – oder vielleicht aus der Sicht desjenigen, der da sprach, eher: solchen unnötigen Aufwand und die Verschwendung von Menschen, die vielleicht Nutzen gebracht hätten – konnte man sich sparen, wenn man richtig erzog resp. eben sein Vorhaben unterstützte. In diesem Falle “...würden sich die Fabriken und Manufakturen mit guten Lehrlingen füllen, mit solchen, die die Verpflichtung spüren würden, treu und fleißig zu arbeiten, und die man in den allermeisten Handwerken und Berufen brauchen könnte“. Die Schulen der „Christlichen Schulbrüder“ fanden rasch Verbreitung. Sie erfassten in den französischen Städten etwa einen Viertel bis die Hälfte aller

Schuljungen, waren aber auch in Deutschland, Italien, Belgien verbreitet. Ihre Schüler waren Kinder armer oder jedenfalls kleiner Leute (Maynes 1985). Diese Schulen sollten die Kinder den ganzen Tag beschäftigen, vormittags und nachmittags. Die Disziplin in der Schule wurde zur Perfektion entwickelt, um die Kinder zu nutzbringenden Individuen abzurichten. Raum und Zeit wurden im Schulzimmer in einer Weise zerlegt, dass ein Höchstmaß an Überwachung und Disziplinierung möglich wurde. Ausgeklügelte Sitzordnungen, bildeten die Leistungsfähigkeit ab und das gleich in verschiedenen Fächern. Befehle, die die Bewegungen der Schüler minutiös und mit knappen Kommandi regelten – das Aufstehen und sich Setzen, das Hervornehmen der Tafel, das Schreiben, die Korrektur von Fehlern usw. – machten die Klasse zum Disziplinarraum. Michel Foucault (1977) greift in seiner historischen Theorie der Disziplinargesellschaft wiederholt auf de La Salle und seine Erfindungen zurück. Das 18. Jahrhundert ist reich an solchen Erfindungen und was andere Männer des 17. und 18. Jahrhunderts in Fabriken, Gefängnissen und in der Armee (die jetzt in Uniform gesteckt wurde und das Exerzieren lernte) an solchen Erfindungen realisierten, haben de La Salle und seine Mitstreiter für die Schulen geleistet.

Aber der Disziplinarraum der Klasse reichte noch nicht aus. Auch in den Straßen rund um die Schule wurden die Schüler beim Verlassen der Schule überwacht. Vor allem aber mussten auch die Eltern herangezogen werden und an der Disziplinierung ihrer Kinder mitwirken. Sie mussten die Schule unterstützen, mussten ihre Kinder zum regelmäßigen Besuch der Schule anhalten. Sie durften sich keinerlei Klagen der Kinder über die Lehrer anhören, stattdessen sollten sie mindestens alle drei Monate mit dem Lehrer über das Verhalten der Kinder konferieren in Abwesenheit der Kinder (Julia 1998: 16f.). Und die Eltern durften den Kindern nicht länger die schädliche und schändliche Freiheit gewähren, wie es die kleinen Leute offensichtlich taten. Blieben die Kinder der Schule unentschuldigt fern, so fand man Druckmittel: De La Salle forderte die Lehrer auf, die Priester der Kirchgemeinde und die wohlthätigen Damen zu veranlassen, die Almosen, die sie den Armen gewährten, vom regelmäßigen Schulbesuch der Kinder abhängig zu machen. Trotzdem blieb der rechte Erfolg in den Augen der Initianten auch diesmal aus. Und de la Salle kam zur Ansicht: „Die Kinder der Armen machen in der Regel nur das, was sie wollen, und die Eltern kümmern sich nicht darum und sind sogar nährisch verliebt in ihre Kinder.“ (J.-B. de La Salle, *Conduite des écoles chrétiennes divisée en deux parties*. Avignon, 1720; p. 681 (n. Julia 1998: 92; übers. D.B.-N.)).

III Das Unternehmen Mutterliebe

Es brauchte weitere hundert Jahre, bis das gleichzeitig privateste und dennoch für die öffentliche Ordnung effizienteste Mittel systematisch eingesetzt wurde: die Liebe, und ganz besonders: die Liebe der Mutter. „Eine auf Liebe gegründete Autorität vermag alles bei den Kindern“ (steht in dem anonymen Aufsatz: „Der Hofmeister“. In: *Hannoversche Gelehrte. Anzeigen vom Jahr 1754*. 2124. Stück (n. Schlumbohm 1983: 306), ganz besonders vermag sie nützliche Glieder der Gesellschaft hervorzubringen. Die beiden früheren Unternehmen hatten auch Elternliebe gefordert, waren aber in dieser Hinsicht weniger professionell und systematisch ans Werk gegangen. Jetzt gab es jetzt eine Flut beratender Literatur und Experten, die darin zu Wort kamen resp. sie verfassten – Pädagogen und vor allem Mediziner. Die so genannten „moralischen Wochenschriften“ des 18. Jahrhunderts z.B., die sich an ein interessiertes Bürgertum wandten (und meist in den reformierten Städten Deutschlands gedruckt wurden), waren ein Medium, das Ideen über eine neue Gesellschaft verbreitete und Ideen über die Erziehung. Eine solche Erziehung – so stand darin – dürfe man nicht den Bediensteten überlassen, die ein schlechtes Vorbild abgäben, die Mutter selber habe sich der Kinder von Anfang an anzunehmen und sei das Kind erst etwas älter auch der Vater. Durch ihre innige Beziehung zum Kind und durch ihr eigenes Beispiel sollte die Mutter das Kind lehren, sich der Strenge des Vaters, der für gesellschaftliche Regeln und Ansprüche stand, in Liebe zu beugen. Die Liebe zum Kind sei den Müttern zwar von Natur aus gegeben, räsonierten die Experten und verglichen die Frauen mit Tiermüttern und den Wilden, jedoch nicht die Fähigkeit, sie vernünftig einzusetzen, wie dies die Erziehung der Kinder verlange. Die richtige Liebe musste es nämlich sein sorgfältig eingesetzt, fachkundig

angeleitet. Es ging ja in dieser Kampagne nicht um eine Betonung von Spontaneität und Emotionalität, vielmehr um ein Kalkül der Ordnung und der Nützlichkeit. Der Arzt schreibt vor, die Mutter führt aus“, das war das neue Bündnis. Eine Flut von Erziehungsratgebern, diese waren meist von Ärzten geschrieben, wandte sich an die Mütter. Sie definierten, wie verantwortliche Mutterschaft zu sein habe und stellten negative Folgen für den Fall der Missachtung ihrer Ratschläge in Aussicht. Die Liebe der Mutter hatte sich vor allem in Sorge, in unablässiger Sorge um das Kind zu äußern: Fremde Einflüsse, von Dienstboten, von der Straße, von schlechten Freunden, galt es fernzuhalten. Lückenlos galt es das Benehmen des Kindes zu überwachen, konsequent alle Laster zu tadeln, späteren Müßiggang damit zu vermeiden. Das Tadeln blieb allerdings doch oft genug noch Vaters Strenge überlassen, das zeigen autobiographische Zeugnisse. Einen „unsichtbaren Wegweiser“ sollten sich die Menschen in dieser Erziehung erwerben. Den besaß der Schreiber einer Autobiographie „in dem Andenken an die liebe Mutter und den ernsten Vater“ (Willhelm Harnisch, Mein Lebensmorgen. Berlin, 1865, S. 48). Eine zwar noch begrenzte, aber doch schon angestrebte gesellschaftliche Unabhängigkeit des Einzelnen sollte also durch die besondere Abhängigkeit der Kinder erreicht werden, wie sie nur die Liebe herzustellen vermag.

Damit war die Mutterliebe in ihrer erzieherischen Bedeutung fest etabliert – und nicht mehr der häusliche Bischof im Vordergrund oder die Drillschule. In einem Preisausschreiben der Berliner Akademie von 1785, war die Frage formuliert, ob Vater oder Mutter mehr Autorität besitzen sollten. Ausgezeichnet wurde eine Antwort, die besagte, es solle die Mutter sein, da sie sich am meisten um das Kind Sorge. Eine solche Mutter aber braucht notwendigerweise den Vater als Komplementierung. Diese Komplementierung verlangt die Erziehung, weil er ein anderes Prinzip verkörpert, aber auch der Charakter der Frau verlangt es, damit sie in der Gesellschaft überleben kann. Dieselben Experten, die über die Frau sprechen und schreiben als über ein Wesen, das durch die Natur zur Mutterliebe bestimmt ist, entwerfen einen umfassenden Geschlechtscharakter der Frau. In Lexika und medizinischen Werken der Zeit erscheint die Frau als Verkörperung von körperlicher Schwäche und als beherrscht durch ihre Emotionalität. Weichheit, Emotionalität, Schwäche, man spricht von ihren zarten Knochen, die fast durchsichtig seien usw. Der Charakter der Frau verlangt nach den komplementären Merkmalen der Stärke, des Verstandes, die der Mann verkörpert – von Natur aus sind die Unterschiede und Merkmale der Geschlechter gegeben und damit die Passung, wird in der Rhetorik der Aufklärung argumentiert. So ausgestattet ist die Frau auch nicht fähig, an Gesellschaft teilzuhaben, zusammen mit den Kindern gehört sie dem privaten Raum an – wie zwischen Mann und Frau unterscheidet das bürgerliche Zeitalter in ganz anderer Trennschärfe zwischen privat und öffentlich – zweifellos begünstigt durch neue Arbeitsverhältnisse (die alten der kleingewerblichen Produktion haben dies nicht zugelassen, weder die eine, noch die andere Unterteilung). Und jedenfalls ist es ganz und gar unerwünscht und gegen ihre Natur, an Öffentlichkeit teilzuhaben, wie der folgende Sprecher an der Wende zum 19. Jahrhundert sagt. "Nicht die Natur des Weibes, sondern dessen Lebensart hat sich verändert: Das viele Thee und Coffee-Trinken, die übertriebene Neigung zum täglichen und bis in die späte Nacht anhaltenden Spielen, die seltsamen Kleidertrachten, die neuerfundenen Arten, bis zum Schwindel und Niedersinken zu tanzen, das vernachlässigte Stillen eigener Kinder, das viele die Einbildungskraft und das Blut erhitzende Lesen besonderer Bücher ... Wo man hinsieht, trifft man in allen städtischen Gesellschaften, kleine blasse Gesichter mit breiten blauen Ringen um beide Augen, und entweder aufgedunsene oder ausgemergelte Körper an; welche die Fortpflanzung ihres gleichen gewiß nichts weniger, als erwünschlich machen können." (Johann Peter Frank „System einer vollständigen medicinischen Polizey“ (1779-1819; zit. nach Sabine Toppe: Polizey und Geschlecht, 1999). Wir erkennen in diesem Zitat übrigens eine der typischen Denkfiguren jener Zeit: die Frau ist Natur und wird ganz durch ihre Natur bestimmt, aber sie muss dazu offensichtlich dennoch erzogen werden, sie neigt dazu, ihrer Natur zuwiderzuhandeln, wenn der Experte sie nicht ermahnt, sie tadelt, ihr Versprechungen macht oder Übles in Aussicht stellt.

Eine Geschlechterordnung ist nun also fest mit der Ordnung der Alterskategorien verbunden – und das Ganze im Interesse der gesellschaftlichen Ordnung und als Ausdruck der Natur. Treffliche Fügung. Die angestrebte Folge dieser intimen Familienstruktur ist ein fest internalisiertes Über-Ich in dem intimen Gefüge der Familie und in dieser emotional überaus wirksamen Verbindung von Mutters Liebe und Vaters Strenge. Eine realistische Erwartung zumindest in bürgerlichen Kreisen wie weitere hundert Jahre später Freud an seinen Patienten konstatiert.

IV Von der Ordnung der Kindheit zur Kinderpolitik – Generationales Ordnen im 20./21. Jahrhundert

Von einer eigentlichen Politik für Kinder kann man vor dem 20. Jahrhundert kaum sprechen, das Engagement der Obrigkeit resp. des Staates für die Sache der Kinder war allzu punktuell, sporadisch und begrenzt. Es kam im 19. Jahrhundert zu ersten Gesetzen des Kinderschutzes: Einschränkungen der Arbeitszeit vor allem, in deren systematischer Durchsetzung sich der Staat aber noch länger nicht engagierte. Schutzvorschriften wurden im Strafgesetz verankert, die Schulpflicht wurde allmählich verbindlicher geregelt; dies geschah an der Wende zum 20. Jahrhundert und in dessen ersten Jahrzehnten. Ebenfalls im frühen 20. Jahrhundert wurden Landesgesetze zur Zwangs- oder, wie es nun zunehmend hieß, Fürsorgeerziehung geschaffen, vor allem auch als Reaktion auf eine unbotmäßige Arbeiterjugend. 1922 wurde den Kindern per Gesetz ein Recht auf Erziehung zugestanden das durch frühen Gelderwerb nicht geschmälert werden sollte; dieses zielte aber nicht in erster Linie auf das Glück der Kinder und ihre persönliche Entfaltung, sondern wiederum auf gesellschaftliche Ordnung: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zu leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher Tüchtigkeit (...) Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt (...) öffentliche Jugendhilfe ein.“ (Paragraph 1 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes). 1923 wurde das Jugendgerichtsgesetz (JGG) erlassen. Jugendliche wurden damit nicht mehr wie Erwachsene bestraft, die Aufmerksamkeit galt nun weniger der Tat, als der Täterpersönlichkeit. Man setzte auf die große Formbarkeit der jungen Täter, im Sinne von Besserung. Eine Neufassung dieses Gesetzes nach 1953 und zahlreiche weitere Novellierungen (zuletzt 1990) bestärkten im Prinzip diese Entwicklung weg von der Bestrafung hin zur Erziehung. 1926 kommt es zum ersten Jugendschutzgesetz, damit wurden die so genannten „Schund und Schmutzschriften“ verboten. Auch die Gesetze des Jugendschutzes wurden immer wieder überarbeitet um den veränderten Einstellungen und Gepflogenheiten Rechnung zu tragen. Sanitäre Einrichtungen, Impfungen, Hygieneausbildung der Mütter, Spielplätze usw. all das sind weitere Bausteine eines systematischen Engagements für Kinder, dem Gesundheit und dem Wohlergehen der Kinder verpflichtet.

Ich will mich hier aber vor allem auf den Einfluss konzentrieren, den der Staat auf Kindheit ausübte durch die Formung der Familie – denn dies war und blieb das wichtigste Instrument der Gestaltung von Kindheit, sieht man von der Schulpflicht ab und dem damit einhergehenden Ausschluss der Kinder aus dem ökonomischen Bereich. Diese Gestaltung für die Kindheit über die Normierung der Familie gilt ganz besonders für Deutschland. Man stößt dann in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf verschiedene Bemühungen, eine Familie mit klaren Geschlechts- und Generationsunterschieden zu fördern und zu erhalten, d.h. eine Familie, in der das männliche Oberhaupt vis-à-vis der Frau und den Kindern den Status des Haupt- und möglichst Alleinverdieners hatte. Das Bürgerliche Gesetzbuch von 1896 hatte dieses Familienarrangement schon festgeschrieben. Es erlaubte eine eigene Erwerbstätigkeit der Ehefrau nur in Ausnahmefällen, sprach dem Ehemann alle Entscheidungsbefugnisse im Hinblick auf die Familie zu und schränkte die Möglichkeiten der Scheidung ein. Zwar wurde wiederholt das Prinzip des Schutzes der Intimsphäre vor staatlichen Zugriffen herausgestellt, das allerdings nur solange galt, wie die Familie den Ordnungsvorstellungen entsprach resp. durch eine Mischung aus ökonomischem und moralischem Druck und Anreiz während des gesamten 20. Jahrhunderts und bis heute konterkariert wurde.

Bereits im Kaiserreich wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen diskutiert, mit denen dieses Familienarrangement vom Staat weiter unterstützt resp. gefördert werden sollte: Familienzulagen wurden vor dem ersten Weltkrieg nur von wenigen großen Unternehmen bezahlt, unter anderem von Siemens und dem Bergbau. Nach dem Krieg und also in der Weimarer Republik, genauer 1920, führte sie dann der Staat für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein, und sie verbreiteten sich daraufhin in der Privatwirtschaft. Solche Neuerungen standen klar im Interesse von Bevölkerungs- aber auch der Ordnungspolitik: „(I)m Interesse ... der Vermehrung, der Veredelung unserer Volkskraft“, als „Grundlage der Eigentumsordnung“ und zur Förderung der „Untertanentreue der Kinder“ wurde 1918 in einer Schrift die Förderung von Familien gefordert. Gefördert wurde der Typ der Familie mit klaren Geschlechtsrollen: So entfiel ein Teil der Zulagen, die so genannte „Frauzulage“, wenn die Frau erwerbstätig war; „Abwesenheitsprämien“ und „Auskämmung der Betriebe“ sollten die Frauen von Erwerbstätigkeit abhalten, damit sie sich um ihre Kinder kümmern könnten (und von diesen auch möglichst viele bekommen sollten) und die Arbeitsplätze für die aus dem Krieg zurückgekehrten Männer frei würden. Wenige Jahre später wurden die Familienzulagen bereits wieder abgeschafft, und im Vergleich zu Frankreich oder Belgien blieb Deutschland in dieser Art von Familienförderung lange zurück.

Über den Nationalsozialismus will ich hier nicht weiter sprechen, das Thema lässt sich nicht nebenbei abhandeln – nur soviel: in der Art, wie die nationalsozialistische Politik sich Kindern näherte, zeigt sich z.T. eine erstaunliche Konstanz zur früheren und zur späteren Politik: Wie seine Vorläufer und sein Nachfolger war der Staat in erster Linie an den Kindern als seinem Humankapital interessiert, d.h. an deutschen Kindern in ausreichender Zahl und ausgestattet mit den Tugenden von Fleiß und Anpassung an die staatliche Ordnung. Ebenso konstant setzte er dafür sofern er überhaupt auf Familie setzte, was er jedenfalls in erzieherischer Hinsicht nur beschränkt tat auf den ganz bestimmten Typus von Familie, wie er schon dargestellt wurde. Diese Ziele wurden nun aber ohne jede Zurückhaltung gegenüber der Intimsphäre der Familie oder auch gegenüber den pädagogischen Ansprüchen der Schule durchzusetzen versucht. Nicht alle Regelungen, die im Bündel der kinder- und familienpolitischen Maßnahmen enthalten waren, waren jedoch Neuerfindungen. In der Kombination und der Rigorosität, mit der sie nun eingesetzt wurden, und in der Pervertierung der Familienpolitik zum Instrument der Rassenpolitik erhielten sie jedoch eine ganz neue Qualität. Was den Typus der Familie betrifft, der vor allem gefordert und gefördert wurde, war es jedoch weder ein Bruch zu vorher und nachher noch war es die Wurzel des späteren Modells, vielmehr ist die deutsche Politik hier über alle Regime des 20. Jahrhunderts hinweg erstaunlich konstant.

Nachkriegszeit und Institutionen der generationalen Ordnung

In der BRD der Nachkriegszeit wurde das Kindergeld als Errungenschaft einer nationalsozialistischen Politik durch die Alliierten abgeschafft. Ab 1949 wurden dann allerdings bereits wieder Kinderfreibeträge bei der Einkommensbesteuerung gewährt und dann in einem ewigen Hin und Her zwischen den verschiedenen Regierungswechseln dieses System von Transferzahlungen verändert: Kinderfreibeträge und oder Kindergeld, Beträge ab dem zweiten oder ab dem ersten Kind, mit Einkommensbegrenzung oder ohne, gestaffelt nach Kinderzahl oder nur minimal gestaffelt etc.. Dagegen änderte sich die Vorstellung einer normalen Kindheit nicht. Eine Hausfrauenehe sollte es sein – die Berufstätigkeit der Ehefrau wurde gezielt unattraktiv gemacht; des Weiteren sollten es mindestens zwei Kinder sein und möglichst eine Familie der Mittelschicht. Zum Glück des Kindes? Argumentiert wurde mit der sozialen Ordnung. Als das so genannte Splitting-Verfahren bei der steuerlichen Veranlagung der Ehepartner 1958 eingeführt wurde, das Einzelverdiener-Ehen am stärksten entlastet, dessen Entlastungseffekt jedoch entfällt, wenn beide Ehepartner gleichviel verdienen. Damals wurde diese Regelung durch die Politiker mit dem „familienpolitischen Interesse“ begründet, „(...) die Neigung der Ehefrau mit Kindern zu marktwirtschaftlicher

Erwerbstätigkeit nicht zu erhöhen (...)“ resp. mit der „(...) besonderen Anerkennung der Ehefrau als Hausfrau und Mutter (...)“.

Die Steuererleichterungen, wie sie durch Kinderfreibeträge und Ehegattensplitting gewährt wurden (und immer noch werden), entlasten die höheren Einkommen erheblich stärker als die geringen. In den Geburtsstunden dieser Erfindungen äußerten die Politiker auch dazu ihre Gedanken unverblümt. „Gerade auch unseren weithin kulturtragenden Mittelstandsschichten darf nicht ausgerechnet da die Erfüllung ihrer wichtigen kulturellen Aufgabe unmöglich gemacht werden, wo sie diese an ihren Kindern und damit für die Zukunft aller wirksam werden lassen wollen“. Das war der Standpunkt, den der erste Familienminister, Franz-Josef Wuermeling, vertrat. Die „richtigen Familien“ wurden als Grundbedingung und Garant der moralischen Entwicklung der Kinder gefördert und gefordert. Einkindfamilien, Scheidungsfamilien und Familien mit erwerbstätigen Müttern waren unerwünscht, ihr Nachwuchs galt als problematisch. Es waren möglicherweise „streunende Kinder“ und nicht die rechtschaffenen, denen „Opferbereitschaft, Achtung christlicher Werte, Sittlichkeit und Arbeitsamkeit“ in „innerlich gesunden Familien“ anezogen wurde, wie noch der Familienminister der BRD in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts argumentierte. Das ist eine weitere kleine Kostprobe der Rhetorik von Franz-Josef Wuermeling, CDU, der von 1953 bis 1962 Familienminister der BRD war. Den Kirchen kam bei dieser moralischen Befruchtung der Familie große Bedeutung zu. Noch 1979 kam sogar aus den Reihen der evangelischen Kirchen ein „Wächterruf gegen den sittlichen Dambruch“, der sich gegen vorehelichen Geschlechtsverkehr, liberale Ehescheidungsgesetze etc. wandte und befürchtete, dass damit „die Wurzel des Lebens eines jeden Volkes“ aufgelöst werde.

Man kann man also nicht eigentlich von einer Politik für Kinder sprechen, sondern in erster Linie von einer Politik für Kinder, die in und durch eine ganz bestimmte Familienkonstellationen geformt werden sollten, und von einer Politik für Kinder der Mittelschicht oder höher. Und dies stand im Interesse der gesellschaftlichen Ordnung (auch zunächst im Interesse von mehr Kindern, was sich aber als Illusion erwies und auch nicht so offen artikuliert wurde, zweifellos als Folge entsprechender Politik des Nationalsozialismus). Ein so erzogener Nachwuchs konnte als Bollwerk gegen jede moralische Gefahr gelten, man konnte damit sogar den kalten Krieg gewinnen. Noch einmal der ehemalige Familienminister Wuermeling: „Millionen innerlich gesunder Familien mit rechtschaffenen erzogenen Kindern sind als Sicherung gegen die drohende Gefahr der kinderreichen Völker des Ostens mindestens ebenso wichtig wie alle militärische Sicherung“.

Es ist allerdings fraglich, ob diese Rechnung im Ernstfall hätte aufgehen können, wenn die Gegenseite doch dasselbe wollte. „Das Ziel der Erziehung der Kinder ist, sie zu geistig und moralisch hoch stehenden, körperlich gesunden Persönlichkeiten heranzubilden, die die gesellschaftliche Entwicklung bewusst mitgestalten. Durch verantwortungsbewusste Erfüllung ihrer Erziehungspflichten (...) erziehen die Eltern ihre Kinder zur sozialistischen Einstellung zum Lernen und zur Arbeit, zur Achtung vor den arbeitenden Menschen, zur Einhaltung der Regeln des sozialistischen Zusammenlebens, zur Solidarität, zum sozialistischen Patriotismus und Internationalismus“; das besagte § 42 Abs. 2 des Familiengesetzes der DDR. Allerdings setzte die DDR-Politik insgesamt weniger auf die Ordnung der Familie als die Nachkriegspolitik in der BRD. Zusätzlich wünschte man einen direkteren Zugriff auf die Kinder durch Organisationen des Staates. Kinderkrippen und Freizeitorganisationen sollten die „Erziehung im Kollektiv Gleichaltriger“ gewährleisten, der man einen hohen Stellenwert in der politischen Bildung zumaß (Zwiener 1993). Es ist wohl richtig, dass in dieser Hinsicht die Intimität der Familie weniger geschützt war als in der BRD. Auf der anderen Seite konnte damit, die Familienpolitik in der DDR ist hierin erstaunliche Ausnahme, die Verpflichtung zur Hausfrauenehe tatsächlich entfallen. Die Hausfrauenehe widersprach der sozialistischen Programmatik, entsprechend formulierte das Familiengesetz der DDR, es sei darauf zu achten, dass „die Frau ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren kann“ (Paragraph 10).

Kinderrechte

Unübersehbar ist aber dennoch ein stärkerer Versuch, der Sache der Kinder in der Politik in neuer Weise Rechnung zu tragen. 1979 deklarierte die UNO ein „Internationales Jahr des Kindes“. In der BRD zog dies mehr Beachtung der Situation der Kinder nach sich: Wir finden ab diesem Zeitpunkt auch eine bessere Berücksichtigung der Situation der Kinder in Statistiken. Erstmals konzentriert sich dann der Zehnte Kinder und Jugendbericht 1998 auf die Lebenssituationen von Kindern. 1989 wird die „UN-Konvention über die Rechte des Kindes“ verabschiedet. Die BRD ratifiziert diese Konvention. In diesem Zusammenhang wird eine Kinderkommission des Bundestags konstituiert, der aufgetragen wird, politische Entscheidungen auf ihre „Kinderverträglichkeit“ zu prüfen. Ein neues Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), das 1990 (resp. in den alten Bundesländern 1991) in Kraft tritt, formuliert ein Recht auf Erziehung, das nicht schon für gesellschaftliche Nützlichkeit vereinnahmt ist. Das neue KJHG ist familienorientiert, favorisiert aber nicht mehr einen besonderen Familientyp.

Die Idee, dass Kinder Träger eigener Rechte seien, scheint akzeptiert. Wird nun also vorrangig individuellen Bedürfnissen und Lebenslagen von Kindern Rechnung getragen und tritt damit das Ziel der gesellschaftlichen Ordnung und dann auch die Zielerreichung über ein bestimmtes Familienmodell in den Hintergrund? Der Ausblick auf neueste Entwicklungen lässt auch Zweifel aufkommen. Das Gesetzeswerk, das in Deutschland auf die Kinderrechtskonvention folgte, weil die bisherigen Regelungen gemessen an den neu ratifizierten Rechten nicht genügten, ist dann 1998 das neue Kindschaftsrecht. Es sieht die Gleichstellung ehelicher und nichtehelicher Kinder vor und ein geteiltes Sorgerecht als Regelfall nach Scheidungen. Aber es garantiert gerade nicht das Recht des Kindes auf den Kontakt mit beiden Eltern, wie es die Kinderrechtskonvention fordert, und auch nicht die Beteiligung des Kindes an der Entscheidung über seine Familienkonstellation(en). Weder hat das Kind ein hinreichend gesichertes Recht angehört zu werden, noch realistisch die Möglichkeit auf Verweigerung des Umgangs, und es hat auch kein einklagbares Recht auf Umgang. Wiederum wurde hier von Politikern weit stärker mit einer Natur (diese ist universell) – diesmal einer Natur des Kindes – argumentiert, diese verlange nach zwei Eltern. Familienministerin war zu jener Zeit Claudia Nolte und sie argumentierte: „Eltern bleiben immer Eltern“, und begründete dieses apodiktische Votum schlicht damit, dass „(...) der Blickwinkel des Kindes entscheidend“ sei. Und in den Beratungen, die dem Beschluss vorausgingen, waren z.B. folgende Sachverständigenaussagen zu hören: Es gibt ein „(...) natürliches Bedürfnis des von Trennung und Scheidung betroffenen Kindes (...) trotz Trennung und Scheidung (...) keinen seiner beiden Elternteile zu verlieren“; - „Von daher ist es hervorragend, wenn das gemeinsame Sorgerecht der Regelfall ist und bleibt, wie es ja auch die natürliche Lösung ist.“

V Normale Kindheit heute und Ausschlussprozesse

So bleibt das organisierte und vor allem das staatliche Engagement für Kinder weiterhin stark dem Modell der Familie verpflichtet, das in einer Orientierung an sozialer Ordnung gewählt wurde und nicht in einer Orientierung an Kindern und ihren individuellen Bedürfnissen. Und jedenfalls prägt dies die faktischen Verhältnisse. Gegen dieses Modell Kindheit zu arrangieren und damit Gesellschaft zu ordnen, will ich nicht grundsätzlich opponieren, es ist vermutlich tatsächlich effizient, aber wir haben seine Auswirkungen zu berücksichtigen. Einige Zahlen zur aktuellen Kindheit zeigen: Die Bedingungen des Aufwachsens sind weitgehend genormt. Es gibt eine „normale“ Kindheit, im Sinne der Kindheit, die den jahrzehnte- ja jahrhundertealten Ordnungsbemühungen entspricht (soweit es die Familie betrifft, sind sie nun über zweihundert Jahre alt). Und diese Kindheit ist auch im statistischen Sinne normal, d.h. Aufwachsen in Deutschland geschieht überwiegend nach diesem Muster: mit beiden biologischen und verheirateten Eltern (über 80 Prozent der Kinder

in Deutschland West); mit Geschwistern oder zumindest einem Geschwister, mit einer nicht oder höchstens teilzeitlich beschäftigten Mutter. Das zeigen die folgenden drei Tabellen.

Tabelle 1: Aufwachsen in verschiedenen Familienformen 1961-2003, 12. Kinder- und Jugendbericht 2005 (Kinder unter 18 Jahren)

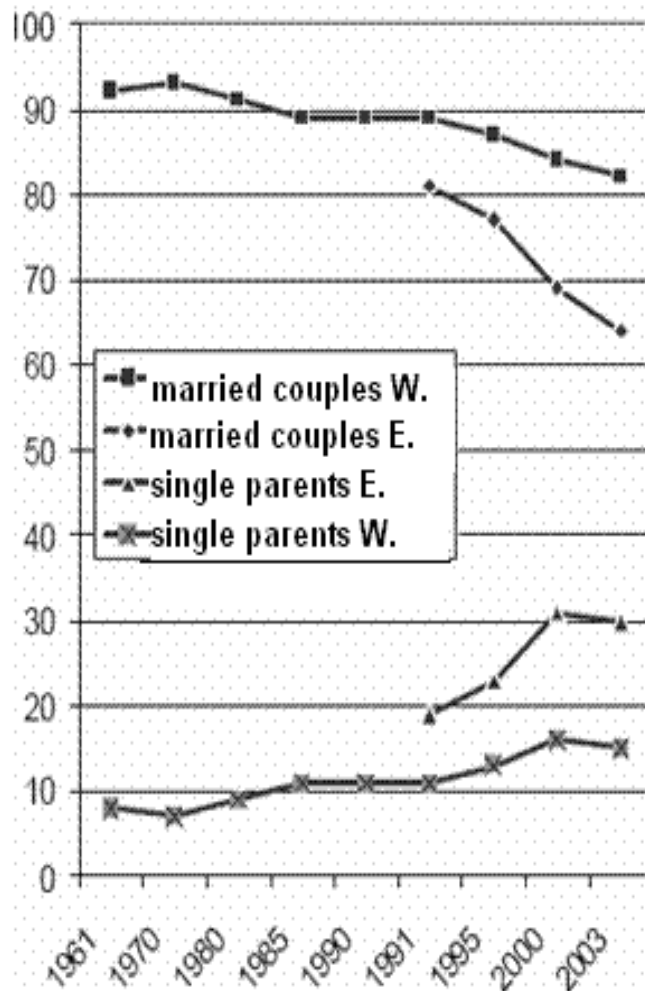


Tabelle 2: Kinder von 8-9 Jahren und Anzahl Geschwister (12. Kinder- und Jugendbericht 2005)

Ohne Geschwister	18%
1 Geschwister	52%
2 Geschwister	21%
3 Geschwister und mehr	7%

Tabelle 3: Kinder von 8-9 Jahren und Anzahl Geschwister (12. Kinder- und Jugendbericht 2005)

Alter des jüngsten Kindes	keine Berufstätigkeit		teilzeitl. berufstätig		voll berufstätig	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
unter 3 Jahren	71	57	21	20	9	24
3-6 Jahre	45	33	46	33	10	34
7-15 Jahre	32	27	54	28	15	45

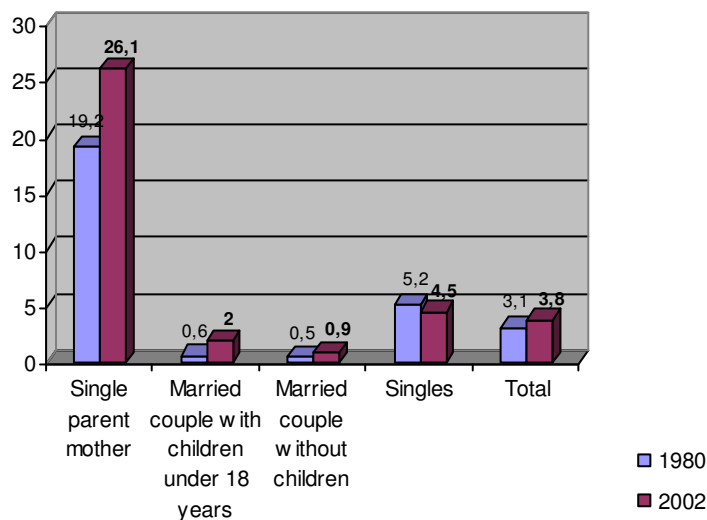
Kindheit in Deutschland ist also – wie diese wenigen Daten schon erkennen lassen – weit weniger durch rasanten familialen Wandel oder gar eine neue “Unordentlichkeit” gekennzeichnet als es die öffentliche Diskussion glauben machen könnte. Das trifft vor allem für die Kindheit in Westdeutschland zu. Wir könnten also sagen, “die Kirche sei noch im Dorf”. Aber ist die Kindheit deswegen besonders glücklich, hat sie besondere Qualität für die Kinder? Laut einer neuen OECD-Studie ist dies nicht unbedingt der Fall. Länder mit weit nonkonformeren Kindheiten, schlagen demnach, was die Qualität des Aufwachsens betrifft, Deutschland bei weitem. Dafür sind nicht nur materielle Gründe ausschlaggebend, sondern auch die von den Kindern eingeschätzte Möglichkeit, mit den Eltern reden zu können, die in der untenstehenden Rangliste (Tabelle 4), wie sie eine UNICEF-Studie erstellte, die vergleichsweise mittelmäßige Position Deutschlands hinsichtlich des Indikators “Family and peer relationships” ausmacht und damit für das insgesamt nur mäßige Abschneiden verantwortlich ist.

Tabelle 4: Qualität des Aufwachsens – aus der Studie: Child well-being in rich countries, UNICEF 2007, p.

2

Dimensions of child well-being	Average ranking position (for all 6 dimensions)	Material well-being	Health and safety	Educational well-being	Family and peer relationships	Behaviours and risks	Subjective well-being
Netherlands	4.2	10	2	6	3	3	1
Sweden	5.0	1	1	5	15	1	7
Denmark	7.2	4	4	8	9	6	12
Finland	7.5	3	3	4	17	7	11
Spain	8.0	12	6	15	8	5	2
Switzerland	8.3	5	9	14	4	12	6
Norway	8.7	2	8	11	10	13	8
Italy	10.0	14	5	20	1	10	10
Ireland	10.2	19	19	7	7	4	5
Belgium	10.7	7	16	1	5	19	16
Germany	11.2	13	11	10	13	11	9
Canada	11.8	6	13	2	18	17	15
Greece	11.8	15	18	16	11	8	3
Poland	12.3	21	15	3	14	2	19
Czech Republic	12.5	11	10	9	19	9	17
France	13.0	9	7	18	12	14	18
Portugal	13.7	16	14	21	2	15	14
Austria	13.8	8	20	19	16	16	4
Hungary	14.5	20	17	13	6	18	13
United States	18.0	17	21	12	20	20	-
United Kingdom	18.2	18	12	17	21	21	20

Tabelle 5: Anteil Haushalte mit Sozialhilfebezug nach Haushaltstyp 1980 und 2002 (Armuts- und Reichtumsbericht 2005, 13)



Die Konzentration der Familienpolitik auf "normale Kindheit" und d.h. Kindheit in einer normierten Familie hat die Kehrseite eines disproportional größeren Anteils armer Kinder in abweichenden Familienformen. Die Transferleistungen setzen auf Erhalt normaler Kindheit und korrigieren Armut vergleichsweise geringfügig. Das zeigt in der folgenden und letzten Tabelle etwa der Vergleich von Frankreich und Deutschland. Die beiden Länder korrigieren bei ungefähr gleich hohen Transferleistungen Kinderarmut sehr unterschiedlich und dies ist eine Folge davon, dass die deutschen Transferleistungen zu einem erheblichen Teil die „Normalfamilie“ begünstigen, nämlich Familien mit einem männlichen Haupternährer mit mittlerem und gehobenen Einkommen.

Die deutsche Politik für Kinder zahlt also buchstäblich einen hohen Preis für normierte Familienverhältnisse, für die sie einst im Interesse der gesellschaftlichen Ordnung votiert hat und sie tut dies, ohne dass der positive Effekt dieser Art von Kindheitsgestaltung für die Kinder eindeutig feststünde. Dem kann die abschließende Frage angeschlossen werden, wie viel Normierung der Lebensverhältnisse denn Kinder brauchen. Der bekannte Entwicklungsforscher Urie Bronfenbrenner gab auf die Frage danach, was Kinder denn brauchen eine eindruckliche Antwort.

"Somebody's got to be crazy about that kid, and vice versa!" But what does "crazy" mean? It means that the adult in question regards this particular child as some-how special — even though objectively the adult may well know that this is not the case... For the child, the adult is also special — someone to whom the child turns most readily in trouble and in joy, and whose comings and goings are central to the child's experience and well-being. (Bronfenbrenner, U. (1994). Who cares for the children?, in Nuba, H; Searson, M.; Sheiman, D. L. (eds.) Resources for Early Childhood: A Handbook. New York: Garland.)

Die Antwort wird durch eine mittlerweile umfangreiche internationale Forschung darüber gestützt, wie Kinder Familienverhältnisse beurteilen. Nach Ansicht der Kinder ist es die Qualität der Beziehungen, im Sinne verlässlicher Anteilnahme, die Familie ausmacht, und es ist nicht deren institutionelle Ordnung, die in einer Politik, die Kindheit unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Ordnung sieht, eine so überaus hohe Bedeutung gewonnen hat.

Dr. Christian Alt

Wie Kinder leben und was sie wirklich wollen

Kinder heute leben in einer veränderten Welt. Der gesellschaftliche Wandel hat das Leben und den Alltag von Familien und damit auch den von Kindern zum einen erweitert (z.B. durch die Kommunikationsmedien), zum anderen verengt (z.B. durch eine geringere Geschwisterzahl). Viele Kinder sind von früh an gefordert, selbständig zu handeln und eigene soziale Bezüge aufzubauen.

Nun entwickeln und gestalten sich diese Lebensräume nicht im luftleeren Raum, sondern sind in besonderer Weise abhängig von den gesellschaftlichen Entwicklungen.

Ausgangspunkt der erforderlichen Betrachtung der Entwicklungen im Bereich der Familien sind die ökonomischen Lebensbedingungen und deren Wandel. Für den Alltag bedeuten die Veränderungen auf diesem Sektor, dass vielfache Flexibilisierungen von Arbeit in räumlicher und zeitlicher Hinsicht existieren. Auf die Ebene der Biografien und Lebensverläufe projiziert heißt dies, dass es mit großer Wahrscheinlichkeit immer weniger kontinuierliche Berufsbiographien gibt. Lebenslanges Lernen wird zur Notwendigkeit, um den Arbeitsplatz wie den Alltag erhalten zu können. Zudem kehrt der Zufall in das Sozialleben zurück. Wir haben es mit einer sozial strukturierten Zufälligkeit, einer Aleatorik zu tun: Alle Einkünfte und Verluste sind nicht mehr auf individuelle Leistungsbeiträge rückführbar, sondern entstehen u.a. im Medium schwankender Börsenkurse oder riskanter Spekulationen (vgl. Lange 2006). Für Kinder in ihren Familien zieht dies mehrerlei Konsequenzen nach sich, u.a. eine veränderte Verfügbarkeit von elterlichen Ressourcen und eine sozialpolitische Umweh, welche immer stärker die familialen Leistungen ‚anzapft‘. Dazu gehört auch, dass Arbeitslosigkeit sich generalisiert und für die Gesellschaftsbilder von Kindern einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert bekommt (Gläser 2002). Entwicklung als Anpassung an die Marktgesetzmäßigkeiten bedeutet kurz gesagt, dass vor allem Familien mit Kindern einen sozialen Preis zu entrichten haben (Netzler 2002).

Das DJI-Kinderpanel

Bevor ich mit meinem Vortrag anfangende, möchte ich Ihnen kurz unser Projekt, das Kinderpanel, vorstellen.

Das Kinderpanel markiert einen neuen Zugang in der Kindheitsforschung zu unserem Gegenstand, den Kindern. Unter dem Projekttitel „Chancen und Risiken beim Aufwachsen von Kindern in Deutschland“ bietet es, ganz explizit unter dem Dach einer Sozialberichterstattung über Kinder, die Möglichkeit zum ersten Mal auf repräsentativer Basis einer Kinderstichprobe von 5-6 und 8-9-jährigen Kindern, Einblicke in die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern aus Sicht der Kinder selbst zu erhalten. Beide Altersgruppen wurden bislang überwiegend als weder befragungswürdige noch -fähige Population angesehen (Zinnecker, 1996; vgl. dazu die lange Tradition der Jugendstudien, Walper & Tippelt, 2002). Das Design des Kinderpanel, eine auf repräsentativer Basis beruhende und dezidiert an der Perspektive von Kindern ausgerichtete Stichprobe, setzt einen neuen Impuls für eine empirische Kindheitsforschung.

Das Augenmerk wird vor allem auf die Übergänge im Betreuungs- und Bildungssystem, auf den Übertritt in die Grundschule und den Wechsel in weiterführende Schulen gerichtet (vgl. Abb. 1). Es wird darüber hinaus ganz explizit nach den Veränderungen in den Lebensbedingungen der Kinder und ihren Entwicklungsprozessen gefragt (zur Stichprobenziehung, Anlage, Design der Studie: Alt & Quellenberg, 2005).

Hinsichtlich einer Vielzahl von solchen Fragen lässt sich dies für die Differenzierung der Lebenslagen und Entwicklungsmuster von Mädchen und Jungen leisten, was einen

genuinen, zukünftig mit den weiteren Wellen des Panels noch zu akzentuierenden Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit darstellen wird. Hinzu kommt die im querschnittlichen Vergleich gegebene Möglichkeit, Fragestellungen nach interethnischen Gemeinsamkeiten oder Differenzen in den Chancen und Risiken des Aufwachsens zu bearbeiten. Die Zusatzerhebung zur 1. Welle des Kinderpanels ermöglicht es, russisch- und türkischstämmige Kinder mit Kindern ohne Migrationsgeschichte sowohl in ihren Selbsteinschätzungen bezüglich Familie, Peers und Schule als auch in Bezug auf ihre Kontexte des Aufwachsens zu vergleichen. Dies kann als Beitrag zur Institutionalisierung eines (politisch motivierten) „ethnic monitoring“ (vgl. Wehrhöfer, 2003) betrachtet werden. Reagiert wird dabei auf das nicht erst in Grunerts' Expertise zum 12. Kinder- und Jugendbericht diagnostizierte klare Forschungsdefizit zu ethnischen Differenzen im Hinblick auf den außerschulischen Kompetenzerwerb von Kindern (Grunert, 2005). Dieses Forschungsdefizit trifft weiter gefasst auch auf eine Berichterstattung über die Bedingungen des Aufwachsens von Migrantenkindern in Deutschland zu (vgl. Betz, 2006).

Das Kinderpanel ist so konzipiert, dass ein Paneldesign mit mindestens drei Wellen realisiert wird, um u.a. die angesprochenen Entwicklungsverläufe empirisch nachzeichnen zu können. Zudem wird es mit Hilfe des Kohortenansatzes möglich, zwei Alterskohorten miteinander zu vergleichen: die 5-6 und die 8-9jährigen Kinder (vgl. Abb.1).

Abbildung 1: Erhebungsdesign des Kinderpanels

Alter des Kindes	1. Welle Herbst 2002	2. Welle Frühjahr 2004	3. Welle Herbst 2005
11 - 13			Mutter N = 620 Vater N = 351 Kind N = 620
9 - 11		Mutter N = 722 Vater N = 484 Kind N = 722	
8 - 9	Mutter N = 1042 Vater N = 658 Kind N = 1042		Mutter N = 673 Vater N = 379 Kind N = 673
6 - 8		Mutter N = 771 Vater N = 503 Kind (Proxy)	
5 - 6	Mutter N = 1148 Vater N = 678 Kind (Proxy)		
	N = 2190	N = 1493	N = 1293

Panelbefragung und Kohortendesign sind so angelegt, dass sich die institutionalisierten Übergänge vom Elementarbereich des Bildungswesens in den Primarbereich zwischen der 1. und 2. Welle für die jüngere Kohorte beobachten lassen. Bei der älteren Kohorte erfolgt der Übergang vom Primarbereich in den Sekundarbereich des Bildungssystems zwischen der 2. und 3. Welle, so dass auch diese Schaltstellungen im Lebenslauf der Kinder und ihre Auswirkungen auf den Entwicklungsverlauf der Kinder und auf ihre Teilhabechancen beobachtbar sind.

Die Lebenswelt Familie

Was ist neu an der Lebenswelt Familie? Es ist die Entwicklung hin zu einer Biographie, die nicht mehr wie in den 50er und 60er Jahren sich durch besonders hohe Konstanz auszeichnet, sondern in der die Veränderung und die multiple Ausgestaltung einer eigenen

Familiengeschichte zur Normalität wird oder werden kann. Diese Veränderung hat inzwischen eine solche Dynamik entwickelt, dass innerhalb einer Generation deutliche Wandlungstendenzen beobachtbar sind. Die Pluralisierung von Lebensformen schließt heute die Reversibilität einer Entscheidung für eine bestimmte Lebensform mit ein. Dies führt dazu, dass eine individuelle Biographie verschiedene Lebensformen im Laufe eines Lebens umfassen kann. Damit wird die Sicherheit sozialer Bindungen in Frage gestellt. Dieser Bedeutungsverlust normativ-bindender Leitbilder – und Ehe und Familie war und ist so ein Leitbild – hat dazu beigetragen, dass alternative Lebensformen nicht mehr missbilligt werden, sondern einen normalen gesellschaftlichen Stellenwert einnehmen. Die soziale Ächtung wilder Ehen aber auch die Diskriminierung von Einelternfamilien hat nachgelassen: eine höhere Toleranz gegenüber diesen Lebensformen ist festzustellen (vgl. Schicha 1996). Diesen Prozess beeinflussen neben den individuellen Bedürfnissen vor allem die ökonomischen Bedingungen, aber auch strukturelle Veränderungen und ein Wandel der Wertorientierung.

Trotz dieser weit reichenden Veränderungen gibt es sie noch, die Familien. Heute wachsen etwa drei Viertel der Kinder mit beiden biologischen Eltern und mindestens einem Geschwisterkind auf. Ein Viertel der Kinder lebt in alternativen Familienformen, d.h. in Stieffamilien oder mit einem alleinerziehenden Elternteil. Ein Fünftel der Kinder hat weder Bruder noch Schwester, mit denen sie spielen, sich streiten und vertragen könnten. In den alternativen Familienformen müssen mehr Kinder auf ein Geschwisterkind verzichten. Dies liegt häufig daran, dass bewusst auf weitere Kinder verzichtet wird. Etwa jedes fünfte Kind wächst heute in einer Familie mit Migrationshintergrund auf. Diese Kinder leben noch häufiger als deutsche Kinder in traditionellen Familien. Die meisten Kinder haben demnach die Möglichkeit, in der Lebenswelt Familie mit Müttern, Vätern und Geschwistern vielfältige Erfahrungen zu machen.

Was die Beziehung der (Grundschul-)Kinder zu den Eltern angeht, so wird diese von den Kindern selbst als sehr positiv bewertet. Geschwisterbeziehungen werden deutlich kritischer beurteilt. Dennoch: vier von fünf Kindern kommen auch hier zu einer positiven Einschätzung. So kann es einen auch nicht verwundern, dass fast alle von uns befragten Kinder sich in ihrer Familie wohlfühlen. In dieser positiven Einschätzung des Familienklimas unterscheiden sich die Kinder nicht, ganz gleich, ob sie in traditionellen oder alternativen Familienformen oder als Einzel- bzw. Geschwisterkinder aufwachsen. Nur 2 Prozent der Kinder beurteilen das Klima in ihrer Familie negativ. Dieses Wohlbefinden wird auch nicht durch die alltäglichen Konflikte gestört, die die Mehrzahl der Befragten offen zugeben. Konflikte gehören zum normalen Familienleben dazu: Neun von zehn Müttern, Vätern und Kindern berichten von häuslichen Auseinandersetzungen, die sich am häufigsten wegen des Aufräumens im Kinderzimmer entzünden.

Lebensraum Familie

Welche Auswirkungen haben alle diese Entwicklungen auf die innerfamiliären Beziehungen? Sie verändern die privaten Beziehungen. Dies können wir vermehrt beobachten. Es wäre aber falsch, dies ausschließlich als einen Verlust zu verstehen. Sie sollten vielmehr als ein Anpassungsprozess an sich veränderte strukturelle Bedingungen gesehen werden. Dieser Prozess hat nach Beck-Gernsheim den positiven Effekt, dass sich jede Person eigenständig entwickeln und ihre so gewonnene Selbständigkeit auch durchsetzen kann. Dieses Entlassen in die Selbständigkeit hat als Begleitumstand den negativen Effekt des Verlustes von klaren Ordnungsbezügen. Vormalig klare Verläufe oder Biographien werden ins Belieben des Individuums gestellt. Damit ergibt sich aus der vermeintlichen Freiheit, sein Leben selbstbestimmt leben zu können, eine Verpflichtung, ja ein Zwang aus dem überreichen Angebot an Möglichkeiten diejenigen auszuwählen, die letztendlich die eigene Biographie darstellen sollen. Es kommt zu der Verpflichtung jedes einzelnen Individuums jene Entscheidungen zu treffen, die für die aktuelle Lebensgestaltung, aber auch für die Zukunft, von Bedeutung sind.

Darin liegt nun sowohl die Chance für eine weitgehende Flexibilisierung und eine nie dagewesene individuelle Freiheit. Gleichzeitig aber fürchtet man, dass die Enttraditionalisierung zum Verlust von sozialen Bindungen, ja zum Untergang der Familie führen könnte. Instabilität und Variabilität von Lebensverläufen werden als Folgen eines erhöhten Risikos bezeichnet, welches sich an steigenden Scheidungszahlen, der Zunahme der Einpersonenhaushalte und einem Rückgang der Geburtenzahlen verdeutlicht. Waren bis in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts Handlungsprobleme sowie Entscheidungssituationen durch Traditionen und Rückgriffe auf bewährte Rezepte zu lösen, so hat der in der Soziologie wortreich beschriebene Modernisierungsprozess dazu geführt, dass der Rückgriff auf Altbewährtes meist nicht mehr weiterhilft. Zu rasant ist der soziale Wandel, als das man ihm durch Vorgefertigtes gerecht werden könnte. Insbesondere Entscheidungen mit einer längeren Reichweite werden so zum Problem. Aber nicht nur die so genannten großen Entscheidungen wie Schulwahl oder Berufsempfehlungen fallen zunehmend schwerer. Meist sind es gerade die alltäglichen Belange, wie das Erstellen der Hausaufgaben, die Zeiten des Nachhausekommens oder die gemeinsamen Aktivitäten, die konfliktreiche Aushandlungsprozesse heraufbeschwören.

Zukunftsunsicherheit und der Zuwachs an Handlungsoptionen führen dazu, dass in Familien Wissen und Entscheidungen nicht mehr nur von der älteren Generation hin zur jüngeren Generation weitergegeben werden. Entscheidungen müssen mit den Kindern, manchmal auch mit den Grosseltern, abgestimmt werden. Andererseits, wenn die Tochter der Mutter Ratschläge über Mode und Accessoires gibt, dann ist dies ein typischer Lernprozesses, der von Jung zu Alt verläuft, welcher in zunehmend mehr Bereichen diese Richtung aufweist.

Nach den Ergebnissen des DJI-Kinderpanels (Alt 2005) werden Kinder spätestens mit dem Schuleintritt in wesentliche innerfamiliäre Belange involviert. Sie werden, wenn es um Dinge geht, die sie unmittelbar betreffen, regelmäßig von ihren Eltern nach ihrer Meinung gefragt. Diese Mitbestimmungsmöglichkeiten sind unabhängig von der sozialen Struktur: Kinder, die in einkommensarmen Familien aufwachsen, werden von ihren Müttern ähnlich häufig an Entscheidungen, die ihre Belange betreffen, beteiligt, wie Kinder wohlhabender Familien. Alleinerziehende Mütter sind ebenso oft an der Meinung des Nachwuchses interessiert wie Mütter/ aus Kernfamilien. Offensichtlich betrachten Mütter es mittlerweile als gesellschaftliche Norm, ihren Kindern Möglichkeiten zur Mitbestimmung in der Familie zu bieten.

Väter verhalten sich in diesem Bereich ähnlich wie die Mütter, sind aber weniger häufig bereit, ihre Kinder mitentscheiden zu lassen. Es fällt auf, dass bei den Vätern — anders als bei den Müttern — die schulische Bildung, die berufliche Stellung und die Höhe des Haushaltseinkommens durchaus einen Einfluss darauf haben, wie sehr Kinder als Verhandlungspartner wahrgenommen werden. Väter aus einkommensstarken Familien mit höherem sozioökonomischem Status fragen signifikant häufiger nach der Meinung des Kindes.

Die Mehrheit der Kinder ist auch in Entscheidungsprozesse eingebunden, die die Familie als Ganzes betreffen. Nur ein kleiner Teil der Eltern interessiert sich in familialen Angelegenheiten selten oder überhaupt nicht für die Meinung des Kindes. Wieder sind es die Mütter, die ihren Kindern häufiger die Möglichkeit zur Mitbestimmung geben (62 Prozent), während mit Blick auf den Vater nur gut jedes zweite Kind dieser Meinung ist. Generell gilt: Die Möglichkeit zur Mitbestimmung in allgemeinen Familienangelegenheiten ist durchaus abhängig von der sozialen Struktur der Familie: Eltern mit höherem Einkommen beziehungsweise mit höherem sozioökonomischem Status lassen ihre Kinder häufiger an Familienentscheidungen mitwirken als Eltern aus einkommensschwächeren oder statusniedrigeren Familien. Zusätzlich spielt die Bildung der Mütter hier eine Rolle. Hier gilt: Je höher ihr Schulabschluss, desto häufiger wird die Meinung des Kindes berücksichtigt (Alt/Teubner/Winkhofer 2005). Diese so genannten „Verhandlungshaushalte“ führen zu einer

ganzen Reihe von Kompetenzen, die nicht alleine für die Heranwachsenden und ihre Familien, sondern auch für die Gesellschaft im Ganzen höchst begrüßenswert sind. Z.B. ein gesteigerte Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement, hohe soziale und kognitive Aufgeschlossenheit oder die Übernahme von Verantwortung für andere sind nur einige Beispiele, die hier genannt werden sollen.

Dieses erfreuliche Ergebnis wird aber durch einen Sachverhalt getrübt: Die Chance, in einem Verhandlungshaushalt aufzuwachsen, ist sozial ungleich verteilt. Vor allem Kinder aus niedrigen sozialen Milieus kommen weniger in den Genuss, Eltern zu haben, die die Zeit- und Nervenkosten des permanenten Familiengesprächs tragen wollen und auch können. Gleichzeitig steigen aber die Anforderungen an ein gekonntes Beziehungs- und Kommunikationsmanagement, nicht zuletzt, weil immer mehr Kinder und Jugendliche in veränderten Familienkonstellationen aufwachsen, z.B. in Stieffamilien oder in Familien Alleinerziehender. Hier potenziert sich der Aufwand der Konsensfindung, nicht aber unbedingt das Risiko des Scheiterns.

Womit dieser Aufwand zusammenhängen kann, konnte A. Braake (2005) anhand der Wahrnehmungsdiskrepanz von Mutter und Kind u.a. bei der Einschätzung des innerfamiliären Klimas zeigen. Diese Diskrepanz hängt davon ab, in welcher Familienform sich die beiden befinden. Kinder mit alleinerziehenden Müttern ohne Partner weisen die höchsten Abweichungswerte bei den Items zum Familienklima auf. Die Überprüfung einer Reihe von soziostruktureller Hintergrundvariablen in Bezug auf ihren Einfluss auf das Ausmaß diskrepanter Wahrnehmung zeigte weder für den sozialen Status der Familie, noch für die Erwerbssituation der Mutter, auch nicht für das Ausmaß ihrer beruflichen Belastungen, noch für die Betreuungssituation des Schulkindes signifikante Zusammenhänge. Dies gilt auch für die Variable „Anzahl der Geschwister“: Einzelkinder unterscheiden sich in dem Ausmaß der Wahrnehmungsdiskrepanz nicht von Geschwisterkindern (unabhängig davon wie viele Geschwister es gibt). Es zeigt sich vielmehr, dass diese Kinder über eine überdurchschnittliche soziale Kompetenz und damit über viel soziales Kapital verfügen, sie zu großer Eigenständigkeit erzogen wurden und über ein hohes Maß an Selbstbewusstsein verfügen. Hier steigt der Aufwand, der für eine Konsensfindung notwendig ist, da diese Kinder bereits eine sehr konkrete eigene Meinung ausgebildet haben.

Kinder unter sich

Freunde spielen eigentlich zu allen Zeiten im Leben von kleinen und großen Kindern eine bedeutende Rolle. Bereits Kinder im Vorschulalter verwenden den Begriff „Freund“, um deutlich zu machen, mit wem sie gerne spielen und wen sie mögen. Bei Kindern in diesem Alter wechseln allerdings die Freunde des Öfteren. Ein und dieselbe Person kann im Verlaufe eines Tages Freund und dann wieder Feind sein.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sehr plausibel die Vorstellungen von Freundschaft eng an gemeinsame Aktivitäten zu knüpfen. Solange die gemeinsamen Aktivitäten von beiden Kindern als lustvoll empfunden werden, hat die Freundschaft Bestand. Tauchen aber Konflikte auf, etwa darüber, welches Kind welche Rolle im Spiel einnehmen oder wer welches Spielzeug verwenden darf, ist die Bereitschaft an der Freundschaft festzuhalten gering.

Mit zunehmendem Alter der Kinder nimmt diese Bedeutung des gemeinsamen Spiels als Basis für Freundschaft ab und die sozio-emotionale Bedeutung nimmt zu. Freundschaft steht dann stellvertretend für Vertrauen, Nähe und erst in zweiter Linie für gemeinsame Aktivitäten (vgl. Hartup, 1993). Solche Freunde streiten sich nicht weniger oft als nicht befreundete Kinder, bemühen sich aber stärker um eine einvernehmliche Konfliktlösung und zollen einander in diesem Prozess mehr Wertschätzung und Wärme (von Salisch 2000).

Diese Gleichaltrigen (im Weiteren auch Peers genannt) werden spätestens beim Schulintritt zu einer relevanten Bezugsgruppe. Gerade im institutionalisierten Rahmen wie Schule und Hort bilden sich eigenständige Sozialstrukturen unter den Gleichaltrigen heraus: Eigene Regeln des Miteinanders werden von den Kindern ausgehandelt und bei Regelbrüchen sanktioniert. Nach Youniss (1982) unterscheiden sich die Interaktionen mit Gleichaltrigen grundlegend von denen mit Erwachsenen. Erwachsene verfügen über einen Wissens- und Erfahrungsvorsprung gegenüber den Kindern und interagieren mit ihnen oft in der Rolle des Erziehenden. Daraus resultiert eine Asymmetrie in der Interaktion, in der Kinder die Vorstellungen und Regeln der Erwachsenen oft übernehmen, ohne sie wirklich nachzuvollziehen und zu verstehen. Unter Gleichrangigen kann kein Kind per se eine höhere Geltung seiner Ideen und Vorschläge beanspruchen. Bei Meinungsverschiedenheiten treffen gleichberechtigte Argumente aufeinander. Die Kinder müssen sich mit den konträren Argumenten auseinandersetzen und ein gemeinsames Verständnis erarbeiten, wenn sie die Interaktion nicht scheitern lassen wollen. Durch diese grundlegend andere Interaktionsstruktur fordern und fördern Kontakte unter Gleichaltrigen andere Kompetenzen der Kinder als Interaktionen mit Erwachsenen. Unter Peers lernen sie, gleichrangige Beziehungen zu regulieren: Nähe und Vertrauen selbst herzustellen, bei Konflikten von beiden Seiten akzeptierte Kompromisse zu finden und so Beziehungen aufrechtzuerhalten, ohne sich auf ein kompetenteres Gegenüber verlassen zu können (Traub 2005).

Mit dem Kinderpanel lassen sich einige dieser theoretischen Vorüberlegungen empirisch bestätigen. Während die 5- bis 6-Jährigen noch am häufigsten mit ihren Großeltern Sport treiben, bevorzugen die 8- bis 9-Jährigen hingegen Freunde als Sportkameraden. Die meisten der 8- bis 9-Jährigen sind gut in die Gleichaltrigenwelt eingebunden und zufrieden mit den Kontakten unter ihresgleichen. Durchschnittlich benennen die Grundschul Kinder sechs Gleichaltrige, mit denen sie sich regelmäßig treffen, mit vier davon verbindet sie eine gute Freundschaft. Zusammen mit ihren Freunden erleben sie viel Spaß und können gleichzeitig auf deren Unterstützung zählen.

Allerdings benennt jedes zehnte Kind keinen einzigen „guten Freund“, keine einzige „gute Freundin“, doch fast alle Kinder wünschen sich dies. Mädchen aus einkommensschwachen Haushalten sind besonders häufig ohne gute Freundinnen und Freunde. Jedes vierte Mädchen hat keine enge Beziehung zu Gleichaltrigen. Damit zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche zumindest kurzfristig auch kleine Singles sein können. Dies ist beileibe kein Grund zu der Annahme, dass diese Kinder unglücklich oder vollkommen alleine sind. Sie haben nur derzeit keinen Freund oder Freundin.

Auffallend ist, dass das Vorhandensein eines Freundes ganz offensichtlich etwas mit den ökonomischen Bedingungen der Familien zu tun hat. Mädchen und Jungen treffen sich zum Spielen in der Regel zu zweit. Kinder aus Familien der unteren Einkommensgruppen spielen jedoch viel häufiger mit mehreren Kindern als Kinder aus Haushalten der besser Gestellten. Aus Familien der untersten Einkommensgruppe (die untersten 10 Prozent) spielen Jungen doppelt so oft, Mädchen dreimal so häufig in größeren Gruppen als Kinder aus Familien der höchsten Einkommensgruppe.

Dies verweist auf einen besonders hervorzuhebenden Aspekt sozialer Ungleichheit. Freunde bilden die Basis für das so genannte soziale Kapital, über das jedes Individuum in unterschiedlicher Art und Weise verfügt. In einer groben Annäherung kann man die Anzahl der Personen, die man zu seinen Freunden zählt, als die Höhe des eigenen, sozialen Kapitals bezeichnen. Wie erwähnt, bestimmt die ökonomische Herkunft die Anzahl der Freunde. Dabei gilt gleichzeitig, dass man zeigen kann, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft stets etwa gleich viele potentielle Kontaktpersonen (Peers) haben könnten. Die sozioökonomische Herkunft aber bestimmt, wie viele als Freunde tatsächlich genutzt werden. Wenige Freunde aber heißt wenig soziales Kapital, heißt weniger Chancen.

Dies zeigt sich insbesondere, wenn man die Kinder hinsichtlich ihrer Herkunft differenziert. Kinder aus oberen Schichten mit größerer Ausstattung an sozialem und kulturellem Kapital, d.h. auch mit vielen echten Freunden, nehmen vermehrt zahlreiche und unterschiedliche Angebote des außerschulischen Bereichs wahr (z.B. schulnahe, organisierte Freizeitaktivitäten oder häufigere PC-Nutzung). Dies wird unterstützt durch den hohen Stellenwert formaler Bildung im Elternhaus und das damit einhergehende Engagement für jedwede Bildungsbelange. Freunde wie Eltern nehmen damit Einfluss auf den Schulerfolg der Kinder sowie deren Sicht von Schule und Lernen. Im Gegensatz dazu zeigen Kinder aus niedrigeren Schichten starke Brüche zwischen den außerschulischen Erfahrungen und den schulischen Belangen, was sich in der geringeren Unterstützung durch die Eltern wie auch im Mangel an unterstützenden Freunden ausdrückt. Sie entwickeln sich allem Anschein nach fern von den Anforderungen von Schule, Lernen und nachgefragten Kompetenzen. Dies schlägt sich auch in schlechteren Noten dieser Kinder nieder.

Der Schulalltag

Damit spiegeln sich im Schulalltag die familialen Voraussetzungen der Kinder wider. Steht es auch außer Zweifel, dass für die meisten Eltern wie auch für ihre Kinder ein guter Schulabschluss gleichbedeutend ist mit einem aussichtsreichen Start in die spätere Berufskarriere und das Erwachsenenleben. So bestimmt die Schule einen großen Teil des Familienlebens. Eltern wie ihre Kinder knüpfen hohe Erwartungen an die schulische Laufbahn. Werden diese Erwartungen nicht erfüllt, kann dies leicht zu Problemen und Konflikten in der Familie führen. Vor dem Hintergrund gestiegener Anforderungen an die Kompetenzen der nachwachsenden Generation ist dies als durchaus prekär anzusehen. Schule stellt einen Lebensraum dar, in dem Kinder und Jugendliche Gleichaltrige treffen. Dort lernen sie nicht nur formales Wissen sondern es entwickeln sich zu einem gut Teil in diesem Rahmen auch soziale Kompetenzen (Pekrun/Heimke 1993, 5. 567). Neue Herausforderungen bieten den Kindern neue Handlungsspielräume und Lernchancen. Die Kinder müssen sich in einer für sie neuen sozialen Situation zurechtfinden und verbringen zunehmend einen großen Teil ihres Alltags in der Institution Schule. Im Rahmen der aktuellen bildungspolitischen Diskussion um die Einführung von Ganztageschulen zeigt sich die Tendenz, dass Kinder zukünftig immer mehr Zeit in der Schule verbringen. Vor diesem Hintergrund rückt auch das Befinden von Kindern in der Schule ins Blickfeld der Forschung. Die Relevanz von Einstellungen und Empfindungen von Kindern gegenüber der Schule ist in der Fachdiskussion inzwischen wohl unumstritten. Ein positives Befinden in der Schule wirkt sich förderlich auf den Schulerfolg aus (vgl. Fend 1997; Eder 1995).

Die meisten Kinder gehen gerne oder sogar sehr gerne in die Schule: Der Unterricht macht ihnen Spaß und sie fühlen sich in ihrer Klassengemeinschaft sehr wohl. Nur 13 Prozent der Kinder gehen eher ungern zur Schule und 5 Prozent der Kinder fühlen sich in der Klasse nicht wohl. Ihre eigenen Leistungen schätzen die 8- bis 9-Jährigen in allen Schulfächern sehr positiv ein: Am besten beurteilten sie ihre Leistungen im Sport, am schlechtesten im Rechtschreiben. Ihre Eltern sehen die Schulleistungen zwar etwas kritischer, fast alle sind jedoch mit diesen Leistungen zufrieden.

Die Schulleistungen stellen nur in wenigen Familien ein ernsthaftes und problematisches Konfliktpotential zwischen Eltern und Kindern dar und nur in wenigen Fällen ist von für das Kind (und in Folge auch für die Eltern) problematischen Beziehungen zu den Klassenkameraden und den Lehrern und Lehrerinnen auszugehen (Stecher 2005).

Auch fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung repliziert Schule immer noch das deutsche Phänomen der „geteilten Kindheitsbiographie“: In Westdeutschland besuchen mehr als drei Viertel der 8- bis 9-Jährigen ausschließlich vormittags die Schule, und nur jedes siebte Kind geht in eine Ganztagschule. In Ostdeutschland besuchen hingegen fast zwei Drittel der 8- bis 9-Jährigen eine Ganztagschule bzw. Schule und Hort, nur ein knappes Drittel geht ausschließlich vormittags in die Schule.

Schule ist aber auch mit unangenehmen Erfahrungen verbunden: Über 40 Prozent der 8- bis 9-jährigen Kinder haben oft Angst, in der Schule zu viele Fehler zu machen. Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten äußern diese Befürchtung häufiger als Kinder aus höheren Schichten. Jedes vierte Kind langweilt sich in der Schule, die Jungen mehr als die Mädchen. Bei jedem siebten Grundschulkind kommt es nach Wahrnehmung der Mütter zu zwei und mehr Belastungssymptomen durch die Schule: Kopf- und Bauchschmerzen; Angst vor dem Lehrer/der Lehrerin; Sorge um das Abschneiden am nächsten Tag; starke Aufregung beim Aufrufen im Unterricht, in der Gruppe der belasteten Schüler sind Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten überproportional vertreten. Zwei Drittel aller Kinder weisen keine derartigen Symptome auf.

Der interethnische Vergleich belegt bei Kindern ohne Migrationshintergrund eine größere Nähe zwischen schulischen Erfahrungen und Anforderungen sowie dem Kompetenzerwerb in Familie und Freizeit, sowie die größere Distanz bei Migrantenkindern. Dies hat u. a. den Effekt, dass in Migrantenfamilien die Person der Lehrerin/des Lehrers häufiger als Expertin/Experte gesehen wird, als in Familien ohne Migrationshintergrund (Leenen/Groschl/Kreidt 1990). Die Folge: die Eltern halten sich gezielt aus schulischen Dingen heraus, was von Seiten der Schule bzw. des Lehrpersonals häufig als Desinteresse (miss)interpretiert wird. Besonders bemerkenswert ist: Mit Blick auf die soziale Herkunft fallen ethnische Differenzen insgesamt geringer aus als oftmals erwartet (Kristen/Granato 2004). Allgemein gilt, dass Kinder, deren Freizeitaktivitäten und deren familiäre Praktiken und Bildungsorientierungen am wenigsten mit schulischen Anforderungen konform gehen, haben unabhängig vom Migrationshintergrund die schlechtesten Noten. Ein klarer Hinweis darauf, dass nicht der Migrationshintergrund sondern vielmehr die Zugehörigkeit zu einer niedrigen sozialen Schicht die Ursache für diese Defizite bildet.

Was Kinder wirklich wollen

Wenn ich jetzt dazu übergehe, darüber zu berichten, was Kinder wirklich wollen, dann ergeben sich viele ihrer Erwartungen aus dem, was ich bis jetzt vorgetragen habe. Kinder wollen viele gute Freude, eine nette Familie, kompetente Lehrer und viel Spaß. Darauf aber möchte ich jetzt nicht eingehen. Zwei Dinge erscheinen mir wichtiger. Die Einstellung der Kinder zur Verwendung von Zeit und ihre Vorstellungen von gut gemachten Medienangeboten.

Will man die Einstellung der Kinder zur Verwendung von Zeit wissen, so liegt die Antwort primär in den „natürlich vorgegebenen“ Zeitstrukturen für den Familienalltag verborgen. Kinder und Eltern brauchen heute aufgrund der veränderten Lebensbedingungen und den neuen Bedingungen der Arbeitswelt grundsätzlich mehr Zeit füreinander. Nach einer britischen Studie ist etwa ein Drittel der Kinder der Meinung, dass die elterlichen Arbeitszeiten ihre gemeinsamen Zeiten einschränken. In den Analysen zu dieser Studie extrahiert die Leiterin, Frau Christensen, die folgende Merkmale wertvoller Zeit aus Sicht der Kinder:

Kinder schätzen geradezu die Gewöhnlichkeit, die Routine und den wenig ‚eventhaften‘ Charakter von Familienzeiten. Dazu gehören ganz wesentlich die Mahlzeiten und das Fernsehen, aber auch das Zubereiten von Tee und Kaffee für die Eltern und weitere Hausarbeiten, die Kinder in den ländlichen Gebieten mehr zu erledigen haben als die Stadtkids. Die Erklärung ist relativ einfach. „For children, ‚meal-time‘ represents symbolic transitions: between play-work and the family home; and between the individual lives of family members and the family as unity. After each family member spending time at work, school or other activities, the meal brings children and parents together“ (Christensen S. 83).

Kinder heben als weiteres, wichtiges Qualitätsmerkmal von Zeit hervor, dass jemand für sie da sein sollte: jemand, mit dem man reden kann, jemand, der einem hilft, mit einem Dinge

erledigt, jemand, der sich um einen sorgt und um einen kümmert, jemand der einen trotz aller Probleme mag. Zwei Aspekte werden darüber hinaus gehend herausgearbeitet. Kindern ist es nicht wichtig, einfach mehr Zeit mit ihren Eltern zu haben. Sie wollen, dass die Eltern dann da sind, wenn sie gebraucht werden. Zum anderen schlägt sich die Zeit als Entwicklungslinie in den Rekonstruktionen und Antworten der Kinder nieder. So stellt ein Junge fest, dass er für seine Eltern den „Charme“ der frühen Kindheit verloren hat und ihm mehr Autonomie abverlangt wird. Kinder erfahren somit schon früh, dass Zeit ein Management verlangt.

Dies lenkt über zu einem weiteren sehr wichtigen Punkt: Kindern ist es sehr wichtig, dass sie mitreden können über ihre Zeitverwendung. Sie sehen sich teilweise als aktive Partizipanten in der Aushandlung der Familienzeiten. In diesem Zusammenhang wird es als problematisch erachtet, wenn die Eltern pauschal zu mehr Qualitätszeit aufgerufen werden, weil dann die Perspektive der Kinder übergangen wird, die gerne mit der Familie zusammen sind, gleichzeitig aber auch Zeit für sich selbst in der Familie gestalten wollen.

Dies drückt sich in der von Kindern häufig artikulierten Unzufriedenheit über die starke Reglementierung und Beschneidung ihrer Freizeit durch familiäre Aufgaben und Pflichten, welche noch verstärkt werden durch die in der höheren Schule zunehmend steigenden Anforderungen, aus. Die Kinder selbst sehen, dass ihnen durch diese Einschränkungen wichtige soziale Kompetenzen vorenthalten wurden, insbesondere in ihrem Übergang auf die Sekundarstufe: „... and had to fit in homework with more complex social commitments such as friends, family, after school jobs and other activities.“ (Christensen S. 87).

Im Rahmen einer explorativen und problemerschließenden Studie zu den Lebensbedingungen und zur Lebensführung von Kindern in einem Nürnberger Stadtteil hat Frau Roppelt (2003) mehrere der eben festgestellten Merkmale auch bei deutschen Kindern gefunden: Facetten, die helfen, den Kinderalltag aufzuhellen. Als ein wichtiges Ergebnis schält sich heraus, dass unsichere, nicht planbare Arbeits- und damit Betreuungszeiten aus Sicht von Kindern ein handfestes Problem für die gelingende alltägliche Lebensführung darstellen.

Mehrere Kinder geben als Einschränkung lange Warte- und Überbrückungszeiten an, bis die Eltern am Abend endlich nach der Arbeit daheim eintreffen. Diesen Sachverhalt erleben sie als besonders nachteilig und blockierend. Das resultiert vor allem aus dem Umstand, dass die Kinder zumeist erst dann draußen spielen dürfen, wenn ihre Eltern daheim sind. Ausschlaggebend für die „Qualität des Alleinseins“ sind das Ausmaß sowie die Häufigkeit von allein verbrachter Zeit. Kürzere Phasen ohne Sozialpartner werden von den befragten Jungen und Mädchen durchaus als Chance für bestimmte eigeninitiierte Handlungsprojekte und familiäre Regelverletzungen gesehen und daher überwiegend als vorteilhaft eingestuft.

Interessant ist, dass Kinder auch Unzufriedenheit äußern, wenn ihre Mütter nicht-erwerbstätig sind. Dies ist immer dann der Fall, wenn das Kind sich durch die ständige Präsenz eines Elternteils permanent beobachtet und kontrolliert fühlt. Es sieht dann keine Chance, dem familialen Regelgeflecht zu entinnen. Diese Interviewaussagen machen darauf aufmerksam, dass das Ausmaß elterlicher Berufstätigkeit mit ausschlaggebend ist für das Wohlbefinden in der Familie. Sowohl Kinder, deren Eltern viel arbeiten, als auch Kinder, deren Eltern wenig beruflich eingebunden sind, bewerten ihre familiäre Situation überwiegend als belastend. Daraus schließt Roppelt (2003), dass man nicht von einer linearen Verknüpfung zwischen beruflicher Einbindung und erhöhter Belastung der betroffenen Kinder ausgehen kann.

Als Bestandteile einer als wünschenswert erfahrenen Betreuungssituation lassen sich, dem Material von Roppelt (2003) folgende, einige wesentlich Punkte festmachen: gute Absprachen, Zuverlässigkeit, Erreichbarkeit der Eltern in der Firma, das Fehlen zeitlicher Leerlaufphasen und ein gewisses Quantum an Alleinzeit. Besonders geschätzt werden

Arrangements in der Familie, die von beiden Elternteilen verantwortet werden. Gemeinsame Aktivitäten, wer bringt mich hin, wer holt mich ab bzw. Einvernehmen über freie Zeiten.

Aber auch dann, wenn die Eltern keiner oder nur einer geringen Beschäftigung nachgehen, sollten Kinder nicht als Unwissende behandelt werden. In den Gesprächen über ihr Leben zu Hause und in ihren Gemeinden ließen diese Kinder ebenfalls ihre inneren Sorgen und Ängste bezüglich gesellschaftlicher Unterschiede und gesellschaftlichen Makels erkennen. Sie berichteten, dass sie spürten, wie ihre Erfahrungen z.B. mit der Armut sich auf ihr Selbstwertgefühl, ihr Vertrauen und ihre persönliche Sicherheit auswirkten. Kindern fällt es nicht leicht, über diese nachhaltigen Themen nachzudenken, zumal Schwierigkeiten mit Freundschaften und Sorgen wegen gesellschaftlicher Anerkennung für Kinder besonders schwer zu artikulieren sind. Jedoch waren sich die Kinder der Auswirkungen von Armut auf ihr Leben und auf das ihrer Eltern sehr wohl bewusst. Die Ängste der Kinder vor sozialer Vereinzelung und sozialer Verschiedenheit sind sehr real. Sie sind äußerst empfindlich hinsichtlich der Gefahr, von den Aktivitäten ihrer Freunde und sozialen Gruppe ausgeschlossen zu werden.

Kinder sind aber nicht nur Protagonisten eines neuen Zeitmanagements in Fragen familialen Zusammenlebens und gesellschaftlicher Anerkennung. Sie sind auch Experten hinsichtlich der Anforderungen an die dargebotenen Programme in den Medien geworden. Die stark emotional besetzte Debatte um Medienkindheiten verlangt heute, dass das Denken und Urteilen der Kinder selbst ernst genommen wird. Wurde lange Zeit ausschließlich von erwachsenen Experten definiert, was Qualität im Bereich Kinderfilm und Kinderfernsehen ist, lässt sich nachweisen, dass die Kids selbst eigenständige Kriterien an diese Medienprodukte anlegen.

Plenk (2005) hat mit dem Projekt „Die Perspektive der Kinder auf Qualität“, das am Internationalen Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen durchgeführt wird, entsprechende Daten gesammelt. Ziel des Projekts war es, die Qualitätskriterien, deren Erfüllung die Kinder von ihren Programmen fordern, zu erarbeiten. Ansatzpunkt sind dabei die Kinderjürys auf Film- und Fernsehfestivals. In ihren Diskussionen, welche Sendungen denn besonders qualitativ und preiswürdig seien, spiegeln sich diese Qualitätskriterien gleichsam wie in einem Brennglas wieder.

Es zeigt sich, dass bei der Bewertung des Themas die Kinder immer wieder betonen, dass dieses interessant sein und ihnen etwas Neues, Besonderes bieten muss. Ebenso fordern sie eine gewisse Moral ein. Man soll von den Geschichten etwas lernen können. Sie möchten keine Gewaltdarstellungen. Ernste Themen wie Krankheit und Tod sollten ihrer Ansicht nach eingebettet werden in positive und auflockernde Momente. Kinder unterstreichen bei der Wahl der Themen auch die Realitätsnähe als anzustrebendes Qualitätsmerkmal. Bei der Dramaturgie orientieren sich die Kinder am Kriterium der Nachvollziehbarkeit. Darunter verstehen sie eine lückenlose Erzählweise, die einen roten Faden hat. Erwartungen, die Kinder über den weiteren Verlauf des Programms haben, die dann aber nicht erfüllt werden, und fehlende Erklärungen und Sprünge im Programm sowie nicht zu Ende erzählte Stränge kommen nicht gut an.

Am wichtigsten ist den Kindern, dass die Figuren authentisch sind. Dabei sind den Kindern die Darsteller noch wichtiger als die jeweilige Rolle, die sie verkörpern. Das Hauptkriterium stellt somit die schauspielerische Leistung und ihre Glaubwürdigkeit dar. Ansprechend aussehende und bekannte Darsteller/innen treffen den Geschmack der Kinder ebenso wie Kinderdarsteller/innen und Tiere.

Wesentlich für die Kinder in ihren Bewertungen ist, dass sie sich emotional angesprochen fühlen. Ganz vorne in der anzustrebenden Emotionsskala siedeln die Kids dabei Lustiges und Spannendes an. Spannend ist dann etwas, wenn Inhalte zwar klar und deutlich dargelegt werden, aber dennoch genügend Spielraum für Unvorhersehbares lassen. Dies gilt

insbesondere für den Ausgang der Handlung. Kinder fordern aber auch andere Emotionsausrichtungen: Trauriges, Gefühlvolles und Rührendes wird ebenso als wichtig bezeichnet. Daraus lässt sich ableiten, dass für die Kids eine Mischung aus verschiedenen, eben auch gegensätzlichen Emotionen das Salz in der Suppe der Filme ausmacht.

Kinder bewerten Programme nicht zuletzt hinsichtlich der Eignung für andere Rezipienten. Dabei bildet ihr eigenes Alter den Maßstab, obwohl die Kinder durchaus versuchen, sich von persönlichen Vorlieben zu lösen und das Gesehene aus der Perspektive anderer zu betrachten. Selbst wenn die Kinder von einem Beitrag nicht mehr so angesprochen werden, dann steht das in keinem Widerspruch dazu, den Beitrag als gelungen zu bewerten, weil er für kleinere Kinder sehr gut sein könnte. Positiv werden daher nicht zuletzt solche Filme bewertet, die für viele Altersstufen und die gesamte Familie als geeignet erscheinen. Abgelehnt werden solche, die nur etwas für Ältere sind: zu spannend, zu gewalttätig oder zu gruselig.

Fazit

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Kindheit in Deutschland ausgesprochen normal erscheint. Es gibt viel Licht, aber auch Schatten. Im Vergleich zu früher zeigt sich, dass die Kinder zunehmend eine aktive Rolle in der Ausgestaltung ihrer Kindheit nehmen und ihnen im Allgemeinen die hierfür notwendigen Kompetenzen und Freiräume zugestanden werden. Dies gilt insbesondere für Kinder aus den gehobenen Lebensverhältnissen.

Die Kindheit erweist sich dabei als eine zunehmend komplexer werdende Management-Aufgabe, die vor dem Hintergrund abnehmender normativer Vorgaben immer mehr Entscheidungen und Verhandlungen notwendig macht. Wie sich gezeigt hat, sind die Kinder diesen Aufgaben durchaus gewachsen und erweisen mit ihren Vorstellungen und Einstellungen, dass sie die Herausforderungen heute wie morgen bewältigen können. Wir werden sie dabei noch ein Stück des Weges begleiten und sind schon jetzt auf die kommenden Ergebnisse gespannt.

Literatur

- Alt, Christian (2005a): Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Bd. 1: Aufwachsen in Familien. Bd. 2: Aufwachsen zwischen Freunden und Institutionen. Wiesbaden
- Alt, Christian (2005b): Das Kinderpanel. Einführung. In: Alt, Christian (Hrsg.): Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Bd. 2: Aufwachsen zwischen Freunden und Institutionen. Wiesbaden, S. 7-22
- Alt, Christian (2006): Kinderleben – Integration durch Sprache? Band 4: Bedingungen des Aufwachsens von türkischen, russlanddeutschen und deutschen Kindern. Wiesbaden
- Alt, Christian/Quellenberg, Holger (2005): Daten, Design und Konstrukte. Grundlagen des Kinderpanels. In: Alt, Christian (Hrsg.): Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Bd. 1: Aufwachsen in Familien. Wiesbaden, S. 277-303
- Alt, Christian/Teubner, Markus/Winklhofer, Ursula (2005): Familie und Schule – Übungsfelder der Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte 41/2005, S. 24-31
- Beck-Gernsheim, Elisabeth. Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen. München, Beck, 1998
- Betz, Tanja (2006): Ungleiche Kindheit – Ein (erziehungswissenschaftlicher) Blick auf die Verschränkung von Herkunft und Bildung. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE), 26(1), S. 52-68
- Brake, Anna (2005): Wohlfühlen in der Familie? Wie Mütter und 8- bis 9-jährige Kinder ihr Zusammenleben bewerten. In: Alt, Christian (Hrsg.): Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Band 1: Aufwachsen in Familien. Wiesbaden, S. 45-62
- Christensen, P. Why More Quality Time is not on the Top of Children's List: The Quality of Time for Children. Children & Society 16(1) S. 77-88

- Eder, Ferdinand (Hrsg.) Das Befinden von Kindern und Jugendlichen in der Schule, Innsbruck: 1995
- Fend, Helmut, Der Umgang mit Schule in der Adoleszenz. Aufbau und Verlust von Lernmotivation, Selbstachtung und Empathie. Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne. Band IV. Bern 1997
- Gläser, E., 2002: Arbeitslosigkeit aus der Perspektive von Kindern. Eine Studie zur didaktischen Relevanz ihrer Alltagstheorien. Bad Heilbrunn
- Grunert, Cathleen (2005): Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen in außerunterrichtlichen Sozialisationsfeldern In: Grunert, Cathleen/ Helsper, Werner/Hummrich, Merle/Theunert, Hel-ga/Gogolin, Ingrid (Hrsg.): Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen im Schulalter. München, S. 9-94
- Kristen/Granato Bildungsinvestitionen in Migrantenfamilien.(2004) In: Bade/Bommes Migration - Integration - Bildung
- Lange, Andreas (2004): Das gute Leben – (k)ein Thema der Sozialwissenschaft? In: Soziologische Revue, 27, 3, S. 329-336
- Lange, Andreas/Lüscher, Kurt (1996): Von der Form zum Prozess? Ein konzeptueller Beitrag zur Frage nach der Bedeutung veränderter familialer Strukturen für das Aufwachsen von Kindern. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE), 16(3), S. 229-245
- Leenen/Grosch/Kreidt (1990): Bildungsverständnis, Platzierungsverhalten und Generationenkonflikt in türkischen Migrantenfamilien. Zeitschrift für Pädagogik Heft 5 S. 753-771
- Netzler, Andreas, Ökonomisierung – im Sinne der Kinder? In: Neubauer, G./Fromme, J./Engelbert, A. (Hrsg.): Ökonomisierung der Kindheit. Sozialpolitische Entwicklungen und ihre Folgen. Opladen 2002 S. 15-31
- Pekrun, Reinhard/Helmke Andreas (1993): Schule und Kindheit. In: Markefka, M.& Nauck, B. (Hrsg.), Handbuch der Kindheitsforschung, Neuwied, 1993 S. 567-576
- Roppelt (2003) Kinder - Experten ihres Alltags? Frankfurt a.M.
- Youniss, James (1994): Soziale Konstruktion und psychische Entwicklung. Frankfurt am Main
- Zinnecker, Jürgen (1996): Kindersurveys. Ein neues Kapitel Kindheit und Kindheitsforschung. In: Clausen, Lars (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der DGS in Halle an d. Saale. Frankfurt am Main, S. 783-794

Existenzsicherung: Grundsicherung für die Kinder in Einelternfamilien in der Schweiz
Anna Hausherr, Schweizer Verband alleinerziehender Mütter und Väter

Die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes garantiert jedem Kind das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. In erster Linie sind die Eltern für den Unterhalt der Kinder verantwortlich, der Staat hat sie dabei zu unterstützen.

Kindergrundsicherung in der Schweiz

In der Schweiz ist der staatliche Beitrag an die Kinderkosten sehr klein.

- Es gibt Kinderzulagen als Beitrag an die direkten Kinderkosten und als Anerkennung der elterlichen Leistungen. Vor kurzem stimmte das Volk einer Gesetzesänderung zu, die jedem Kind einen Beitrag von rund 200 Franken pro Monat (rund 118 Euro) garantiert.

Ausgeschlossen sind die Kinder von selbständig Erwerbenden.

- Am 1. Juli 2005 trat endlich eine Mutterschaftsentschädigung in Kraft. Sie beträgt höchstens 172 Franken (102 Euro) pro Tag, für die Dauer von 14 Wochen.

- Außerdem gibt es steuerliche Entlastungen in Form von Abzügen für Kinder vom besteuerten Einkommen

- 11 Kantone bieten Familien mit kleinem Einkommen Kleinkinderbetreuungsbeiträge.

- Zurzeit werden nach dem Vorbild der ergänzenden Leistungen für bedürftige Rentner/innen Ergänzungsleistungen als Maßnahme gegen die Armut von Familien diskutiert.

- Kinder in Einelternfamilien, insbesondere Waisen und Kinder von Rentnern, erhalten bescheidene Unterstützung, wenn sich der andere Elternteil nicht am Unterhalt seiner Kinder beteiligt.

Primär wird der Unterhalt der Kinder aber von den Eltern bestritten. Dabei sind familienexterne Kinderbetreuungsangebote Mangelware, die Erwerbsmöglichkeiten also eingeschränkt. Wenn das Einkommen nicht ausreicht, müssen Eltern und Kinder zur Sozialhilfe.

Die Kinderzulage von 200 Franken – die Grundsicherung, die jedem Kind zusteht – ist ein Kompromiss auf niedrigem Niveau, der aber trotzdem hart erkämpft werden musste. Verbesserungen scheinen in absehbarer Zeit nicht durchsetzbar. Der SVAMV konzentriert sich deshalb auf die spezifische Grundsicherung für die Kinder in Einelternfamilien.

Die Kinder in Einelternfamilien tragen das größte Armutsrisiko. Entscheidend dafür verantwortlich ist, dass die alleinerziehenden Eltern für die gesamten Kinderkosten aufkommen müssen, wenn der getrennt lebende Vater oder die Mutter sich nicht oder zu wenig daran beteiligt. Im Folgenden werde ich mich auf diese spezifischen Diskriminierungen und ihre Beseitigung konzentrieren. Diskriminierende Regelungen finden sich sowohl bei der Festlegung der Unterhaltsbeiträge oder Alimente, wie sie in der Schweiz oft genannt werden, als auch bei der Inkassohilfe und der Alimentenbevorschussung.

Für die Festlegung der Alimente ist nicht der Bedarf des Kindes ausschlaggebend, sondern die Leistungsfähigkeit des getrennt lebenden Elter. Das höchste Gericht, das Bundesgericht, schützt dessen Existenzminimum. Meist handelt es sich um Väter, sind doch 85 Prozent der Alleinerziehenden in der Schweiz Mütter. Ich werde deshalb der Einfachheit halber von den Alimentenpflichtigen als Vätern sprechen. Diese haben ihrerseits nur Anspruch auf Sozialhilfe für ihren eigenen Lebensunterhalt, wenn sie in Not geraten. Sie erhalten keine Hilfe, um ihre Unterhaltspflicht erfüllen zu können.

Die Erfahrung zeigt, dass die Unterhaltsbeiträge in der Regel zu niedrig sind. Beispielsweise beläuft sich der durchschnittliche Barunterhaltsbedarf eines Einzelkindes unter 6 Jahren auf 1270 Franken pro Monat (rund 751 Euro) – und zwar ohne die Kosten der berufsbedingten familienexternen Kinderbetreuung! Alimente in der Höhe des Barbedarfs eines Kindes sind selten.

Alleinerziehende Eltern tragen also nicht nur die indirekten Kinderkosten (d.h. den durch die Familienpflichten bedingten Erwerbsausfall) und die Kinderbetreuungskosten dazu, sondern auch einen großen Teil der direkten Kinderkosten, und immer häufiger auch die ganzen.

Das Recht des Kindes auf Unterhaltsbeiträge wird auch durch die kantonal geregelte Alimentenbevorschussung nicht wirksam geschützt.

- Jeder Schweizer Kanton hat ein eigenes System von Bestimmungen, nach denen der Anspruch auf Alimentenbevorschussung ermittelt und immer wieder überprüft wird. Denn in fast allen Kantonen sind die Vorschüsse vom Einkommen der Alleinerziehenden abhängig. Die Einkommensgrenzen sind niedrig. Mehr Lohn dank größerem Arbeitspensum führt oft nicht dazu, dass die Einelternfamilie mehr Geld zur Verfügung hat, im Gegenteil: Es kann sogar ein niedrigeres Einkommen zur Folge haben!

Die Alimentenbevorschussung hat so den Charakter von Sozialhilfe und nicht den eines Rechtsschutzes für die Kinder. Die Bevorschussung wird denn auch als Teil der Sozialhilfe betrachtet und in der Sozialhilfestatistik mit berücksichtigt. Hier zeichnet sich ein Teufelskreis ab: Die Kinder werden vom Alimentenpflichtigen im Stich gelassen. Die Überprüfung ihres Anspruchs auf Bevorschussung verschlingt Mittel und Ressourcen, die für die Inkassohilfe nötig wären. Die Alimentenbevorschussung wird als Sozialhilfe für die Alleinerziehenden behandelt – obwohl nicht sie leistungsunfähig sind, sondern der Alimentenpflichtige – und es wird nach Kürzungen im Bereich der Alimentenbevorschussung gerufen.

- Ein weiterer Punkt: Das heutige System der Alimentenbevorschussung wurde eingeführt, um die Kinder zu schützen, wenn der Alimentenpflichtige nicht zahlen will oder vorübergehend nicht zahlen kann. Diejenigen Kinder, für die der getrennt lebende Vater keine oder nicht genug Unterhaltsbeiträge zahlen kann, bleiben außen vor. Denn es werden nur Vorschüsse in der Höhe der festgelegten Alimente entrichtet.

Dieser staatliche Umgang mit den Kinderalimenten fordert geradezu dazu auf, das Alimentenzahlen zu vernachlässigen. Die Unterhaltsbeiträge nicht zu zahlen, ist heute ein Kavaliärsdelikt. Das ist ein gravierendes Armutsrisiko für die Kinder - und es vermittelt ihnen die Botschaft: „Du bist mir nichts wert.“

Die Forderungen und Vorschläge unseres Verbands zielen darauf ab, dem Recht des Kindes auf Unterhaltsbeiträge Nachachtung zu verschaffen, und die einseitige finanzielle und Arbeitsbelastung der Alleinerziehenden zu beseitigen, welche natürlich auch die Kinder trifft. Die wichtigsten Punkte im Bereich der Gesetzgebung sind die folgenden:

- Jedes Kind in einer Einelternfamilie soll unabhängig vom Zivilstand der Alleinerziehenden ab Geburt bis zum 18. Geburtstag, oder bei Ausbildung bis zum 25., das Recht auf Vorschüsse für nicht bezahlte Alimente und das Recht auf Ersatz für zu niedrige oder fehlende Alimente haben, und dies bis zu einem einheitlichen Mindestbetrag. Dadurch werden – in Übereinstimmung mit dem Diskriminierungsverbot der Konvention über die Rechte des Kindes – die Kinder geschiedener, nicht verheirateter und verwitweter Alleinerziehender gleichgestellt. Der Mindestbetrag soll sich an der einfachen Waisenrente orientieren, angesichts der Höhe der effektiven Kinderkosten an der maximalen einfachen Waisenrente von zurzeit 884 Franken pro Monat (rund 523 Euro). Wir prüfen zurzeit, ob sich dieses Anliegen im Zusammenhang mit einer Revision des Scheidungsrechts oder mit den geplanten Ergänzungsleistungen für Familien realisieren ließe.

- Die Alimentenbevorschussung muss zudem unabhängig vom Bedarf der Einelternfamilie erfolgen. Wenn der Bedarf nicht ermittelt und immer wieder überprüft wird, entfällt ein großer Aufwand, und es werden Ressourcen frei für ein konsequentes Alimenteninkasso und für Abklärungen, ob der andere Elternteil verpflichtet werden kann, wenn noch kein Rechtstitel vorliegt. Zudem entfällt die nachteilige Wirkung der Bedarfsleistungen auf die Erwerbstätigkeit der alleinerziehenden Mütter.

- Eine unentgeltliche und effektive Inkassohilfe ist von zentraler Bedeutung. Den Alimentengläubigern – den Kindern und ihren Müttern – sollen keine Kosten, auch nicht für Betreibungen etc, überbunden werden. Die vorhandenen Rechtsmittel müssen rasch, konsequent und erschöpfend eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang haben wir mit großem Interesse in der Presse gelesen, dass das Alimenteninkasso innerhalb der EU zwischen den Ländern erleichtert werden soll. Denn es erscheint uns außerordentlich wichtig, das Alimentenzahlen aufzuwerten. Der oft geschmähte Zahlvater muss rehabilitiert werden, er leistet Entscheidendes für das Wohl seiner Kinder! Politikerinnen und Politiker, Expertinnen und Experten, Verwaltung, Gerichte und Behörden müssen sich für das Recht des Kindes auf angemessene Unterhaltsbeiträge verantwortlich fühlen und sich dafür einsetzen. Väter müssen angehalten und unterstützt werden, ihre finanzielle Verantwortung für ihre Kinder wahrzunehmen.

Im Interesse des Kindes muss sich die öffentliche Diskussion auf den Unterhalt des Kindes verlagern. Zurzeit wird sie in der Schweiz von der Forderung nach der gemeinsamen elterlichen Sorge als Regel bei getrennten Eltern monopolisiert. Warum nicht vom Recht des Kindes auf Unterhalt und der Sorgspflicht der Eltern sprechen, statt von Unterhaltspflicht und Sorgerecht der Eltern?

Und warum nicht eine europaweite Kampagne unter dem Motto „Ich zahle gerne Alimente – weil meine Kinder mir wichtig sind!“?

Der Schweizerische Verband alleinerziehender Mütter und Väter SVAMV wurde 1984 von kantonalen Vereinigungen Alleinerziehender gegründet, die in den 1970er Jahren entstanden waren. Ziel war, die Anliegen der Einelternfamilien auf Bundesebene besser durchzusetzen. Der Verband leistet Informations-, Vernetzungs- und Lobbyarbeit, um die Lebenslage Alleinerziehender und ihrer Kinder zu verbessern. Außerdem engagiert er sich mit direkter finanzieller Hilfe, Beratung und Rechtsschutz für Einelternfamilien.

Forderungen des SVAMV zur Regelung der Kinderbelange im Scheidungsrecht
Die Regelung der Kinderbelange im Scheidungsrecht muss – entsprechend der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes – dem Wohl des Kindes Vorrang zu geben.

Konkret heißt dies:

- Die Regelung der Kinderbelange muss den Kindern zu existenzsichernden Unterhaltsbeiträgen verhelfen
- Sie muss Konflikten zwischen den Eltern vorbeugen; auf keinen Fall darf sie Konflikte fördern
- Sie darf den bereits mehrfach belasteten alleinerziehenden Eltern nicht zusätzlichen Arbeitsaufwand und Stress aufbürden
- Sie muss die Kinder wirksam vor Trennungsgewalt schützen
- Sie muss ein verantwortungsbewusst ausgeübtes, an den Bedürfnissen des Kindes orientiertes Besuchsrecht fördern

Daraus folgt:

- Die gemeinsame elterliche Sorge darf Alleinerziehenden nicht aufgezwungen werden.
- Alleinerziehende sollen bei Uneinigkeit mit dem nichtbetreuenden Elter den Stichentscheid fällen können, wie es nach heutiger Regelung der Fall ist. Dies verhindert oder minimiert Konflikte, und belastet Einelternfamilien nicht zusätzlich mit aufwändigen Kontakten mit Behörden und Gerichten. Den Kindern erspart es Unsicherheit und Unruhe und gibt ihnen die Stabilität und Geborgenheit, die sie für ihre ungestörte Entwicklung brauchen.
- Dagegen soll die Attraktivität der gemeinsamen elterlichen Sorge gefördert werden, damit sie auch von alleinerziehenden Eltern gerne gewählt wird, beispielsweise indem die Entscheidungsbefugnisse präziser gefasst werden.
- Grundsätzlich müssen elterliche Unterhaltspflicht und elterliche Sorge neu gewichtet werden; erstere muss das größere Gewicht erhalten.

Kindesinteresse bei Trennung und Scheidung Ida Lanbacher, Südtiroler Plattform für Alleinerziehende Italien - Südtirol

Südtirol ist die nördlichste Provinz Italiens und hat eine aufgrund der sprachlichen Minderheit ausgeprägte Autonomie. Dadurch ergeben sich Vorteile in der sozialen Absicherung und in verschiedenen anderen Bereichen. Südtirol hat 480.000 Einwohner/innen, davon lebt die Hälfte in ländlichen Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern. Hauptstadt ist Bozen mit ca. 100.000 Einwohner/innen. In Südtirol leben 39.000 Ehepaare mit minderjährigen Kindern, 53.000 andere Ehepaare. Teilfamilien mit minderjährigen Kindern sind insgesamt ca. 14.000, davon ca. 4.000 Väter. Das bedeutet dass mindestens jede vierte Familie eine Einelternfamilie ist. Die Trennungen und Scheidungen sind im Verhältnis zum restlichen Italien hoch. Die Scheidungsrate in Südtirol liegt bei 14 Prozent, hingegen gesamtstaatlich liegt sie bei 9 Prozent.

Wie überall leben auch bei uns in Südtirol sehr viele Paare nur zusammen, die daraus erfolgten Trennungen sind nicht erfasst, da die betreffenden Verfahren über das Jugendgericht abgewickelt werden müssen. Seit einem Jahr ist in Italien das Gesetz „Gemeinsame elterliche Obsorge“ in Kraft. Es sieht vor dass die Kinder nach einer Trennung im Normalfall beiden Eltern anvertraut werden. Kinder über 12 Jahren müssen vom Gericht angehört werden. Alle bereits abgeschlossenen Verfahren können theoretisch wieder aufgerollt werden. Anträge für eine Änderung wurden wider Erwarten nicht viele eingebracht.

Kinderrechte nach Trennung oder Scheidung

Die Kinder haben das Recht auch nach der Trennung der Eltern zu beiden Eltern eine gleichwertige Beziehung zu haben. Laut Art. 155 ZGB ist der gemeinsamen Obsorge bei verheirateten und unverheirateten Eltern auch nach der Trennung den Vorzug zu geben. Laut italienischen Gesetzes wird kein Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern gemacht was die Rechte der Kinder betrifft. Unterschiedlich ist nur die Zuständigkeit der Gerichte, so ist bei ehelichen Kindern das ordentliche Gericht zuständig und bei unehelichen das Jugendgericht.

Verfügungen die die Kinder betreffen

- Kind hat nach Trennung u. Scheidung das Recht auf Beziehung zu beiden Eltern und deren Verwandten
- Gericht entscheidet im ausschließlichen ideellen und materiellen Interesse des Kindes
- Anvertraung: Gericht prüft zuerst, ob Kind/er beiden Elternteilen anvertraut bleiben können, oder entscheidet welchem der Eltern Kind anvertraut wird. Gericht setzt die Zeiten und Modalitäten fest nach welchen die Kinder bei jeden Elternteil bleiben.
- Elterliche Gewalt, wird immer von beiden Eltern gemeinsam ausgeübt
- Entscheidung von größerem Interesse: werden immer von beiden gemeinsam getroffen (bei Uneinigkeit entscheidet Gericht)
- Entscheidungen des täglichen Lebens: Gericht kann entscheiden, dass diese von den Eltern getrennt getroffen werden können
- Gericht kann minderjähriges Kind nur einem Elternteil anvertrauen wenn gemeinsame Anvertraung dem Interesse des Kindes widerspricht, muss begründet werden. (außer das Paar hat nie zusammen gelebt)
- Elternteil kann in jedem Moment des Verfahrens alleinige Anvertraung beantragen. Bei unbegründetem Antrag kann Schadenersatz verlangt werden.

Kinderunterhalt bei Trennung und Scheidung

- Kinder haben das Recht auf Betreuung durch mindestens einen Elternteil.

- Recht auf Unterhalt im Verhältnis zum Lebensstandard den die Eltern vor der Trennung hatten
- Recht auf Ausbildung die ihren Neigungen entspricht
- Jeder Elternteil trägt im Verhältnis zu Einkommen und Vermögen zum Unterhalt der Kinder bei
- Bei Notwendigkeit setzt das Gericht eine regelmäßige Unterhaltszahlung fest, berechnet nach folgenden Kriterien:
 1. Bedürfnisse des Kindes
 2. Lebensstandard während der Beziehung
 3. Zeiten die das Kind bei jedem Elternteil verbringt
 4. Ressourcen beider Eltern
 5. Ökonomischer Wert der Hausarbeit und Betreuungsleistung
- Regelunterhalt muss monatlich entrichtet werden. Bei Nichteinhaltung der Unterhaltszahlungen kann strafrechtlich vorgegangen werden.

- Für Außerordentliche Spesen müssen beide Eltern zu gleichen Teilen aufkommen außer das Gericht entscheidet anders.
- In Italien gibt es leider kein Eingreifen von Seiten des Staates, wenn der Unterhaltspflichtige seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.
Hingegen haben wir in Südtirol durch das Einwirken der Südtiroler Plattform für Alleinerziehende und den Landesbeirat für Chancengleichheit erreicht dass eine Unterhaltsvorschussstelle beim Land (Amt Familie-Frau u. Jugend) eingerichtet wurde.

- Eheliche Wohnung:
Die Zuweisung der Familienwohnung (die im Besitz des anderen Elternteils ist) erfolgt unter prioritärer Berücksichtigung des Kindesinteresses. Sie erlischt wenn keine dauerhafte Bewohnung mehr gegeben ist und bei Zusammenleben oder Heirat mit einem neuen Partner.

- Wohnsitzänderung:

Wohnsitzänderungen, die die Interessen der Kinder beeinträchtigen, können gerichtlich verweigert werden.

Ein weiteres Staatsgesetz, das auch Kindern zugute kommt ist seit 2001 in Kraft.

Das italienische Gewaltschutzgesetz

Das neue Gesetz vom 4. 04.2001 Nr. 154 sieht eine Reihe von Maßnahmen gegen Gewalt in den familiären Beziehungen vor. Es sind zum Schutz des von Gewalt betroffenen Familienmitgliedes folgende Maßnahmen vorgesehen:

- die Wegweisung aus der gemeinsamen Wohnung,
- das Verbot sich dem Ort zu nähern, an denen sich die von Gewalt Betroffenen gewohnheitsmäßig aufhalten
- und als strengste Maßnahme das Verbot die Gemeinde zu betreten, wo die Familie wohnt

Dieses Gesetz ist sehr wichtig, seine Anwendung ist aber nicht einfach, da es nicht das direkte Eingreifen der Sicherheitskräfte vorsieht, sondern immer einen gerichtlichen Antrag voraussetzt. Es bietet nur einen provisorischen Schutz, welcher zeitlich begrenzt ist (höchstens 6 Monate).

Unterstützungen und Zusatzleistungen für Kinder in Südtirol.

Das Landesgesetz vom 3. Oktober 2003, Nr. 151 „Unterhaltsvorschussleistung zum Schutz von minderjährigen Kindern“ ist seit 01. Jänner 2004 in Kraft. Anspruchsberechtigt sind:

Ein Elternteil oder andere Personen, denen das minderjährige Kind anvertraut wurde, sofern das Kind

- a) die italienische Staatsbürgerschaft oder jene eines anderen EU-

Mitgliedstaates besitzt und seit mindestens einem Jahr in Südtirol ansässig ist.

b) keine EU-Staatsbürgerschaft besitzt oder Staatenlos ist und mindestens fünf Jahre ansässig sind

Voraussetzungen für den Anspruch auf die Leistung sind:

a) Vorliegen eines Vollstreckungstitels, der auf einer von einem italienischen oder einem ausländischen Gericht getroffene Entscheidung beruht.

b) Vorlage der vorschriftsmäßigen zugestellten Leistungsaufforderung, der innerhalb von zehn Tagen nicht nachgekommen wurde oder des Konkursöffnungsurteils gegen die Unterhaltspflichtige Person.

Wirtschaftliche Voraussetzungen und Leistungshöhe:

Wert der wirtschaftlichen Lage (VSE) DLH vom 11. August 2000, Nr.30

Grundquote 2007 : Euro 373,00

(VSE 2,2 = Einkommensgrenze zwecks Anrecht auf die Leistung)

Das ist die einzige gezielte Unterstützung für Alleinerziehende in Südtirol.

Ziel ist die Wahrung der Würde und des angemessenen Lebensstandards der Kinder, Sicherung einer korrekten Erziehung und Vorbeugung von möglichen Problemsituationen wirtschaftlicher Natur. Angesucht werden kann bei jedem zuständigen Sozialdienst. Die Dauer der Leistung beträgt ein Jahr, danach erneut angesucht werden. Die Leistung wird einmal monatlich ausgezahlt und im Falle von Wegfall der Voraussetzungen widerrufen. Dem Land steht der Rückgriff gegen die unterhaltspflichtige Person im Ausmaß des ausgezahlten Betrages zu. Mittlerweile haben mehrere Regionen Italiens (vorwiegend die, die auch autonom verwaltet werden) beim Land Südtirol um die Gesetzesvorlage angesucht. Wir hoffen, dass das Gesetz bald staatsweit eingeführt wird. Unterstützungen für Kinder in Südtirol. Zusätzlich zum staatlichen Familiengeld erhalten alle Familien in Südtirol ab dem 2. Kind ein regionales Familiengeld (Einkommensgestaffelt) Außerdem gibt es für jedes Kind bis zum 3. Lebensjahr € 80 Kindergeld, (Einkommen bis 80.000 €)

Schwedische Alleinerziehende „Die Unvergleichlichen“

Åsa Eriksson, Sveriges Makalösa Föräldrar

Die schwedische Organisation Sveriges Makalösa Föräldrar wurde 1996 in Stockholm von einer Gruppe alleinerziehender Mütter gegründet, da es einen großen Bedarf nach Vernetzung und einer Organisation gab. Der Verband erstreckt sich heute über ganz Schweden und es gibt viele lokale Gruppen.

Unsere Zentrale liegt in Stockholm, dort arbeitet die Verwaltung und es gibt eine Pressestelle. Wir beschäftigen außerdem zwei Projektmanager/innen.

Der Verband ist eine Unterstützungs- keine Hilfsorganisation. Wir haben unter anderem ein Drogenpräventionsprogramm erarbeitet. Es gibt außerdem ein Projekt, das familiäre Netzwerke für Alleinerziehende mit kleinen Kindern aufbaut.

Wir haben einen Film über Alleinerziehende gedreht. Darin werden alltägliche Szenen des Alleinerziehens gezeigt. Dem Film liegt Arbeitsmaterial bei, mit den Themen Existenzsicherung, Selbstwahrnehmung und soziale Netzwerke. Einer unserer Projektmanager ist in Schweden umhergereist, hat den Film gezeigt und mit alleinerziehenden Eltern gesprochen. Daraus sind die Netzwerke entstanden. Wir werden außerdem im September dieses Jahres ein Buch über Einelternfamilien veröffentlichen.

Kürzlich haben wir einen Fernstudienkurs in Zusammenarbeit mit einer Volkshochschule in Västerås gestartet. Das Programm beinhaltet den Wissenserwerb zu den Themen Erziehung, Kindeswohl, Existenzsicherung und alles über gleichberechtigtes Erziehen. Wir arrangieren Sommercamps für Alleinerziehende und ihre Kinder. Diese Ferien sind kostengünstig und ermöglichen es, Freundschaften zu bilden.

Wichtige politische Fragen sind für Makalösa Föräldrar: Existenzsicherung, Haushalten, Kinderbetreuung und gleiche Rechte für alle Eltern.

Wir werden außerdem als Sachverständigen für Fragen, die die schwedische Regierung zum Thema Alleinerziehende hat, eingeladen. Unsere Finanzierung erfolgt größtenteils über das nationale Amt für Gesundheit und Soziales. Einige Projekte werden von einem schwedischen Staatsfonds unterstützt.

Makalösa Föräldrar will Wissen und Kenntnisse über die Lebensbedingungen Alleinerziehende sammeln und verbreiten.

- Wir arbeiten politisch an Fragen, die uns als Gruppe betreffen
- Wir übernehmen Initiative und unterstützen Forschung zu Alleinerziehenden
- Wir arbeiten unter anderem daran, unsere Möglichkeiten politisch zu verbessern.

Zahlen und Fakten

In Schweden wächst eines von vier Kindern bei einem alleinerziehenden Elternteil auf. Alleinerziehende sind zu 80 Prozent weiblich.

Das verfügbare Einkommen von Einelternfamilien ist im Vergleich zu Zweielternfamilien deutlich niedriger. Diese Lücke wächst an.

Etwa fünf Prozent der Kinder in Einelternfamilien haben nie mit beiden Eltern zusammen gelebt.

Tagesbetreuung

Nach dem ersten Jahr, das die Kinder mit ihren Müttern oder Vätern zu Hause verbringen, gehen die meisten Kinder entweder zu Tagespflegestellen oder in Vorschulen.

Viele Alleinerziehende arbeiten in Jobs mit unsozialen Arbeitszeiten (Randzeiten) und haben einen hohen Bedarf an Kinderbetreuung in den Abendstunden und an den Wochenenden. In Schweden hat 2003 jede zweite Kommune Kinderbetreuung zu Randzeiten angeboten. Das ist nicht genug. Viele Alleinerziehende mussten ihre Vollzeitjobs aufgeben, da die Randzeitenbetreuung in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Manche Mitglieder der schwedischen Regierung denken, dass sich Großeltern, Verwandte und Freunde um die Kinderbetreuung zu Randzeiten kümmern sollten.

Fast die Hälfte aller Vorschulkinder sind 35 oder mehr Stunden pro Woche bei der Betreuung. Etwa drei Prozent der Kinder sind signifikant länger dort, etwa 45 oder mehr Wochenstunden.

In Familien mit zusammen lebenden Eltern gibt es oft die Möglichkeit, dass ein Elternteil Teilzeit arbeitet oder dass die Arbeitszeiten einander angepasst werden. Kinder von zusammen lebenden Eltern verbringen weniger Zeit bei der Vorschule oder der Tagespflege als Kinder von Alleinerziehenden.

Etwa zwei Drittel der Kinder mit Arbeitssuchenden Eltern gehen zur Kinderbetreuung.

Seit dem 1. Juli 2001 haben Kinder von arbeitslosen Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Vorschulplatz. Seit dem 1. Januar 2001 haben Kinder von Eltern in Elternzeit das Recht, eine Vorschule zu besuchen. Diese Kinderbetreuung sollte mindestens 3 Stunden täglich oder 15 Stunden in der Woche umfassen und allen Kindern ab 1 Jahr zur Verfügung stehen.

Bildung in Schweden

Pflichtschulen

Seit 1996 haben die Sechsjährigen ihre eigene Form der Bildung: Vorschulklassen. Die Teilnahme ist für die Schüler/innen freiwillig. Die Ausbildung ist ähnlich wie in den Pflichtschulen, und sie findet häufig im gleichen Gebäude statt. 93 Prozent aller Sechsjährigen gehen in diese Klassen, es sind durchschnittlich 13 Schüler pro Lehrer/in. Das Personal hat häufig ein Universitätsstudium in Pädagogik.

Die Pflichtschule beginnt im Alter von 7.

Kinder besuchen am Ende des Schultages häufig ein Freizeitcenter oder eine Tagespflege. Etwa zwei Drittel der Kinder von 6 bis 9 Jahren sind in der Schulkinderbetreuung. Ältere Schulkinder zwischen zehn und zwölf Jahren werden nach dem Schultag oft sich selbst überlassen. Mehr als jedes zweite Kind in dieser Altersgruppe hat keine Kinderbetreuung und muss sich allein zurechtfinden.

Nach der neunjährigen Schulpflicht gehen fast alle Kinder in die weiterführende Schule (Sekundarstufe II). Diese Ausbildung umfasst üblicherweise drei Jahre.

Mehr als eine Million Schüler/innen gehen zur kommunalen Pflichtschule. Zusätzlich gehen Schüler/innen in unabhängige Schulen und in staatliche „Saami“-Schule. (Saamen sind ein Volk in Schweden an der Grenze zu Finnland). Die Zahl der Privatschulen ist in den letzten Jahren stark angewachsen.

Die meisten Schüler/innen in Pflichtschulen sind mit ihrer Schulumgebung zufrieden. Mehr als die Hälfte der Schüler/innen zwischen 7 und 9 Jahren stellen fest, dass die Umgebung im Klassenzimmer und auf dem Schulhof gut bis sehr gut ist. 7 von 10 Kindern finden außerdem, dass die Atmosphäre positiv und die Stimmung in der Schule gut ist.

Etwa 29 Prozent der Schüler/innen zwischen 7 und 9 Jahren haben im Jahr 2000 gesagt, dass sie oft unter Stress stehen. 1997 lag der Anteil bei 20 Prozent. Mehr Mädchen als Jungs fühlen sich unter Stress.

Spezial-Schulen

Viele Integrationskinder gehen zur regulären Schule. Kinder mit Hörbehinderungen die nicht in die allgemeinen Schulen gehen, gehen zu Spezial-Schulen. Diese Schulen bieten für Kinder mit Hörbehinderungen eine bessere Möglichkeit, ihre Potenziale zu entwickeln. Die speziellen Schulen kümmern sich zu hohen Anteilen auch um Freizeitaktivitäten, Reisen und Wohnen für die Kinder.

Spezielschulen für Kinder mit Lernschwierigkeiten

Kinder mit geistiger Behinderung, die nicht in der Regelschule teilnehmen können, besuchen auch spezielle Schulen.

weiterführende Schulen / Sekundarstufe II

Im Frühjahr 2000 haben 98 Prozent der Kinder, die die Pflichtschule absolviert haben die Sekundarstufe II fortgesetzt. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Eine zunehmende Anzahl von Schüler/innen beschließt, ihre Bildung nach der Sekundarstufe zwei fortzusetzen. Etwa 38 Prozent begannen im Zeitraum von drei Jahren nach Beendigung der Sekundarstufe ein Universitätsstudium.

Der Ombudsmann für Kinder

In Schweden haben Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre einen eigenen Ombudsmann. Der Ombudsmann für Kinder ist der schwedischen Regierung für sechs Jahre zugeordnet. Die Hauptaufgabe des Ombudsmannes ist es, die Interessen und Rechte von Kindern entsprechend der UN-Kinderrechtskonventionen umzusetzen.

Zum Beispiel übermittelt der Ombudsmann an die schwedische Regierung Anträge für Gesetzesänderungen und befördert die Anwendung der Kinderrechtskonventionen in der Arbeit von Regierungsorganisationen, Kommunen und Stadträten.

Eine Schlüsselaufgabe des Kinderombudsmanns ist die Teilnahme in der öffentlichen Diskussion, um dort die Kinderrechte zu thematisieren und so die Einstellung der Entscheidungsträger/innen zu verändern.

Um die Meinungen und Perspektiven der Kinder zu kennen, pflegt der Ombudsmann regelmäßig Kontakt zu Kindern und jungen Menschen. Der Ombudsmann besucht Kinder in Schulen und Jugendclubs und Kinder können den Ombudsmann anrufen, Briefe schreiben oder über seine Website mit ihm Kontakt aufnehmen.

Jedes Jahr übermittelt der Ombudsmann einen Bericht an die Regierung. Dieser Bericht stellt die Situation der Kinder und Jugendlichen in Schweden dar, zum Beispiel ihre Möglichkeiten und Probleme.

Eine kurze Zusammenfassung des Berichts der schwedischen Umfrage im Projekt "Das Recht, gehört zu werden"

Von Oktober bis November 2002 hat der Kinder-Ombudsmann eine Umfrage unter 1.900 Kindern und Jugendlichen der 2. bis 9. Klasse in der schwedischen Pflichtschule durchgeführt.

Der Projektrahmen war "Das Recht gehört zu werden". Die Daten wurden über einen Fragebogen in den Klassen erhoben. Das Ziel des Projekts war es, Wege zu finden um Kinderinteresse und die Perspektive der Kinder den Entscheidungsträgern in repräsentativer und leicht verständlicher Weise zugänglich zu machen.

Im Verlauf des Projekts testeten wir eine statistische Methode die an den Konsumenten-Zufriedenheits-Tests angelehnt war.

Unsere Umfrage sagte uns, dass die Kinder und Jugendlichen insgesamt sehr zufrieden mit ihren Leben und den meisten Bereichen, die die Studie abgefragt hat, sind. Die

durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben lag bei 88 auf einer Skala von 0-100. Das ist ein sehr hoher Wert.

Ähnliche Zufriedenheitsstudien unter Erwachsenen ergeben generell Werte unterhalb von 70. Die Gruppe von Kindern und Jugendlichen die allgemein unterdurchschnittlich zufrieden sind, sind junge Menschen zwischen den Klassen 7-9 und Kinder die allein mit ihren Vätern leben.

Unsere Studie zeigt, dass Kinder und Jugendliche im Großen und Ganzen zufrieden mit der Schule sind. Der durchschnittliche Wert liegt bei 80 auf einer Skala von 0-100. Sie sind darüber hinaus damit zufrieden, was sie in der Schule lernen, damit wie sie lesen und schreiben, und mit den Sportaktivitäten an der Schule.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Kinder und Jugendlichen in der Studie insgesamt mit allen abgefragten Bereichen sehr zufrieden sind. Dennoch gibt es Bereiche, die im Vergleich schlecht abschneiden, z.B. die soziale und physische Umgebung in der Schule.

Die vorliegenden Resultate bestätigen, was wir bereits aus anderen Studien über die Schulumgebung wissen.

Quellen

National Agency for Education's Survey of school image 2000

Children's Ombudsman in Sweden Summary from the report "The right to be heard" "Hur kul är det, på en skala?", Barnombudsmannen 2005

National Agency for Education (1999), Tillgång och efterfrågan på barnomsorg

National Board of Health and Welfare, Begränsad barnomsorg. Tillgång till barnomsorg för barn till arbetslösa och föräldralediga 1995–1997

www.bo.se

Sveriges Makalösa Föräldrar

The Swedish organization Sveriges Makalösa Föräldrar was founded in 1996 in Stockholm by a group of single mothers that saw the need of an organization for one parent families. We have social network and local divisions from the north to the south of Sweden.

Our main office is in Stockholm, and there we have a secretary-general, an administrator and a publicist employed. We also employ 2 project managers just now. We are a support organization, not a help organization.

We have, among other things, done two Drug Preventive projects and one project to build Family Networks for single parent with small children.

We made a film about one parent families that contains every day scenes that single parent can get into. With the film is a working material that talks about attitudes, economy and social networks.

One of our project managers have travelled around in Sweden and showed the film and talked with single parents. That has resulted in new networks that just started.

We will also be publishing a book about one parent families and the community around us. It will be published in September this year.

Recently we started a distance study course, in cooperation with a folk high school in Västerås. The study program aim to get the participants increased knowledge about parenting, children's best, economy and infrastructure, everything within an equal parenting.

We arrange camps in the summertime for parents and their children. It's a cheap holiday, and you can meet new friends at the same time.

Important political questions for Makalösa Föräldrar are for example: Economy, Housing, Child-care and Equal opportunities for all parents.

We are also referral authority (remissinstans) for inquiry that the Swedish government makes on one parent families.

We are mostly financed by the National Board of Health and Welfare (Socialstyrelsen). Some of our project is financed by The [Swedish] State Inheritance Fund (Allmänna Arvsfonden).

Makalösa Föräldrar wants to collect and spread knowledge and information about the conditions for one parent families.

- We work political with questions that concern us as a group.
- We take the initiative and support researching about single parents and their children.
- Works among other things to raise our conditions in political view.

Facts

- In Sweden 1 out of 4 children grow up with a single parent. Single mothers constitute for 80 per cent (%) of the one parent families.
- The disposable income between for one parent families and families with two parents is bigger now than ever. One parent families fall behind financially.
- Some 5 per cent of the children have never lived with both parents.

Day-care

After having been at home with the mother or father during the first year of life, many children are placed in preschools and home day-care nurseries sometime between the ages of 1 and 2.

Many single parents work in jobs with unsocial working hours and have a big need for child care in evenings and on weekends.

In Sweden every other municipality arrange child care on unsocial working hours in 2003. That is not enough.

Many single parent have had to quit there full time jobs because that the child-care on unsocial working hours has decreased in resent years.

Some member of the Swedish government thinks that child care on unsocial working hours is something that the grandparents, relatives and friends shall take care of.

Nearly one-half of the children attending preschools are there 35 hours or more each week. Approximately 3 per cent of the children stay for a significantly longer period, 45 hours or more each week.

In families with parents living together, there is often the possibility of working part-time or adjusting work hours. Children of parents who live together spend shorter days at preschools or home day-care nurseries than children with single parents.

Approximately two-thirds of children with unemployed parents are enrolled in childcare.

Beginning 1 July 2001, children of unemployed parents will have the right to attend preschool; and beginning 1 January 2001, children with parents on parental leave will have the right to attend preschool.

These childcare services shall encompass a minimum of 3 hours a day or 15 hours a week and apply to all children from the age of 1.

Education in Sweden

Compulsory school

Since 1998, 6-year-olds have their own form of education, preschool classes. Participation for students is voluntary.

The classes are usually carried out under the same pedagogical leadership as in the compulsory school or special schools, and often in the same building.

93 per cent (%), of all 6-year-olds are enrolled in these classes.

There is an average 13 pupils for every full-year staff member in preschool classes.

The staffs in preschool classes often have university training in education.

School starts at age 7.

Children often attend a recreational centre or home day-care nursery at the end of the preschool session or school day.

Some two-thirds of the children aged 6–9 are enrolled in schoolchildren care.

Older schoolchildren aged 10–12 are often left to themselves at the end of the school day.

More than every other child in this group has no childcare and must manage by themselves.

After the nine-year compulsory school, nearly all children continue with upper secondary school (gymnasieskola).

These are usually three-year programs.

More than 1 million pupils attend municipal compulsory schools. (Kommunal obligatorisk skola)

In addition, there are pupils in the independent schools and the state-run Saami schools (6 Saami schools)

The number of private schools has increased sharply in recent years.

Most pupils in compulsory school are satisfied with the school environment. More than one-half of the pupils in years 7–9 stated that the environment in the classroom and schoolyard was good or very good. 7 out of 10, also thought there was a positive atmosphere and good spirit in the school.

Some 29 per cent of the pupils in years 7–9 stated in 2000 that they were often or always under stress. (In 1997, the share was lower at 20 per cent) More girls than boys feel they are under stress.

Special schools

Many functionally challenged children are integrated into the regular school system. Deaf and hearing-impaired children who are not integrated attend special schools. The special schools offer the deaf and hearing-impaired children an education that utilizes their potential.

The special schools assume an extended responsibility for the student in such areas as leisure activities, travel and for some students' accommodations.

Special schools for pupils with learning disabilities

Mentally disabled children who cannot participate in the regular compulsory and upper secondary education receive their education in special schools.

Upper secondary school (Gymnasieskola)

In spring 2000, 98 per cent of the pupils who graduated from compulsory school continued with upper secondary education. This share has been roughly the same in recent years.

An increasing number of students choose to continue their studies after upper secondary school.

Some 38 per cent began university studies within three years of the completion of upper secondary school education

The Children's Ombudsman

In Sweden, children and young people up to the age of 18 have their own ombudsman. The Children's Ombudsman is appointed by the Swedish Government for a term of six years. The Ombudsman's main duty is to promote the rights and interests of children and young people as set forth in the United Nations Convention on the Rights of the Child (the CRC).

For instance the Ombudsman submits bills for legislative changes to the Swedish Government and promotes the application of the CRC in the work of government agencies, municipalities and county councils (landsting).

A key duty of the Children's Ombudsman is to participate in public debate, promote public interest regarding key issues, and influence the attitudes of decision-makers and the public.

In order to find out their views and opinions the Ombudsman maintains regular contact with children and young people. The Ombudsman visits children in schools and youth clubs, and children can get in touch with the Ombudsman by letter, phone and through this website.

Each year the Children's Ombudsman submits a report to the Government. This report addresses the situation of children and young people in Sweden, for example their opportunities and problems.

A short summary of the report from the Swedish survey within the project "The Right to Be Heard"

From October to November 2002, The Children's Ombudsman conducted a survey of about 1,900 children and young people in grades 2 to 9 in Swedish compulsory school within the framework of the project "The Right To Be Heard".

The data was gathered using a questionnaire that was filled in the classroom.

The aim of the project is to find ways of communicating children's and young people's views to decision-makers in a representative, easy-to-understand manner. During the course of the project we tested a statistical method based on the Customer Satisfaction Index.

Our survey tells us that children and young people are very satisfied with their lives as a whole, and are also satisfied with most of the areas covered in the study.

Average total satisfaction with life for all children was 88 on a scale from 0 to 100; this is a high figure.

Similar measurements of adults' satisfaction, for example with service in society, trade and industry, generally give results below 70.

The groups of children and young people, who generally speaking are less satisfied than the average, are the young people in grades 7 to 9 and children who live alone with their fathers.

Our study shows that children and young people are on the whole satisfied with school. The average value for their opinion of school in general is 80 on a scale from 0 to 100.

They are above all satisfied with what they learn at school, with how they read and write, and with sporting activities at school.

In the Swedish study, the children and young people are satisfied with most of the areas in the study and also very satisfied with their lives in general.

However, some areas fall short, for example the social and physical environments in school.

The results confirm what we know about the school environment from the contact with children and young people in other contexts and from other studies.

Source / Källor

National Agency for Education's Survey of school image 2000

Children's Ombudsman in Sweden Summary from the report "The right to be heard" "Hur kul är det, på en skala?", Barnombudsmannen 2005

National Agency for Education (1999), Tillgång och efterfrågan på barnomsorg

National Board of Health and Welfare, Begränsad barnomsorg. Tillgång till barnomsorg för barn till arbetslösa och föräldralediga 1995–1997

www.bo.se

Podium BDV 2007, Berlin 9. Juni 2007

Block I: Kinderrechte

Matthias Pape: Wir sprechen heute über Kinderrechte, deshalb möchte ich meine Vorstellungsrunde heute auch bei denen beginnen, um die es geht. Bei den Jugendlichen, die wir zur Teilnahme an der Diskussion eingeladen haben. Hier außen sitzt Claudio. Claudio, wie bist du ins Kinder- und Jugendparlament gekommen?

Claudio Waashofer: Demokratisch! Zuerst war ich Klassensprecher, dann wurde ich ins Kinder und Jugendparlament gewählt und dann noch in den Vorstand des Kinder und Jugend-Parlaments und vor 4 oder 5 Jahren wurde ich Jungstadtrat für Kinder, Jugend und Sport. Kinder sollen ihre Rechte ausleben können, das funktioniert gut.

Matthias Pape: Was sagen deine Freunde, wenn du ins Jugendparlament gehst?

Lasse Rosenfeld: Mein bester Freund ist auch im Jugendparlament und die anderen sind es gewohnt.

Matthias Pape: Ist es bei deinen Klassenkameraden und Freunden eher die Ausnahme, politisch zu denken statt Spaß zu haben oder eben „nur“ die Hausaufgaben zu erledigen?

Alexander Schwab: Wir haben an unserer Schule ein ähnliches System wie das Jugendparlament, viele Leute interessieren sich dafür.

Matthias Pape: Frau Schwab, was machen Sie wenn Alexander zu Hause Kinderrechte einfordert?

Edith Schwab: Wir diskutieren viel politisch und wir haben eine ausgeprägte Streitkultur. Ich komme immer mehr zu der Überzeugung, dass Kinder die Realität anders wahrnehmen als wir und wir müssen das respektieren.

Matthias Pape: Frau Golze. Sie sind kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion die Linke. im deutschen Bundestag. Sie haben mit 14 Jahren die Wende erlebt. Wie sind sie in die Politik gekommen?

Diana Golze: Die Wende habe ich mitten in der Pubertät erlebt und das war ein Umbruch der mich sehr geprägt hat. Das hat dazu geführt, dass kein Lehrer sich mehr getraut hat, irgendwas zu sagen. Bei meiner Jugendweihe wurde mir gesagt „seht zu dass ihr nicht unter die Räder kommt“ und das war es. „Das Chaos ist aufgebraucht, es war die schönste Zeit“ steht auf einer Wand in Berlin. Und so fühlte es sich auch an. wir haben dann gedacht, jetzt wird alles anders, wir dürfen mitbestimmen und in der Schule wichtige Sachen mitentscheiden. Das einzige bei dem wir dann gefragt wurden, war wo der Fahrradständer hinkommt. Ich wollte das verändern und habe dann angefangen, Jugendnachmittage zu organisieren, wurde in den Schülerrat gewählt und bin so nach und nach in die Politik reingewachsen.

Matthias Pape: Herr Dr. Maywald, Sie sind Sprecher der National Coalition für die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland. Welche Reaktionen erleben Sie, wenn Sie Kinder-rechte einfordern?

Jörg Maywald: Die Diskussion um Kinderrechte ist mit vielen Missverständnissen verbunden. Häufig heißt es: Die Kinder dürfen doch ohnehin schon viel zu viel. In Schule hört man von Lehrern auch immer die Forderung, wenn die Kinder Rechte haben sollen, dann aber auch mehr Pflichten. Als wäre das Gegenteil von Rechten Pflichten? Eine Jugendliche hat einmal

geantwortet, das Gegenteil von Rechten sei das Unrecht. Das fasst es eigentlich ganz gut zusammen.

Matthias Pape: Du bist im Vorstand des Jugendparlaments. Wie reagieren die Lehrer/innen? Freuen sie sich über dein Engagement? Wirkt sich das auf den Schulalltag aus?

Claudio Waashofer: Das ist gespalten: einige finden es positiv, dass man nicht immer nur meckert, sondern dafür eintritt, dass sich etwas ändert. Manche finde es nicht gut, weil man mehr Hintergrundwissen hat, Gesetze kennt, komischerweise kennen die Lehrer/innen sie auch. Wir sind keine Wesen, die einfach herumkommandiert werden können, nicht wahr? Manche wehren sich und sagen „So geht das aber nicht!“

Matthias Pape: Das kennen viele, das Wissen um die eigenen Rechte macht es natürlich nicht einfacher, weil die Rechte ja eingefordert werden können. Herr Dr. Maywald, es scheint im Hinblick auf Kinderrechte eine Diskrepanz zu geben zwischen Absichten und Realität. Wie bewerten Sie die Situation allgemein und wie sieht es in Deutschland aus?

Jörg Maywald: In Deutschland wurden die Kinderrechte unter Vorbehalt ratifiziert. Im Moment setzen wir uns dafür ein dass Kinderrechte in die Verfassung kommen. Weltweit haben fast alle Staaten (192) die Kinderechte ratifiziert. Einige Vorbehalte sind heute auch nicht mehr bedeutsam, so wurde zum Beispiel in der Kindschaftsrechtsreform von 1998 ein eigen-ständiges Recht des Kindes auf Umgang mit beiden Eltern festgelegt. Ein Skandal in Deutschland ist, dass die Regierung nicht bereit ist Kinderrechte auch für Migrationskinder zu garantieren.

Matthias Pape: Können Sie uns dazu Details nennen?

Jörg Maywald: Insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden ab 16 Jahren in Deutschland wie Erwachsene behandelt. Mir ist besonders wichtig damit klarzumachen, dass Kinderrechte nicht nur ein Thema für arme Länder sind, sonder für alle Staaten. Wesentliche Inhalte sind zum Beispiel das recht auf Bild, auf einen Lebensstandard, auf Schutz vor Armut. In Deutschland ist das Armutsrisiko für Kinder höher als für Erwachsene. Auch Beteiligung von Kindern ist nicht ein Zuckerbrot sondern sie ist grundlegend für Kinderrechte. Und zum Missverständnis, dass Kinderrechte den Elternrechten zuwider laufen, im Gegenteil: Kinderrechte stärken die Elternverantwortung dahingehend, dass die Eltern die Kinder noch verantwortlicher anleiten müssen.

Matthias Pape: Herr Steinert, wie sehen Beteiligungsrechte bei ihnen aus?

Wilfried Steinert: Ich leite eine Schule und Kindertagesstätte in Templin, die Waldhofschule. Wir haben uns ein paar Grundsätze vorgenommen, die wir auch konsequent einhalten. Ein Grundsatz ist: Kein Elterngespräch ohne Kinder, das ist für uns selbstverständlich auch in der Kita. so kann ein Kind schon direkt beim Gespräch mit dem Lehrer zum Beispiel sagen „Nö das war anders“ und es steht nicht hinterher die Aussage der Lehrerin oder des Lehrers gegen die des Kindes. Ich bin davon überzeugt, dass die Kinder, je mehr Verantwortung wir ihnen damit zutrauen, auch umso verantwortlicher werden. Ab der ersten Klasse haben wir ein Schülerparlament, und ab der vierten Klasse werden die Schüler in Lerngruppen eingeteilt. Die Lehrer schlagen das dann vor, und die Eltern und Kinder haben das letzte Wort. Da haben wir auch von Lehrern gehört, die sagen „Da sind ja dann die Kinder mit besonders interessantem Verhalten zusammen“ aber wir geben dann eben die Verantwortung an die Kinder.

Ich will ein Beispiel nennen: Eine meiner Töchter war ein so genanntes „Förderkind“. Die Lehrer wollten mit uns sprechen und wir haben unsere Tochter zum Gespräch mitgebracht. Als es dann um die Bücher ging, hat der Lehrer gesagt, dass sie dann besondere Bücher bräuchte für „Lernbehinderte“. Unsere Tochter hat gesagt „nö“, sie wollte genau die gleichen Bücher wie die anderen Kinder. Inzwischen ist sie in der achten Klasse und hat keinen Förderstatus mehr.

Matthias Pape: Wie ist das mit der Beteiligung bei euch in der Schule? Fühlt ihr euch ernst genommen?

Alexander Schwab: Das kommt darauf an, wen wir ansprechen. Manche wollen nichts davon wissen. Wir versuchen aber, uns überall einzumischen.

Claudio Waashofer: Die Schulleitung begrüßt unser Engagement meiner Meinung nur scheinbar. Es herrscht eine große Abneigung dagegen, dass Schüler/innen etwas zu sagen haben und es gibt auch kein Vertrauen, dass wir etwas erreichen können. Wenn etwas mal nicht klappt, dann heißt es: Ah ja, das war ja klar, dass das nicht geklappt hat.

Lasse Rosenfeld: Es kommt immer auf den Lehrer oder die Lehrerin an. es gibt regelmäßige Treffen der Klassensprecher/innen und generell wird das gut aufgenommen.

Matthias Pape: Ein weiteres wichtiges Thema ist ja die Kindergrundsicherung. Frau Golze, wie ist da der Stand der Dinge?

Diana Golze: Meine Fraktion sieht Kinder als eigenständige Bevölkerungsgruppe an, nicht als kleine Erwachsene. Der Regelsatz beträgt für Kinder derzeit 60% der Eltern, darin sind zum Beispiel zwei Buntstifte im Jahr enthalten. Das Existenzminimum enthält Tabakwaren, aber keine Windeln. Deshalb setzt sich die Kinderkommission im deutschen Bundestag auch dafür ein, dass die Kinderrechte in die Verfassung kommen. Die Fraktion die Linke hat Eckpunkte zu einer Kindergrundsicherung erarbeitet, die bedarfsunabhängig gewährt wird und als eigenständiger Anspruch des Kindes gilt.

Matthias Pape: Was heißt das konkret?

Ich habe ab 2008 für neun Monate den Vorsitz bei der Kinderkommission. In dieser Zeit werde ich mich dafür einsetzen. Die nächsten Schritte werden eine Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Euro sein, zu dem der Kinderzuschlag einkommensabhängig gewährt wird. Zudem werden wir uns mit einem eigenständigen Warenkorb für Kinder beschäftigen. Langfristig schlagen wir eine Existenzsicherung für alle vor. Hartz IV ist keine Existenzsicherung. Mit den Kindern wollen wir beginnen, denn wenn sich ihre Lage verbessert, verbessert sich auch die Lage der Familien. Natürlich ist es auch eine Frage der politischen Entscheidung was in der Grundsicherung drin sein soll: Wenn der ÖPNV kostenfrei ist, Wenn Bildung endlich kostenfrei ist, müssen diese Dinge nicht über die Grundsicherung abgedeckt werden.

Matthias Pape: Welche Vorstellungen hat der VAMV?

Edith Schwab: der VAMV hat ein eigenes Modell: Es gibt einen Anspruch des Kindes auf 450 Euro, in anderen Modellen ist dieser Betrag auch noch höher. Wir haben in den aktuellen Gesetzen, so im SGB II und auch im neuen Unterhaltsrecht, immer mehr das Phänomen, dass das Kind mit dem Kindergeld seine Eltern finanziert, weil alle Einkünfte beliebig auf die Bedarfsgemeinschaft angerechnet werden, unabhängig davon, wessen Anspruch es ist. Das geht nicht. Der VAMV fordert, die 450 Euro Kindergeldsicherung nicht anzurechnen – die Zukunft muss sein, dass Eltern nicht wegen der Unterhaltspflicht gegenüber ihrer Kinder in Armut geraten. Die Grundsicherung für Kinder wird von der Solidargemeinschaft, also allen, die Einkünfte haben, finanziert – eine echte Familienkasse. Wir haben das auch mit dem Unterhaltsrecht ausführlich abgeglichen: Die Unterhaltsvollstreckung liegt ja gegenwärtig in allen Ländern völlig im Argen, daran wird auch das neue Recht nichts ändern. Deshalb brauchen wir ein anderes System, das dauerhaft dafür sorgt, dass Kinder nicht am untersten Ende der Chancengleichheit stehen.

Matthias Pape: Kinder werden ja häufig nicht als Kinder wahrgenommen, sondern als kleine Erwachsene, muss da etwas an Bewusstsein nachgeholt werden? Das ist ja auch ein Anliegen der Kinderrechtskommission – Stichwort Wahlrecht für Kinder. Ein Wahlrecht für Kinder. Was haltet ihr davon?

Claudio Waashofer: Bei der letzten Bezirksverordnetenwahl waren bereits Jugendliche ab 16 wahlberechtigt; es gab sogar Kandidat/innen ab 16. Ich bin in den Kinder- und Jugendhilfe-Ausschuss gewählt worden. Es kann eigentlich nur Gutes dabei rauskommen.

Alexander Schwab: Ich bin für ein Wahlrecht ab 16; wenn der Staat in der Bildung absichert, dass die Jugendlichen wissen, was sie tun.

Lasse: Ich weiß nicht, mir ist es eigentlich egal.

Matthias Pape: Wie ist die Stimmung dazu im Bundestag? Frau Golze?

Diana Golze: Da müsste man mal richtig powern. In Brandenburg haben wir regelmäßig eine Absenkung des Wahlalters gefordert und wurden regelmäßig abgelehnt. Es ist natürlich fraglich, wie weit das Kinderwahlrecht gehen soll. Für ein Wahlrecht ab Geburt haben wir uns noch nicht ausgesprochen, aber zum Beispiel ein Wahlrecht in der Kommune ab 14 könnte ich mir gut vorstellen. Wenn wir Kinder in die Demokratie einbinden wollen muss auch mal was passieren.

Matthias Pape: Herr Maywald, wie sehen sie das in der National Coalition mit dem Kinderwahlrecht?

Jörg Maywald: Das politische Wahlrecht ist nicht in den Kinderrechten, weil ja auch viele undemokratische Staaten die KRK ratifizieren sollten. Das ist übrigens ein Thema mit dem jede Party gesprengt wird. Die Frage ist, wie der Wille des Kindes ermittelt wird. Ich würde ihn als gleichwertig aber nicht gleich bezeichnen. Meine Vorstellung ist, 1 Mensch 1 Stimme. Wahlrecht muss ja nicht Wahlpflicht heißen.

Matthias Pape: Herr Steinert, Sie waren im Landesjugendrat Berlin. Stehen aus ihrer Sicht Elternrechte und Kinderrechte gegeneinander?

Steinert: Nein, das muss ein Miteinander sein. Wir denken oft, wir wüssten, was für Kinder gut ist. Das Bildungssystem ist aber noch nicht auf die Beteiligung von Kindern ausgerichtet. Es muss um eine Begleitung zur Wahrnehmung eigener Rechte gehen. Wir sind ja immer schnell dabei, zu entmündigen.

Matthias Pape: Werden mit der FGG-Reform die Beteiligungsrechte für Kinder ausgebaut?

Edith Schwab: Wenn wir uns zunächst die Folgen der Kindschaftsrechtsreform von 1998 ansehen, dann hat sie insgesamt nicht zur Befriedung beigetragen. Die gemeinsame Sorge hat die Praxis nicht verändert: Kinder werden nicht oder selten angehört, es sei denn, die Eltern tragen einen schwer wiegenden Streit aus. Die Richter sind mit ihrer Richterausbildung nicht qualifiziert, Kinder adäquat anzuhören. Das Kind wird in der Regel ignoriert; wenn nicht eine so genannte „Spielzimmer-Befragung“ in einem Nebenraum des Gerichtssaals stattfindet. Die Kinderbeteiligung ist noch völlig unterentwickelt. Das Kindeswohl gilt aber von Anfang an, aber wenn das Kind etwas sagt, wird es nicht ernst genommen. Den wahren Willen der Kinder kann man sehr wohl erforschen, der Kinderwille ist ja durchaus auch Richtschnur für das Handeln der Familie – warum sollte das nicht auch für Gerichte gelten? Kinder in Einelternfamilien haben die besten Voraussetzungen zu verhandeln und für ihre Rechte einzustehen. Das Wahlrecht setzt eine gute Schulbildung und eine kritische Auseinandersetzung mit dem politischen System voraus. Der VAMV fordert das seit langem von der Politik.

Konsequent kindorientiert – was heißt das? Position des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter

Kinder, Tiere, alte Menschen – so lautet eine alte Werbeweisheit, wenn es um die Wahl eines Bildmotivs für eine Kampagne geht. Das deutet auf eine zentrale Funktion von Kindern hin: sie rühren an, sie sehen niedlich aus, sie verfügen über das „Kindchenschema“. Entsprechend liegt es nahe, dass Kinder nicht nur in der Werbung als Träger von Botschaften verwendet werden. Gleiches gilt für Politik. Politik für Kinder kann nichts Schlechtes sein, denn alle wollen, dass es Kindern gut geht. Wenn sie also als Träger für politische Botschaften fungieren, sind sie ein gern verwendetes Symbol. Die Formulierung „Kinder, Tiere, alte Menschen“ zeigt aber auch, dass es bisher fast beliebig erscheint, wer aus einer der drei Gruppen als Vertreter/in gewählt wird. Es drückt aus, dass der Labrador-Welpen genauso wichtig ist wie die pflegebedürftige Oma, wie das Schulkind. Wenn Kinder Straftaten begehen, sind sie, drastisch ausgedrückt, sogar weniger gern gesehen als der Labrador. Der VAMV ist auf seiner Fachtagung den Fragen nachgegangen, welche Rolle Kinder in der Gesellschaft spielen, wie der Weg zu einer besseren Beteiligung von Kindern aussehen kann und welche Hürden sich dabei stellen.

1. Existenzsicherung von Kindern

Kinder haben in Deutschland ein höheres Armutsrisiko als Erwachsene. Die Kinder von Alleinerziehenden sind davon in besonderem Maße betroffen. Die Zahl der Kinder, die in Deutschland in gemeinnützigen Einrichtungen essen, weil es zu Hause nichts gibt, steigt. Das steuerliche Existenzminimum von Kindern wird bisher vom Bedarf eines Erwachsenen abgeleitet. Das führt dazu, dass kindbezogene Bedarfe nicht integriert sind. Es liegt derzeit bei 304 Euro, das sind etwas mehr als 10 Euro pro Tag: für Windeln, Kinderkleidung, Essen, Trinken, Gummistiefel, Matschhosen, Feuchttücher und ein Überraschungsei. Das Kindergeld in Deutschland liegt bei 154 Euro und ist als Steuerrückzahlung an Eltern konzipiert, um den Grundbedarf des Kindes steuerlich freizustellen. Das Forschungsinstitut für Kinderernährung der Universität hat festgestellt, dass allein für Nahrung der ALG II – Satz nicht ausreichen kann, um Kinder gesund zu ernähren¹.

Alleinerziehende sorgen allein für die Existenzsicherung ihrer Kinder und sind auf Unterhaltszahlungen durch den nicht mit dem Kind zusammen lebenden Elternteil angewiesen. Dieser Unterhalt ist für das Kind lebenswichtig. Dennoch erhalten gut 30 Prozent² der Kinder unzureichend, unregelmäßig oder gar keinen Unterhalt. Im Jahr 2005 wurden in 482.664 Fällen Unterhaltsvorschuss gewährt³. Nach 72 Monaten endet die Zahlung von Unterhaltsvorschuss bzw. mit dem 12. Geburtstag des Kindes. Der Unterhaltsvorschuss beträgt 127 Euro. Kinder wachsen nicht davon auf, dass politisch der Wert von Kindern betont wird. Sie benötigen Essen, Kleidung und Wohnung. Politik für Kinder kann nicht ohne Existenzsicherung gedacht werden.

Der VAMV fordert eine Kindergrundsicherung als eigenständigen Anspruch des Kindes.

2. Demokratische Beteiligung von Kindern

In Deutschland können die Bürger/innen in der Regel mit Erreichen der Volljährigkeit wählen. Das bedeutet, dass der Wille von Kindern nicht mit abgebildet wird. Demokratische Rechte gelten nur für Erwachsene, in Ausnahmefällen auch für Jugendliche. Entgegen der hohen Bedeutung, die Kinder derzeit in der öffentlichen Diskussion haben werden sie bei der Gewährung von Demokratie eingeschränkt. Ein Kinderwahlrecht würde die Machtverhältnisse in Deutschland drastisch verändern. Hinzu kommt, dass viele Kinder ihre Entscheidungen nach ganz anderen Kriterien treffen als Erwachsene. Es bedeutet ein Risiko, wenn Kinder die gleichen demokratischen Rechte erhalten wie Erwachsene. Die

¹ Pressemitteilung des Forschungsinstituts für Kinderernährung Dortmund vom 01.08.07 <http://kunden.interface-medien.de/fke/index.php>

² BMFSFJ (Hrsg.): Unterhaltszahlungen für minderjährige Kinder in Deutschland. Stuttgart 2002. S. 101

³ Antrag der FDP-Bundestagsfraktion „Existenz von Kindern sichern...“ BT-Drs.: 16/5960

Einschränkung des Wahlrechts von Kindern und Jugendlichen wird häufig damit begründet, dass Kinder nicht in der Lage seien, das Ausmaß der Demokratie zu erfassen und die inhaltlichen Zusammenhänge zu verstehen. Konsequenterweise aus der Kindperspektive gedacht muss das heißen, dass Demokratie für Kinder verstehbar formuliert werden muss. Der hohe Anteil an Nichtwähler/innen in Deutschland ist ein Anzeichen für ein geringes Vertrauen in die Parteiendemokratie und in die Selbstwirksamkeitsüberzeugung der Einzelnen. Was allgemein als „Politikverdrossenheit“ benannt wird, ist ein Indiz dafür, dass Politik heute nicht nur für Kinder, sondern auch für viele Erwachsene nicht mehr zugänglich ist. Wenn mit dem Argument, dass Kinder Politik nicht verstehen, diese vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, müssten in der Konsequenz alle, die Politik nicht verstehen kein Wahlrecht erhalten. Die Absurdität dieser These verdeutlicht, dass dies keine Option ist.

Der VAMV fordert ein Wahlrecht ab Geburt.

3. Familienrecht für Kinder

Kinder werden derzeit in familiengerichtlichen Verfahren nur selten persönlich angehört. Das Familiengericht versucht, Entscheidungen zum Wohl des Kindes zu treffen, muss dabei aber meist von Vermutungen oder den Angaben der Verfahrenspfleger/innen oder Gutachter/innen ausgehen. Kinder haben ab Geburt einen starken Willen. Ihn zu ermitteln ist nicht immer leicht und von Einflussfaktoren bestimmt. Dennoch ist es grundsätzlich möglich, Kinder in familiengerichtlichen Verfahren zu beteiligen. Bisher wird darauf zu wenig Wert gelegt und die Interessen von Kindern werden buchstäblich unsichtbar. Die vorbehaltlose Reduzierung der Kindesunterhaltsbeträge in der Unterhaltsrechtsreform, die Tatsache, dass Unterhaltsflucht nach wie vor als Kavaliersdelikt gehandhabt wird und die hohe Anzahl von Kindern, die keinen oder nur unzureichenden Unterhalt beziehen, sind hier nur einige Indizes für ein Auseinanderklaffen des Wunsches, Kinder in den Mittelpunkt zu stellen, und der Realität.

Der VAMV setzt sich für eine Ausrichtung der Familiengerichtsbarkeit an Kindesinteressen ein.

4. Alleinerzogene

Durch die hohe ideologische Bedeutung, die Kinder heute haben, wird ihre Erziehung zur staatstragenden Aufgabe definiert. Zahlreiche Ratgeber und nicht zuletzt die Elternprogramme üben einen hohen normativen Druck des richtigen Erziehens aus. Elisabeth Beck-Gernsheim formuliert es wie folgt:

„Das Gebot der ‚optimalen Förderung‘ das moderne Eltern von allen Seiten umgibt, verändert tief greifend den alltäglichen Umgang mit Kindern. Ob Baden und Füttern, ob Spielen und Streicheln und Schmusen – alles soll, über den unmittelbaren Anlass hinaus, einen höheren Zweck noch verfolgen, wird als ‚Anregungspotential‘ betrachtet und zur Lehrveranstaltung definiert [...] auch die spontanen Äußerungen des Herzens werden mit erfasst: Zärtlichkeit, Zuwendung, Liebe als Instrumente im Entwicklungsprogramm.“⁴

Kinder aus Einelternfamilien erhalten durch die Lebensform ihrer Eltern besondere Aufmerksamkeit. Ihr Familienstatus wird als Erklärungsvariable für vielfältige Fragen verwendet. Seien es Bildungsergebnisse, späteres Partnerschaftsverhalten, Kriminalität oder die Wahrscheinlichkeit für die Inanspruchnahme der Kinder- und Jugendhilfe, stets wird der Status Einelternfamilie als Merkmal erhoben. Im Sinne der Annahme, dass die familiäre Herkunft ein Prädiktor für Erfolg oder Misserfolg ist, steht dahinter ein impliziter Versagensvorwurf an die Eltern. Ist die Kausalkette „alleinerziehend – Belastungssituation für das Kind – kindliches Fehlverhalten“ hergestellt, ist es ein leichtes, weitere Beweise für diese These zu finden. Dass damit gesellschaftliche Muster von „richtigen“ und „falschen“

⁴ Elisabeth Beck-Gernsheim: Vorwort zu „Das gekaufte Herz“. In: Arlie Russel Hochschild: Das gekaufte Herz. Die Kommerzialisierung der Gefühle. Frankfurt a.M. 1993, S. 19

Familien aufrechterhalten werden, ist der Nebeneffekt, der unter dem Vorwand des Einsatzes für Kinder generiert wird.

Eine echte Kindorientierung kann nicht heißen, die Herkunftsmerkmale zu identifizieren, die vermeintliches Fehlverhalten oder eine vermeintliche Fehlentwicklung generieren, denn dies erinnert an Ausleseverfahren. Im Gegenteil müsste Kindorientierung heißen, sich an das zu halten, was jedes Kind braucht. Jedes Kind braucht Existenzsicherung, Bildung, Verlässlichkeit, Schutz und Bindung, egal aus welcher Familienform das Kind kommt. Das Ziel muss sein, für eine ausreichende Versorgung der kindlichen Bedürfnisse zu sorgen. Das muss gleichzeitig bedeuten, Eltern in die Lage zu versetzen, diese Bedürfnisse zu decken, wo sie gefragt sind. Ein gleichberechtigter Zugang zu Existenz sichernder Beschäftigung, ein hochwertiges Bildungsangebot und die Absicherung des kindlichen Existenzminimums sind dazu die Rahmenbedingungen. Kindorientierung heißt also nicht, auf Ursachensuche zu gehen, um mögliche „Schuldige“ zu finden und die Frage „wo kommt das Kind her“ in den Vordergrund zu stellen, sondern sich der Frage „Was braucht das Kind“ zu widmen.

Alleinerziehende Eltern versuchen, wie andere Eltern auch, den Bedürfnissen ihres Kindes gerecht zu werden. Es gelingt ihnen, wie anderen Eltern auch, mehr und weniger gut. Kinder in Einelternfamilien leben mehr oder weniger glücklich. Bislang konnten keine wiederkehrenden empirischen Beweise für eine besondere Benachteiligung dieser Kinder aufgrund ihrer Familienform gefunden werden. Positive Befunde, wie eine hohe Selbstständigkeit, Konfliktfähigkeit und Bildungserfolge können dagegen erbracht werden.

Fazit

Wenn wir Abschied nehmen, von dem was normativ gesellschaftlich als „gute Kindheit“ mit ihren Rahmenbedingungen wie „Mutter am Herd und bei den Hausaufgaben“ bezeichnen, und eingestehen, dass dieses Bild auch der Gesellschaftsordnung nicht mehr gerecht wird, ist der Weg frei für eine echte Debatte darüber, was Kinder heute brauchen. Dabei muss vom Kind aus gedacht werden, dadurch lassen sich Exklusionen durch das was vermeintlich richtig und falsch ist, vermeiden.

Zur gleichberechtigten Beteiligung von Kindern und dem konsequenten Ernstnehmen Ihrer Interessen ist es noch ein weiter Weg. Der erste Schritt wird es sein, wenn Kinder abseits von ihrer Rolle als niedliche Werbeträger von Politik als Träger/innen eigener Bedürfnisse und Interessen wahrgenommen werden. Dazu gehören dicke und dünne Kinder, Kinder mit Schulerfolg und so genannte „Verweigerer“, delinquente Kinder und diejenigen, die Omas über die Straße helfen.

Sonntag, 10. Juni 2007, 9.00 Uhr

Impuls Peggi Liebisch; (es gibt 3 Abb. aus der ppt.Präs.)

..... wir gründen ENoS:

Liebe Gäste aus den europäischen Nachbarländern,

wir freuen uns sehr, dass Sie so interessiert und engagiert unserer Einladung nach Berlin gefolgt sind. Ihre Beiträge zu unserer Fachtagung waren ungemein wichtig für unsere weitere Arbeit. Wir können so viel voneinander lernen und müssen das Rad im eigenen Land nicht ständig neu erfinden. Der Einigungsprozess, der in der Europäischen Gemeinschaft in vielen gesellschaftlichen Bereichen voranschreitet, betrifft auch viele Themen, mit denen wir uns als Interessenvertretungen von allein erziehenden Müttern und Vätern beschäftigen: Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten, Renten- und Lohnersatzansprüche, familienrechtliche Themen nach Trennung und Scheidung ... und viele mehr.

In den letzten Jahren gab es wiederholt internationale Zusammenkünfte von Alleinerziehenden-Organisationen:

- 1992 Europäische Fachtagung „Allein erziehend in Europa“ des Paritätischen Bildungswerks in Frankfurt mit der damaligen VAMV-Vorsitzenden Helgard Ulshoefer und Eleonore Roth, Stellv. Vorsitzende, und einigen europäischen Alleinerziehenden-Organisationen.
- 1996 waren auf Einladung des VAMV auch einige von Ihnen zur Tagung „Mutter, Kind, Europa...“ in der Nähe von Bonn. Wir haben dazu eine Dokumentation veröffentlicht. Bereits dort gab es die Idee, sich regelmäßig zu treffen.
- Ende der Neunzigerjahre und Anfang 2000 gab es auf Initiative von Sue Cohen von „Parents without Partners“ mit Sitz in England einige europäische Treffen der Alleinerziehenden-Verbände in Vorbereitung des europäischen Sozialgipfels 2006. Es gab ein Treffen in Irland und es gab ein Treffen in Spanien, an dem Edith Schwab und Françoise Knaack-Hitti teilnahmen. Die Kontakte verliefen danach leider wieder im Sande.
- Im Oktober 2005 reiste Françoise Knaack-Hitti auf Einladung der spanischen Alleinerziehenden-Organisation „Isadora Duncan“ nach León bei Madrid, um auf einer Tagung von der Arbeit des VAMV zu berichten.
- Letztes Jahr, Anfang Juli 2006, lud die Südtiroler Plattform für Alleinerziehende zu ihrem grenzübergreifenden Treffen „Gemeinsam sind wir stark“ ein. An dieser Tagung nahmen vom VAMV Françoise Knaack-Hitti und Michael Priebe teil.
- Am 15. Mai 2007, dem internationalen Tag der Familie, gab es in Brüssel eine Pressekonferenz der EU-Kommission zum Thema Mehrwertsteuer. Die Forderung einer Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Produkte für Kinder wird von mehreren europäischen Verbänden mitgetragen.

Und heute, im Juni 2007, treffen wir uns in Berlin: Neun europäische Länder, die die Interessen der Alleinerziehenden vertreten und deren Lebenssituation verbessern wollen.

Ich möchte Edith Schwab in unserer Pressemitteilung zitieren: „Die Zeit ist reif, dass die Alleinerziehenden nun ihre Kraft auf europäischer Ebene bündeln.“ Daher wollen wir ein Netzwerk gründen, das mit einem gemeinsamen Statut regelmäßige Treffen möglich macht. Wir haben Ihnen die Statuten vorgelegt und werden Fragen, die Sie dazu haben, jetzt in der anschließenden Arbeitsgruppe diskutieren. Wir machen das ohne professionelle Übersetzer/innen – ich glaube, dass wir das schaffen.

Wir möchten das Netzwerk heute gründen, ich hoffe dass es klappt. Ich wünsche uns in der Arbeitsgruppe, die sich jetzt aus dieser Versammlung löst und in einen anderen Raum

begibt, gute Verhandlungen! Um halb zwölf werden wir uns wieder hier im Plenum treffen und die Gründungsurkunde für ENoS unterzeichnen.

Vielen Dank.

Founding ENoS:

Dear European neighbours,

We are so glad, that you came here to Berlin as our guests with so much engaged interest. Your distributions to our conference are so important for the future work we have to do. We can learn so many things from each other and therefore we don't have to invent everything new. The development of unity in the European Union refers to many aspects in society we are dealing with in our associations for single parent families: As there is child care, flexible working time, social security, matters of family law after divorce and so on.

In the past we had some events on European level:

- 1992: European Conference in Frankfurt am Main: The Paritätische Bildungswerk invited several European organisations for single parent families to the conference "Single Parents in Europe". From the VAMV Helgard Ulshoefer, President at that time and Eleonore Roth attended the conference.
- 1996 VAMV invited to the conference "Mother, Child, Europe..." at Bad Honnef near Bonn. Some of you were there. A documentation was published with the subtitle: Mothers work and child care in the European countries.
- At the end of the 90 and in the beginning of the new century Sue Cohen from "Parents without Partners" in the UK had a project running in responsibility of the European commission. She invited the European organisations of single parent families to several meetings with the aim to found a European network for single parents. There was a meeting in Ireland and one in Spain, which attended Edith Schwab and Françoise Knaack-Hitti. Unfortunately the contacts could not be held.
- In October 2005 Françoise Knaack-Hitti was invited to Spain from "Isadora Duncan", the Single Parent Organisation in Leon near Madrid. At their conference Françoise told the participants about the work of the VAMV.
- Last year, in July 2006, the Südtiroler Platform für Alleinerziehende invited to their neighbourhood-conference "Together we are strong" to Bozen, South Tirol, Françoise Knaack-Hitti and Michael Priebe made the journey.
- On May 15, 2007, the international day of the family, the EU-commission-intergroup "family and the protection of the child" held a press-conference on the reduction of value tax (VAT). In Germany the VAMV initiated the campaign "Reduce VAT on products for children", which is on the international level since this day.

And today, in June 2007, we all meet in Berlin – nine European countries with representatives from single-parent-organizations, who want to improve the situation of single parents and their children.

I want to quote Edith Schwab in our actual press-release: "It is time for single-parents to be strong on the European level". So we want to found the network ENoS and with the statute it will be possible to meet regularly. Before the conference we sent the statute to you. In the working group that will start its work now, we can discuss all the questions and remarks that you have to them. We will do that without a professional translation – we have to help ourselves, but I think we can handle that.

We want to found ENoS today and we hope we will succeed. Good luck and a successful discussion to the working group, who now leaves the plenum and goes to another room. Later we will meet here again and hopefully sign the founding certificate for ENoS.

Thank you very much.